

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

45. Sitzung

Berlin, Freitag, den 28. November 2025

Inhalt:

Erweiterung der Tagesordnung	5205 B	Sandra Carstensen (CDU/CSU)	5217 C
		Pascal Meiser (Die Linke)	5218 C
Tagesordnungspunkt I (Fortsetzung):		Sandra Carstensen (CDU/CSU)	5218 D
a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026)	5205 B	Ricarda Lang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	5219 A
Drucksachen 21/600, 21/602		Natalie Pawlik, Staatsministerin BMAS	5219 D
b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029	5205 B	Robert Teske (AfD)	5220 C
Drucksachen 21/601, 21/602, 21/2064		Dr. Hülya Düber (CDU/CSU)	5221 B
		Thomas Stephan (AfD)	5222 A
		Nora Seitz (CDU/CSU)	5223 A
		Johannes Winkel (CDU/CSU)	5223 D
I.19 Einzelplan 11	5205 C	I.20 Einzelplan 30	5225 A
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	5205 C	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt	5225 A
Drucksachen 21/2011, 21/2061		Drucksachen 21/2061, 21/2062	
René Springer (AfD)	5205 D	Sergej Minich (AfD)	5225 A
Kathrin Michel (SPD)	5206 D	Carsten Körber (CDU/CSU)	5226 C
Leon Eckert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	5207 D	Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5227 C
Dr. Yannick Bury (CDU/CSU)	5209 A	Svenja Schulze (SPD)	5229 A
Tamara Mazzi (Die Linke)	5210 B	Nicole Gohlke (Die Linke)	5230 A
Bärbel Bas, Bundesministerin BMAS	5211 B	Dr. Lina Seitzl (SPD)	5231 C
Ulrike Schielke-Ziesing (AfD)	5212 B	Nicole Gohlke (Die Linke)	5231 D
Marc Biadacz (CDU/CSU)	5213 D	Florian Müller (CDU/CSU)	5232 A
Dr. Armin Grau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5214 C	Nicole Höchst (AfD)	5233 B
Pascal Meiser (Die Linke)	5215 B	Dr. Wiebke Esdar (SPD)	5234 B
Rasha Nasr (SPD)	5216 B	Ayşe Asar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5235 B
Peter Bohnhof (AfD)	5217 A	Sonja Lemke (Die Linke)	5236 A
		Stephan Albani (CDU/CSU)	5237 B
		Dr. Michael Kaufmann (AfD)	5238 A
		Holger Mann (SPD)	5239 A

Dr. Andrea Lübcke (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	5240 A
Dorothee Bär, Bundesministerin BMFTR	5240 C
Dr. Götz Frömming (AfD)	5241 D
Adam Balten (AfD)	5242 C
Dr. Karl Lauterbach (SPD)	5243 C
Fabian Gramling (CDU/CSU)	5244 B
Stefan Schröder (AfD)	5245 A
Adrian Grasse (CDU/CSU)	5245 D

Zusatzpunkt 6:

Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme gemäß § 39 der Geschäftsordnung	5246 C
--	--------

Tagesordnungspunkt I (Fortsetzung):

I.21 Einzelplan 32	5246 C
Bundesschuld	5246 C
Drucksache 21/2832	
I.22 Einzelplan 60	5246 D
Allgemeine Finanzverwaltung	5246 D
Drucksachen 21/2060	
I.23 Haushaltsgesetz 2026	5246 D
Drucksachen 21/2062, 21/2063	

Tagesordnungspunkt II:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushalts- gesetz 2026 – HG 2026)	5247 B
Drucksachen 21/600, 21/602, 21/2002, 21/2010, 21/2011, 21/2012, 21/2014, 21/2832, 21/2060, 21/2061, 21/2062, 21/2063	
Dr. Michael Ependiller (AfD)	5247 C
Dr. Thorsten Rudolph (SPD)	5249 A
Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5250 B
Florian Oßner (CDU/CSU)	5251 B
Ines Schwerdtner (Die Linke)	5252 B
Dr. Sebastian Schäfer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	5253 C
Maximilian Kneller (AfD)	5254 A
Lars Klingbeil, Bundesminister BMF	5255 C
Peter Boehringer (AfD)	5256 D
Jan Metzler (CDU/CSU)	5257 D

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	5258 D
Svenja Schulze (SPD)	5259 D
Kay Gottschalk (AfD)	5260 C
Lukas Krieger (CDU/CSU)	5261 C
Dr. Sebastian Schäfer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	5262 C
Felix Döring (SPD)	5263 B
Jörn König (AfD)	5264 A
Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU)	5264 D
Kay Gottschalk (AfD)	5265 C
Stephan Brandner (AfD)	5266 D
Dr. Inge Gräble (CDU/CSU)	5267 D
Martin Reichardt (AfD)	5270 B
Dr. Inge Gräble (CDU/CSU)	5270 C

Namentliche Abstimmung	5270 D
Ergebnis	5271 D

Nächste Sitzung	5274 C
-----------------------	--------

Anlage 1

Entschuldigte Abgeordnete	5275 A
---------------------------------	--------

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN) zu der Abstimmung über die Beschluss- empfehlung des Haushaltsausschusses zum Fi- nanzplan des Bundes (Tagesordnungspunkt I.23)	5276 A
--	--------

Anlage 3

Erklärungen nach § 31 GO zu der namentli- chen Abstimmung über die dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushalts- jahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026) (Tagesordnungspunkt II)	5276 A
Dr. Yannick Bury (CDU/CSU)	5276 A
Nicolas Zippelius (CDU/CSU)	5276 C

Anlage 4

Amtliche Mitteilungen	5276 D
-----------------------------	--------

(A)

(C)

45. Sitzung

Berlin, Freitag, den 28. November 2025

Beginn: 09:17 Uhr

Präsidentin Julia Klöckner:

Guten Morgen, alle zusammen! Mit etwas Verzögerung eröffne ich diese Sitzung.

Für die Besucherinnen und Besucher kurz zur Erläuterung: Wir beginnen deshalb etwas verspätet, weil die Fraktionen noch getagt haben. Manchmal dauert das etwas länger. Dann verschiebt es sich. Ich habe gerade den Plural benutzt. Um es genau zuzuordnen: Die CDU/CSU-Fraktion ist jetzt da.

(B) Bevor wir am letzten Tag unserer Haushaltswoche mit den Beratungen beginnen, will ich noch kurz erläutern: Der Abgeordnete Martin Reichardt hat fristgerecht Einspruch gegen den ihm in der 43. Sitzung erteilten Ordnungsruf eingelegt. Dem Einspruch wurde nicht abgeholfen. Der Einspruch wird aber wie gewohnt als Unterrichtung verteilt.

Gemäß § 39 unserer Geschäftsordnung ist der Einspruch auf die heutige Tagesordnung zu setzen. Das werden wir auch tun.

Wir werden dann ohne Aussprache entscheiden. Wichtig ist der Hinweis, wann darüber entschieden wird: Das ist der Zusatzpunkt 6 nach der Beratung des Einzelplans 30. Nach jetzigem Stand ist das um etwa 12:40 Uhr.

Wir setzen die Haushaltsberatungen – Tagesordnungspunkt I – fort:

- a) Zweite Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)**

Drucksachen 21/600, 21/602

- b) Beratung der Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029

Drucksachen 21/601, 21/602, 21/2064

Ich rufe Tagesordnungspunkt I.19 auf:

hier: **Einzelplan 11**
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Drucksachen 21/2011, 21/2061

Die Berichterstattung haben die Abgeordneten Dr. Yannick Bury, Ulrike Schielke-Ziesing, Kathrin Michel, Leon Eckert, Tamara Mazzi.

Für die Aussprache haben wir uns geeinigt auf eine Dauer von 90 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Für die Opposition hat die (D) AfD-Fraktion das Wort mit dem Abgeordneten Herrn René Springer. Bitte sehr.

(Beifall bei der AfD)

René Springer (AfD):

Guten Morgen, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Guten Morgen, liebe Union! Hallo, liebe Gäste! Wir beraten heute den Haushalt „Arbeit und Soziales“ für das Jahr 2026. Wir alle erwarten eigentlich, dass ein solcher Sozialhaushalt ein Schutzschild für die Leistungsgesellschaft ist. Tatsächlich ist er aber ein Protokoll einer Politik, die unsere Sozialsysteme systematisch überfordert und, wenn es so weitergeht, direkt in den Kollaps führt.

(Beifall bei der AfD)

Allein die Ausgaben für das Bürgergeld liegen 2026 bei über 50 Milliarden Euro. Das sind 10 Prozent des gesamten Bundeshaushalts. Die Hälfte davon fließt an Nichtdeutsche. Eine Regierung, die 700 000 Ukrainern, 500 000 Syrern,

(Johannes Winkel [CDU/CSU]: Im ersten Satz gegen Ausländer hetzen! Im ersten Satz!)

200 000 Afghanen und 100 000 Irakern Bürgergeld, Krankenversicherung und kostenlose Wohnungen finanziert

(Marc Biadacz [CDU/CSU]: Machen Sie mal Sachpolitik!)

René Springer

- (A) und dafür den eigenen Bürger gnadenlos abkassiert, muss abgewählt werden, und zwar dringend.

(Beifall bei der AfD – Johannes Winkel [CDU/CSU]: Sie können doch nicht im ersten Satz gegen Ausländer hetzen!)

– Schreien Sie ruhig dazwischen! Aber genau Sie gehören zu der Truppe, die uns jahrelang erzählt hat, diese Zuwanderer würden unsere Renten sichern. Dabei passiert genau das Gegenteil: Drei Viertel aller ausländischen Rentner in Deutschland beziehen eine Rente unterhalb der Grundsicherung.

(Zuruf des Abg. Mirze Edis [Die Linke])

Während Deutsche durchschnittlich mit unter 18 Jahren erstmals in die Rentenversicherung einzahlen, ist das bei Zuwanderern aus den Top-8-Asylherkunftsländern erst mit 37 Jahren der Fall. Mit 37 Jahren durchschnittlich zahlen sie ins Rentensystem ein! Fakt ist: Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, aber Zuwanderer zahlen zu spät, zu kurz und zu wenig ein, um unser Rentensystem stabilisieren zu können.

(Beifall bei der AfD)

Der Gipfel Ihres Versagens ist, dass laut Bundesregierung Ende Oktober 934 000 abgelehnte Asylbewerber in Deutschland lebten. Sie alle haben Anspruch auf Mindestsicherungsleistungen. Nach 36 Monaten werden die angehoben auf das Bürgergeldniveau. Ich sage Ihnen: Solange fast 1 Million Ausländer, die gar nicht hier sein dürften, auf Kosten der Steuerzahler bleiben können, wird unser Volk von Friedrich Merz und dieser Union schlichtweg für dumm verkauft.

- (B) (Beifall bei der AfD)

Es gibt bei dieser Regierung auch keinen Willen zur Kehrtwende. Den sucht man seit Jahren vergeblich.

(Zuruf des Abg. Johannes Winkel [CDU/CSU])

Der angekündigte Stopp des Bürgergeldes für Ukrainer ist reine Symbolpolitik. Denn für die rund 700 000 Ukrainer, die vor dem 01.04. schon im Bürgergeldbezug waren, geht das Leben einfach weiter. Es gibt weiter Bürgergeld, während andere sich morgens aufraffen und zur Arbeit gehen, um das Ganze zu finanzieren. Das hat mit Solidarität überhaupt nichts mehr zu tun. Das ist Inländerfeindlichkeit.

(Beifall bei der AfD – Johannes Winkel [CDU/CSU]: Das ist Intelligenzfeindlichkeit!)

Das ist ein Tritt in den Rücken aller, die jeden Tag bemüht sind, Deutschland am Laufen zu halten.

Wir brauchen eine konsequente Kehrtwende. Dafür stehen wir als AfD. Wir sagen klar: Der Sozialstaat darf kein offener Selbstbedienungsladen mehr sein. Der Sozialstaatsmagnet Deutschland muss ein für alle Mal abgestellt werden.

(Beifall bei der AfD)

Und das heißt: Bürgergeld darf es zukünftig nur noch für Deutsche geben. Ausländer sollen den Anspruch nur noch dann erhalten, wenn sie zehn Jahre legal in Deutschland waren, hier gearbeitet haben und in unsere Sozial-

systeme eingezahlt haben. Weiterhin fordern wir, dass abgelehnte Asylbewerber Deutschland umgehend zu verlassen haben. Wer sich weigert, muss in Abschiebehaft kommen und erhält bis zur Ausreise nur noch das Nötigste, nämlich Brot, Bett und Seife. Humanität heißt nicht: Selbstaufgabe. Humanität heißt: Ordnung und klare Regeln.

(Beifall bei der AfD – Rasha Nasr [SPD]: Haben Sie auch Vorschläge außerhalb von Asyl und Abschiebung?)

Wir vertreten die Menschen, die dieses Land tragen, aber immer weniger gehört werden:

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, die vertreten Sie nicht! Mit Ihrer Menschenfeindlichkeit vertreten Sie diese Menschen nicht!)

die Arbeiter, die Angestellten, die Handwerker, die Pflegekräfte, die Selbstständigen, die Steuerzahler, die Beitragszahler – Menschen, die keine großen Sprünge mehr machen können und trotzdem von den Altparteien systematisch benachteiligt werden. Diese Leistungsträger verdienen es, endlich entlastet zu werden. Das heißt für uns: Senkung der Steuern und Abgaben vor allem für Familien, abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren und eine deutliche Anhebung des Rentenniveaus. Arbeit und Leistung müssen sich in Deutschland endlich wieder lohnen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abg. Rasha Nasr [SPD])

Genau eine solche Politik wird es mit Ihnen von den Altparteien nie wieder geben. Die gibt es nur noch mit der Alternative für Deutschland. (D)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die Fraktion der SPD hat Frau Abgeordnete Kathrin Michel das Wort. Bitte sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Kathrin Michel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialstaat ist mehr als ein Kostenfaktor. 197 Milliarden Euro sind mehr als eine Zahlenkolonne. 197 Milliarden Euro sind der Ausdruck unseres Versprechens: Wir investieren in Menschen, in gesellschaftlichen Zusammenhalt und in gerechte Teilhabe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Im Zentrum dieses Haushalts stehen die entscheidenden Fragen unserer Zeit: Wie gestalten wir eine inklusive Gesellschaft, die niemanden zurücklässt? Wie sichern wir Zukunftsgerechtigkeit für alle Generationen? Und wie sorgen wir für soziale Sicherheit, auf die sich die Menschen verlassen können? Mit dem Haushalt 2026 setzen wir hier einen klaren Kurs. Wir haben in den inklusiven Digitalpakt investiert und stellen 5 Millionen Euro bereit,

Kathrin Michel

- (A) um ein barrierefreies digitales Bildungsangebot für junge Menschen mit Behinderungen aufzubauen. Das schafft echte Chancen und stärkt ihre Selbstständigkeit.

In Berufssprachkurse investieren wir 450 Millionen Euro. Sprache ist der Schlüssel zu Integration, zu guter Arbeit und zu einem selbstbestimmten Leben. Das ist ein zentraler Baustein für den sozialen Aufstieg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir denken zugleich an die Zukunft unseres Arbeitsmarktes. Mit 35 Millionen Euro unterstützen wir die Work-and-Stay-Agentur,

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Ja, das ist wichtig! – Tino Chrupalla [AfD]: Work and stay!)

die Einwanderung in Arbeit beschleunigen und vereinfachen soll.

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Aus dem Sondervermögen!)

Fachkräfte sichern Wachstum und leisten langfristig auch ihren nicht unbeträchtlichen Beitrag dazu, unser Rentensystem abzusichern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Tino Chrupalla [AfD]: Ja, mit Sicherheit!)

- (B) Damit komme ich zur Rente. Wenn wir über die Rente sprechen, reden wir über Verantwortung. Wir reden über Respekt. Gerade im Osten sind 70 Prozent der Rentnerinnen und Rentner vollständig auf die staatliche Rente angewiesen. Private Vorsorge? Dafür blieb bei vielen einfach in der Vergangenheit nichts übrig. Und wer jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und zu unserem Wohlstand beigetragen hat, muss im Alter sicher leben können. Und damit das Rentenniveau nicht sinkt, ist das Festhalten an der Haltelinie von 48 Prozent richtig und wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Ohne sie würde das Rentenniveau bis 2031 um 1 Prozentpunkt sinken und für viele Menschen Hunderte Euro weniger im Jahr bedeuten.

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Das stimmt doch nicht! Wir haben doch die Rentengarantie!)

Das wäre nicht nur ungerecht, es würde vielen Menschen Angst machen.

Jede und jeder soll im Alter von seiner verdienten Rente gut und sicher leben können. Unsere Aufgaben in der Rentenpolitik sind klar: Wir müssen erstens dafür sorgen, die Finanzierung langfristig zu sichern – fair und generationengerecht. Wir müssen zweitens die Rahmenbedingungen des demografischen Wandels gestalten, indem wir so viele Menschen wie möglich in sozialversicherungspflichtige Arbeit bringen. Wir müssen drittens Erwerbsbiografien im System besser berücksichtigen und abbilden, insbesondere die von Frauen, von Menschen mit unterbrochenen Erwerbsverläufen und von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Osten.

- (C) Die Rentenkommission wird 2026 starten und bis zum zweiten Quartal 2026 Vorschläge unterbreiten. Es ist ja alles noch ganz frisch. Wie wir lesen konnten, ist das Lastenheft für diese Kommission recht umfangreich. Wir können nur sagen: Viel Erfolg! Es ist so dringend und wichtig, dass wir uns mit diesem Thema nicht nur beschäftigen, sondern auch ein Konzept entwickeln, das resilient und zukunftsfähig ist – für alle hier in diesem Land.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch in diesem Haushalt war uns die auskömmliche Finanzierung der Jobcenter wichtig. Wir stellen für das kommende Jahr 9,95 Milliarden Euro für die Eingliederungsmittel der Jobcenter bereit. Jede erfolgreiche Integration stabilisiert heute das Rentenniveau von morgen. Besonders Menschen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, brauchen gezielte Unterstützung. Deshalb investieren wir: in Qualifizierung, in Eingliederung und in eine moderne Grundsicherung. Auch die Aktivrente ist ein wichtiges Instrument für diejenigen, die länger arbeiten möchten und das auch können.

(Tino Chrupalla [AfD]: Aber nicht für die Selbstständigen!)

Dieser Haushalt stärkt den sozialen Zusammenhalt. Er verbindet finanzielle Verantwortung mit einem klaren Kompass:

(Tino Chrupalla [AfD]: Um Gottes willen!)

- (D) Respekt vor Arbeit, Respekt vor Lebensleistung und die Zusage, dass Verlässlichkeit gerade im Alter gelten muss.

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Märchenstunde!)

Es ist nicht fair, Generationen gegeneinander auszuspielen. Lassen Sie uns gemeinsam verantwortungsbewusst daran arbeiten, dass niemand im Alter um seine Würde oder um seine Sicherheit fürchten muss!

Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Herr Leon Eckert das Wort. Bitte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leon Eckert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Bundesministerin Bas! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich glaube, nichts passt symbolisch besser zu den Verspätungen des Herbstes der Reformen und der angekündigten Gesetzespakete der Bundesregierung, als die Sitzung 15 Minuten verspätet zu beginnen. Rentenpaket, Bürgergeldreform, Rechtskreiswechsel, alles wurde schon vor Monaten angekündigt, dann verschoben, wieder verschoben, zum Teil mit Kanzlermachtwort, zum Teil im Koalitionsausschuss wie gestern bzw. heute.

Leon Eckert

- (A) Dieses Rentenpaket in seiner Unwucht und auch die Reformen, die kommen, treiben uns um. Das Maßnahmenbündel, das jetzt vor uns liegt, bedeutet zum großen Teil Mehrbelastungen für das Rentensystem. Und es muss uns allen Sorge bereiten, wie es langfristig tragen wird.

Ihre Aussagen, Frau Bundesministerin Bas, im Sommer, dass Sie die richtigen Reformen eh nicht mehr angehen, dass die Kommission Vorschläge macht und 2029 dann schon so nah ist, haben wohl viele verunsichert – so sehr, dass es jetzt einen Entschließungsantrag gibt, um noch mal Druck zu machen und diese Entscheidung zu revidieren. Jetzt soll alles schneller gehen, die Rentenkommission soll schon dieses Jahr eingesetzt werden und alles ein Jahr früher fertig werden. Vielleicht ist diese Übersprungshandlung, jetzt in die andere Richtung zu hudelnd, aber genau die falsche Entscheidung.

Wie unterscheidet sich unsere Kritik, die der jungen grünen Abgeordneten, von der der jungen Abgeordneten in der Union?

Erstens. Wir sind Optimisten, keine Pessimisten. Anstatt wie die Kollegen wie ein Kaninchen auf die Schlange zu gucken, in Angst erstarrt, dass 2040 viele Mehrbelastungen kommen, und in der Annahme, dass man jetzt 15 Jahre lang nichts mehr machen könnte, wollen wir den Kuchen vergrößern. Das ist auch meine Hauptkritik am Paket: Der Moment wird verpasst, wirkliche Reformen zu verbinden, Leistungen auszuweiten, aber gleichzeitig auch zu schauen: Wo sind Fehlanreize im System, wo müssen wir auf breitere und stärkere Schultern setzen?

- (B) Union und SPD haben dagegen beide leistungsausweitende Maßnahmen hineinverhandelt: Haltelinie, Aktivrente, Frühstartrente, Mütterrente, und das zum Teil mit extremen Unwuchten. So sind die Frühstartrente vorerst nur für Sechsjährige und die Aktivrente ohne Selbstständige geplant. Und auch eine Dividende von 5 Prozent bei dem geplanten Aktienfonds wird nur so viel Geld bringen – und das ist schon sehr positiv geschätzt –, dass man zehn Jahrgänge der Frühstartrente finanzieren könnte. Das ist also nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zweitens. Wir jungen grünen Abgeordneten setzen auf Solidarität und nicht auf Vereinzelung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Jungen Unionsabgeordneten von Leistung sprechen, dann meinen sie oft: Ihr seid selbst schuld, wenn ihr in Altersarmut landet. Hättet ihr mal mehr selber vorgesorgt, hättet ihr mal mehr privat vorgesorgt!

(Johannes Winkel [CDU/CSU]: Wer hat das denn jemals gesagt? Das ist einfach falsch!)

Diese Schwächung der gesetzlichen Rente schadet genau denen, mit denen wir solidarisch sein müssen:

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Menschen mit Krankheiten, alleinerziehende Frauen. Die verlieren wir nicht aus dem Blick.

Drittens. Wir stehen zu hundert Prozent hinter der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente und dem Solidarprinzip in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Daran muss man bei den Jungen Unionsabgeordneten manchmal Zweifel haben. Wollen sie wirklich das System reformieren, oder wollen sie es angreifen und kaputt machen, um mehr auf private Vorsorge zu setzen, ganz neoliberal und fernab von der Solidargemeinschaft und dem Solidarprinzip?

Doch grundsätzlich unterscheidet uns: Wir machen keinen Generationenkonflikt in unserer eigenen Fraktion auf. Wir setzen auf gemeinsame Lösungen. Das ist dann vielleicht nicht so präsent in der Presse, sorgt aber für bessere Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was es stattdessen aus grüner Sicht braucht, ist es, die starken Schultern in diesem Land in die Pflicht zu nehmen. Bauen wir die Fehlanreize beim Einzelnen, aber auch in den Unternehmen ab, durch die Menschen viel zu früh in Rente gehen, erhöhen wir die Beitragsbemessungsgrenze, nehmen wir die Stärkeren in die Pflicht, und erweitern wir die Einzahlerbasis! Das gelingt, indem wir Abgeordnete vorangehen und sagen: Wir zahlen in die gesetzliche Rente ein, und wir nehmen Beamte und Selbstständige mit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie des Abg. Pascal Meiser [Die Linke])

Dann können wir auch über neue und bessere Anreize sprechen. Wie bekommen wir mehr Frauen in den Arbeitsmarkt? Wie schaffen wir es, dass diejenigen, die können und wollen, länger arbeiten?

Wir Grüne wollen eine auskömmliche Rente ermöglichen. Wir haben eine ganze Reihe von Vorschlägen vorgelegt. Nehmen Sie sie gerne auf, um Ihr Paket zu verbessern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Die können Sie weglassen!)

Doch im Haushalt stecken auch andere Untiefen. Die Debatte über das Bürgergeld – wir haben es gerade wieder gehört – ist so emotional und eskalierend, dass Politik gemacht wird, die nicht mehr sinnvoll ist, sondern sich rein auf Kennzahlen konzentriert. Mit aller Macht wird versucht, den Titel des Bürgergeldes zu reduzieren, egal ob es sinnhaft ist oder nicht.

Der Rechtskreiswechsel der Ukrainer vom Bürgergeld zum Asylbewerberleistungsgesetz ist hier das beste Beispiel. Sie ignorieren, dass die Maßnahme insgesamt mehr kostet. Sie ignorieren, dass die Arbeitsmarktintegration der Menschen deutlich schwieriger wird. Sie ignorieren die Unwucht, die diese Maßnahme bei den Kommunen anrichtet, nur um eine Kennzahl zu drücken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch würden Sie sich zum Beispiel bei den Wachstumsimpulsen im Sondervermögen mehr Mühe geben und deren Wirkung für unsere Wirtschaft optimieren, wäre der Einspareffekt im Bürgergeld deutlich größer und nachhaltiger. Dieses faktenwidrige Frickeln an Kennzahlen, weil man sich getrieben fühlt und diese Zahl reduzieren will, lehnen wir nachdrücklich ab.

(D)

Leon Eckert

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Bundesministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen Berichterstatter, um zwei Uhr nachts haben wir diesen Haushalt verhandelt. Ich sage: Diese späte Beratungszeit wird der Sache nicht gerecht. Lassen Sie uns doch eine Möglichkeit finden, die Dinge frisch und ausgeruht zu besprechen! Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Das war nicht immer gegeben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Yannick Bury das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Yannick Bury (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für Arbeit und Soziales bringt drei Herausforderungen zum Ausdruck, vor denen wir stehen.

Die erste Herausforderung, vor der wir stehen und die wir als Koalition angehen, ist, den Arbeitsmarkt in der schwierigen Lage, in der er gerade ist, zu stabilisieren. Diesen Schwerpunkt setzen wir in diesem Haushalt, indem wir die Budgets, die Mittel und damit die Arbeitsgrundlage der Jobcenter, der Arbeitsvermittlung, aber auch der aktiven Eingliederungsmaßnahmen im Haushalt weiter stärken. Gleichzeitig setzen wir aber einen Reformpunkt um, indem wir beispielsweise bei den Jobcentern nicht einfach nur jedes Jahr das Budget erhöhen, sondern auch darüber reden: Was passiert denn da bei der Effizienz? Wie kann man die Strukturen noch besser machen, als sie es jetzt sind? Deswegen ist ein zentrales und gutes Ergebnis dieser Haushaltsberatungen, dass wir es geschafft haben, einen Prozess anzustoßen, die Effizienz bei den Jobcentern zu stärken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.

Leon Eckert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir stabilisieren den Arbeitsmarkt, indem wir das Thema Arbeitsanreize, das Thema, dass sich Leistung und Arbeit lohnen, angehen. Deswegen bringt die Koalition eine Reform der Grundsicherung auf den Weg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es zeigt sich bereits jetzt im Haushalt, wenn man die Ansätze des Bürgergelds bzw. der neuen Grundsicherung sieht: Wir kommen hier zu Einsparungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Kathrin Michel [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen die Themen Fachkräfte und Fachkräftezuwanderung an. Es ist vielsagend, dass in der ersten Rede der Opposition, vonseiten der AfD, 80 Prozent der Redezeit dafür verwendet wurde, gegen Ausländer zu hetzen,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) anstatt bei der Debatte über den Arbeitsmarkt mal darüber zu reden, welchen Beitrag die Fachkräftezuwanderung, welchen Beitrag aber auch die Menschen mit Migrationshintergrund, die in diesem Land fleißig sind, die arbeiten und die sich einbringen, für die Wirtschaftskraft hier im Land leisten.

Auch hier setzen wir einen Schwerpunkt, indem wir das Konzept der Work-and-Stay-Agentur auf den Weg bringen – nicht um eine neue Behörde aufzubauen, sondern um eine digitale Plattform zu schaffen, damit es für Unternehmen einfacher, besser und unbürokratischer funktioniert, Menschen, die wir hier dringend brauchen, in Arbeit zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Deswegen der erste Schwerpunkt dieses Einzelplans: Arbeitsmarkt stabilisieren in schwierigen Zeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die in den Blick, die es schwerer haben, denen es schwerer fällt, im Arbeitsmarkt mitzukommen. Unser Ansatz ist es eben nicht, Leute aus dem Blick zu lassen. Unser Ansatz ist es umgekehrt aber auch nicht, zu sagen: Wenn jemand ein Problem hat, dann lassen wir ihn mit dem Problem und einfach nur möglichst viel Geld alleine. – Sondern unser Ansatz ist es, zu sagen: Wenn jemand hingefallen ist, dann müssen wir ihm wieder auf die Beine helfen. Wir müssen gucken, wie wir unterstützen können.

(D) Deswegen stärken wir mit diesem Einzelplan die Teilhabe. Das sieht man bei der Fortfinanzierung der Berufssprachkurse. Das sieht man – Kollegin Kathrin Michel hat es angesprochen – daran, dass wir den inklusiven Digitalpakt finanziell fortschreiben. Gleichzeitig schaffen wir im Haushalt aber auch mehr Flexibilität, um dieses Projekt zu finanzieren und mehr finanzielle Möglichkeiten zu geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin, ich bin Ihnen und dem Haus dankbar, dass auch das Thema Bundesteilhabegesetz in einer Arbeitsgruppe angegangen wird. Denn wenn wir über den Haushalt für Arbeit und Soziales reden, müssen wir natürlich den Bundeshaushalt im Blick haben. Wir dürfen aber auch nicht die kommunalen Haushalte aus dem Blick verlieren, wo dieses Thema vor Ort zu Problemen führt. Deswegen ist es richtig, dass wir hier auch über die Strukturen reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Kathrin Michel [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die dritte Herausforderung, die wir in diesem Haushalt sehen und die wir angehen, ist, dass wir die Rente zukunftsfest machen müssen. Auch da sind die ersten Ansätze in diesem Einzelplan zu sehen, zum Beispiel, indem wir – es klingt nach einem technischen Detail, erhöht aber die Transparenz und führt gleichzeitig zu Kosteneinsparungen – die Berechnung des Bundeszuschusses anders vornehmen, transparenter vornehmen, besser vornehmen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Dr. Yannick Bury

- (A) Obwohl wir das tun – auch das gehört zur Wahrheit dazu –, steigt der Bundeszuschuss zur Rente von aktuell knapp 127 Milliarden Euro bis 2029 auf 150 Milliarden Euro an.

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Er sinkt im nächsten Jahr!)

Das zeigt beispielhaft, dass Handlungsbedarf besteht, unsere Sozialversicherungssysteme tragfähig und zukunftsfest für den demografischen Wandel zu machen, den wir vor uns haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt dieser Einzelplan zentrale und wichtige Schwerpunkte. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass dieser Einzelplan in weiten Teilen eine Bestandsaufnahme des Status quo ist und dass dieser Einzelplan nicht der Dauerzustand bleiben darf. Ansonsten wird es in diesem Haushalt für Arbeit und Soziales, aber auch im Bundeshaushalt insgesamt auf eine zunehmende Versteinerung der Bundesfinanzen hinauslaufen, mit der Konsequenz, dass wir zum Ende dieses und Anfang des kommenden Jahrzehnts massive Einschränkungen in unserer fiskal- und finanzpolitischen Handlungsfähigkeit haben werden.

Wenn wir wollen, dass auch kommende Generationen, dass auch diejenigen, die hier im nächsten Jahrzehnt Sozial-, Renten- und Haushaltspolitik betreiben, noch Handlungsspielräume haben, dann liegt die Herausforderung, die vor uns liegt, darin, diesen Trend, diese Versteinerung zu brechen und anzugehen, und das werden wir in dieser Koalition tun. Die ersten Schwerpunkte sind in diesem Haushalt gesetzt; es bleibt aber auch noch was zu tun.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus dieser Bestandsaufnahme heraus folgt die Herausforderung, dass wir diesen Ausgabentrends gegensteuern müssen, damit wir am Ende, auch am Ende dieser Wahlperiode, die Dinge zusammenbringen, um die es geht: die soziale Sicherheit, die wir stärken wollen, aber auch die Handlungsfähigkeit künftiger Generationen und damit nicht zuletzt die Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Tamara Mazzi das Wort. Bitte.

(Beifall bei der Linken)

Tamara Mazzi (Die Linke):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Vater hat sein ganzes Leben lang gearbeitet. Schon als Kind hat er nebenbei gejobbt. In seinem Heimatland hat er an der Universität unterrichtet. In Deutschland musste er sich mit Jobs im Niedriglohnssektor über Wasser halten. Als sein Deutsch dann gut genug war, hat er angefangen, als Gitarrenlehrer zu arbeiten. Nun ist er Rentner: 236 Euro – ein Leben Arbeit gewürdigt mit 236 Euro im Monat! Mein Vater hat jetzt die Wahl: Entweder er nimmt die Unterstützung seiner Kinder an, oder

er arbeitet, bis er stirbt. Mein Vater ist kein Einzelfall. (C) Millionen Menschen in Deutschland haben ihr Leben lang hart gearbeitet und sind von Altersarmut bedroht. Oft gibt es keine Verwandten, die für sie aufkommen können. Und viel zu oft lässt dieser Staat sie allein.

Diese Erfahrung machen nicht nur alte Menschen. In meinem Wahlkreis in Kiel bieten mein Team und ich Sozialsprechstunden an. Zu uns kommen Menschen, denen sonst nicht geholfen wird – Menschen, die einen Arbeitslosenanspruch stellen müssen, aber überfordert sind, Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse, die sich in einem Behördensystem zurechtfinden müssen, das ihre Sprache nicht spricht, Menschen, die Fristen einhalten müssen, obwohl sie die Post nicht verstehen und die Ämter kaum zu erreichen sind. Was sie viel zu oft erleben müssen, ist die soziale Kälte der deutschen Bürokratie.

All diese Geschichten sind individuelle Schicksale, aber nicht individuell verschuldet. Sie sind Ergebnis der politischen Entscheidungen, die Sie hier treffen. Jeden Tag könnten Sie sich entscheiden, die Last, die die Menschen in diesem Land tragen müssen, zu mindern. Sie aber machen es den Leuten schwerer und produzieren dort Leid, wo niemand leiden müsste. Ich bin Ihre Ausreden leid.

(Beifall bei der Linken)

Sie sagen: „Es muss gespart werden“, geben aber in den nächsten Jahren so viel Geld aus wie noch nie zuvor – leider nur für die Bundeswehr und ohne dass davon irgendetwas bei den Leuten ankommt. Sie sagen Sätze wie: „Hochkomplexe Sachverhalte erfordern komplexe Antworten“, und werfen, während Sie das sagen, Bürgergeldempfänger/-innen und Rentner/-innen unter den Bus. Das sieht man auch am Referentenentwurf zur neuen Grundversicherung: Vollzeitpflicht, während es kaum Kitaplätze gibt, Streichungen bei den Wohnkosten, während es kaum Wohnungen gibt. Das ist einfach nur menschenverachtend. (D)

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Ricarda Lang [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dabei ist die Antwort so einfach: Eine Politik im Interesse der Mehrheit in diesem Land ließe sich morgen umsetzen. Allein im Etat für Arbeit und Soziales, über den wir heute entscheiden, lässt sich so viel machen. Sie könnten Berufssprachkurse endlich so ausfinanzieren, dass alle einen Platz bekommen. Sie könnten Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt bedarfsgerecht ausbauen. Sie könnten ein Sicherungssystem einführen, das nicht auf Misstrauen und Strafe setzt. Und Sie könnten morgen ein Rentensystem schaffen, das keine Altersarmut produziert und trotzdem finanzierbar ist. Mit unseren Vorschlägen ließe sich das Rentenniveau auf 53 Prozent erhöhen und eine solidarische Mindestrente einführen. Das alles könnten Sie morgen umsetzen.

Stattdessen diskutieren Sie darüber, ab wann sich die Altersarmut denn nun verschärfen könnte, aber nicht, wie wir sie abschaffen. Mit ihrem Aufstand offenbart die Junge Gruppe in der Union jetzt noch einmal, wo ihre Prioritäten liegen. Diese Debatte ist so unglaublich scheinheilig. Als ob es wirklich um die Beiträge der

Tamara Mazzi

- (A) Lohnabhängigen ginge! Es geht ihnen einzig und allein darum, die Beiträge ihrer Unternehmereltern kleinzuhalten, damit Papa mit seinem Porsche in der Garage bloß keinen Cent mehr für die Rentner zahlen muss.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Um das zu verhindern, wird mal eben ein Generationenkonflikt herbeigeredet. Die Rente ist aber kein Konflikt zwischen Jung und Alt; sie ist ein Klassenkonflikt. Und die CDU steht dabei immer auf der falschen Seite.

(Beifall bei der Linken – Jens Spahn [CDU/CSU]: Ach so? – Marc Biadacz [CDU/CSU]: Das stimmt doch gar nicht! Wir sind Volkspartei! Ich schaue auf beide! Das brauchen Sie mir nicht zu sagen!)

Deswegen weigern Sie sich auch, irgendwas umzusetzen, was die große Mehrheit in diesem Land entlasten würde. Sie wollen es nicht. Sie sind nicht die Politiker/-innen der Mehrheit in diesem Land. Sie sind die Politiker/-innen der Reichen und Konzerne. Sie sind die Verwalter/-innen eines Systems, das ohne Armut, ohne Elend nicht funktioniert, weil es Menschen gibt, die davon profitieren. Und um davon abzulenken, spalten Sie:

(Beifall bei der Linken)

in Jung und Alt, in Menschen mit und Menschen ohne Migrationsgeschichte, in Menschen mit Arbeit und solche, die nicht arbeiten können.

Dieser Haushalt steht ganz im Zeichen Ihrer Spalterei. Dieser Haushalt ist kein Haushalt für die Menschen, die jeden Tag das Elend ertragen müssen, das Sie produzieren – Menschen wie mein Vater. Dieser Haushalt ist einer der Reichen und ihrer Freunde auf der Regierungsbank. Und deswegen lehnen wir ihn entschieden ab.

(B)

(Beifall bei der Linken – Jens Spahn [CDU/CSU]: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die Bundesregierung hat nun Frau Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Bärbel Bas, das Wort. Bitte sehr.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bärbel Bas, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir verabschieden in dieser Woche den Haushalt 2026. Das ist ein wichtiges politisches Signal, weil wir alle wissen: Die ökonomischen Rahmenbedingungen sind alles andere als gut und einfach. Umso mehr ist es ein politischer Erfolg dieser Koalition, einen solch zukunftsweisenden und insgesamt ausgewogenen Haushalt vorzulegen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Er ist nicht nur ein Erfolg der Bundesregierung, sondern vor allem auch ein Erfolg der beiden Koalitionsfraktionen hier im Deutschen Bundestag. Ich möchte mich bei den Haushälterinnen und Haushältern bedanken, an der Spitze stehend insbesondere bei Frau Michel und Herrn Bury. Das war wirklich ein Kraftakt!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C)

Natürlich bedanke ich mich bei allen Abgeordneten. Denn es war in der Tat eine Nachtsitzung, und der Arbeitsschutz, streng genommen, wäre an dem Abend möglicherweise außer Kraft gesetzt worden. Wir sollten in Zukunft darauf achten.

Insbesondere möchte ich mich auch bei denen bedanken, die hinter den Kulissen arbeiten. Das sind die Kolleginnen und Kollegen in den Ausschüssen und auch die Mitarbeitenden im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die wirklich in einem halben Jahr zwei Haushalte durchgearbeitet haben. Auch an sie noch mal herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Ich bin froh, dass wir jetzt Planungssicherheit haben; denn Planungssicherheit braucht dieses Land jetzt. Mit diesem Haushalt setzen wir die richtigen Schwerpunkte. Wir stärken den Arbeitsmarkt, und wir modernisieren den Sozialstaat. Wir werden das Gesamtbudget der Jobcenter um 1 Milliarde Euro anheben, um eben auch mehr Eingliederung und Vermittlung möglich zu machen. Deshalb verstetigen wir auch den Ansatz für die Deutschsprachförderung; denn Sprache ist letztendlich der Schlüssel für eine gute Arbeitsmarktintegration.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Und genau deshalb investieren wir die 35 Millionen Euro in den Aufbau einer Work-and-Stay-Agentur, weil wir qualifizierte Fachkräfte brauchen, die in unser Land kommen. Wir wollen sie einfacher und schneller in den Arbeitsmarkt integrieren, und dafür ist diese Agentur der richtige Schritt.

(D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir sichern die Arbeit von heute, aber wir schaffen auch die Arbeit von morgen. Wir erleben in der Tat einen tiefgreifenden Wandel der Arbeitswelt durch Digitalisierung, künstliche Intelligenz und auch die demografische Entwicklung, und mit vorausschauender Arbeitsmarktpolitik möchten wir diesen Wandel gestalten.

Deshalb haben wir gestern gemeinsam mit der Kollegin Prien mit der Nationalen Weiterbildungskonferenz einen Startschuss für unsere Weiterbildungsoffensive gesetzt; wir wollen diese Offensive, die seit 2019 schon sehr erfolgreich arbeitet, weiter ausbauen. Das wird uns helfen, durch Qualifizierung und durch Weiterbildung den Wandel intensiv zu befördern, sodass viele Menschen, die in diesem Wandel noch unsicher sind, wo sie auf dem Arbeitsmarkt einen neuen Platz finden, eine große Unterstützung erhalten. Auch das ist ein guter Punkt, den wir gestern noch mal gestartet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Insgesamt ist es so: Ja, dieser Einzelhaushalt ist der größte innerhalb der Bundesregierung: 197,3 Milliarden Euro. Da geht es wirklich um viel Geld. Sie wissen aber auch: Ein hoher Anteil dieses Etats, nämlich 99 Prozent,

Bundesministerin Bärbel Bas

- (A) besteht aus gesetzlich gebundenen Pflichtaufgaben. Das ist aber kein Nachteil, sondern es ist auch ein Standortvorteil für Deutschland.

Unser Sozialstaat sorgt für Stabilität und für sozialen Frieden. Er stärkt die Binnenkonjunktur und auch die Kaufkraft, und vor allem gibt er sehr, sehr vielen Menschen in diesem Land Sicherheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Rente war in den vergangenen Wochen immer wieder ein Schwerpunkt, auch im Koalitionsausschuss gestern. Wir alle in der Bundesregierung haben das gleiche Ziel: Wir wollen eine Altersvorsorge in Deutschland, die sicher und gerecht ist, über alle Generationen, und wir wollen vor allen Dingen eine Rente, auf die sich die Menschen verlassen können. Mit der Stabilisierung des Rentenniveaus, der Mütterrente, der Betriebsrente, der Frühstartrente, der Aktivrente und auch einer Reform der privaten Altersvorsorge stellen wir jetzt schon die richtigen Weichen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Und so groß die Unterschiede manchmal auch sind: Wir handeln gemeinsam, und wir tragen gemeinsam die Verantwortung für unser Land. Deshalb ist es ein wichtiges Signal, dass sich die Koalitionsfraktionen auch auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag geeinigt haben – auch das ist wichtig – und sich einig sind, dass wir jetzt sehr zeitnah eine Rentenkommission einsetzen, die umfangreiche und auch mutige Schritte bei der Rente gehen will, die es auch braucht.

(B)

Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf die Einsetzung einer Rentenkommission geeinigt, und deshalb wollen wir eben auch zügig Ergebnisse liefern. Und es liegt jetzt an uns allen, ob diese Rentenkommission die besten Vorschläge für die Altersvorsorge der Zukunft erarbeiten kann.

Ich möchte mich ausdrücklich noch mal für die Zusammenarbeit bedanken. Und vor allen Dingen möchte ich sagen, dass dieser Haushalt, aber auch die Reform der Alterssicherung einen wichtigen Beitrag für dieses Land leisten werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die AfD-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Ulrike Schielke-Ziesing das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Liebe Kollegen! Verehrte Bürger! Ich möchte meine Rede mit einer Bestandsaufnahme bei den Sozialkassen beginnen. Die Pflegekasse braucht nächstes Jahr 3,2 Milliarden Euro Notkredite. Der Gesundheitsfonds erhält das zweite Jahr in Folge 2,3 Milliarden Euro an Krediten, vorerst.

Wir alle haben letzte Woche die gescheiterte Abstimmung im Bundesrat mitbekommen. (C)

Die Bundesagentur für Arbeit bekommt nach den 2,4 Milliarden Euro in diesem Jahr im nächsten Jahr zusätzliche 4 Milliarden Euro Kredite. Und zuletzt nenne ich noch die Rentenkasse, die 2025 voraussichtlich 4 Milliarden Euro minus machen wird, nächstes Jahr 9,4 Milliarden Euro, und für das Jahr 2027 sind fast 20 Milliarden Euro minus prognostiziert. Wenn ich all diese Zahlen zusammenrechne, komme ich auf knapp 50 Milliarden Euro, die in den Sozialkassen über kurz oder lang fehlen werden.

Liebe Kollegen, das Einzige, was unsere Sozialsysteme noch über Wasser hält, sind Notkredite.

Wenn gleichzeitig alle vier wichtigen Sozialkassen rote Zahlen schreiben – mehrere Jahre hintereinander, wohlgemerkt –, mit keiner Aussicht auf Verbesserung, und das bei den höchsten Steuer- und Abgabenquoten seit dem Zweiten Weltkrieg, dann haben wir ein strukturelles Problem, dann läuft etwas grundsätzlich schief.

(Beifall bei der AfD)

Und was macht die Regierung? Sie streitet, ob sie noch zusätzlich dreistellige Milliardenbeträge verteilen kann – Milliarden, die sie nicht hat, nicht für eine Reform, die dringend notwendig wäre und über die wir diskutieren können, nicht für eine Verbesserung der Lage. Nein, Sie wollen den Status quo noch ein bisschen länger beibehalten. Und dann?

Sehen wir uns einmal die Finanzierung der gesetzlichen Rente genauer an. Ich denke, dass sehr vielen Kollegen die volle finanzielle Dimension noch gar nicht bewusst ist. Die gerade vieldiskutierte Haltelinie greift nämlich tatsächlich schon seit 2024. War sie bis 2024 nur ein theoretisches Konstrukt, wirkt sie seit anderthalb Jahren schon voll und ganz. (D)

Wir wissen, dass die Haltelinie die normale Rentenformel außer Kraft setzt und damit alle Faktoren, die es dazu gibt: den Nachhaltigkeitsfaktor, den Nachholfaktor, den Beitragssatzfaktor usw. Das heißt: Wir müssen keine Spätfolgen in 20 Jahren kalkulieren, wir haben diese Folgen schon hier und jetzt.

Wir wissen, dass der Bund bis 2029 erst mal gar keine Kosten ausgleichen will. So steht es schwarz auf weiß in Ihrem Gesetzentwurf, Frau Ministerin. Versprochen wurde das Gegenteil.

Und dann stelle ich jetzt dieselbe Frage wie bereits im August beim Berichterstattergespräch: Wer bezahlt die Haltelinie bis 2029?

(Zuruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir reden hier nicht von Peanuts, sondern von hohen Milliardenbeträgen.

Wenn die Rentenformel außer Kraft ist und politisch willkürlich eine Grenze für das Rentenniveau festgelegt wird, dann kostet es erst einmal etwas. Die Rentenversicherung macht ja nicht zum Spaß gerade Milliardendefizite.

Ulrike Schielke-Ziesing

- (A) Es ist kein Zufall, dass die Nachhaltigkeitsrücklage von derzeit 43 Milliarden Euro im Rekordtempo abgeschmolzen wird. Das sind schon die ersten Milliarden, die diese Haltelinie kostet. Nur: Keiner berichtet darüber.

Ab 2027 sollen dann die Beiträge steigen, auf 20 Prozent. Das bringt wieder frische Milliarden, die dann gleich wieder weg sind; denn sie werden gebraucht, um die Haltelinie zu finanzieren. Das heißt, wir werden schon bis 2031 Unsummen an Milliarden für diese Haltelinie ausgeben. Von den abenteuerlichen 120 Milliarden Euro plus x nach 2031 will ich gar nicht erst anfangen.

Ich stelle fest: Sie verschleiern hier die wahren Kosten, sogar vor Ihren eigenen Abgeordneten. Bezahlen werden es ohnehin die Bürger und Beitragszahler. Und was das Ganze noch absurder macht: Das Rentenpaket haben Sie bereits im Haushalt etatisiert. Das heißt, Sie präjudizieren hier die Entscheidung dieses Parlaments. Das ist auch neu und geht aus unserer Sicht gar nicht!

(Beifall bei der AfD)

Sie haben sich in Ihrem Rentenstreit verrannt. Sie verpulvern Milliarden, um noch irgendwie einen Status quo aufrechtzuerhalten. Das kann nicht funktionieren.

Wenn Sie schon nicht auf uns hören, dann hören Sie doch auf die Ökonomen, die appellieren, dieses Rentenpaket zu stoppen, und die vor den drastischen finanziellen Folgen warnen. Stoppen Sie dieses Rentenpaket, und legen Sie ein umfassendes Reformkonzept vor. Dann beraten wir über die Finanzierung.

- (B) (Beifall bei der AfD)

Damit komme ich zum nächsten großen Nicht-Projekt dieser Koalition, zur Bürgergeldreform. Frau Ministerin, Sie haben hierzu 1,5 Milliarden Euro Einsparungen in Aussicht gestellt und uns während der Beratungen ständig damit getröstet, dass die Reformen kommen werden.

Was dann endlich kam, war ein Referentenentwurf. Nur, statt der versprochenen 1,5 Milliarden Euro lesen wir lediglich von einer Einsparung von nur gerade mal 86 Millionen Euro, nicht mal ein Zehntel dessen, was Sie hier etatisiert haben. Das ist viel zu wenig. Das ist keine Reform, das ist nicht mal ein Reförmchen.

In den Beratungen habe ich auch verstanden, wo das Problem liegt. Sie haben gesagt, Sie wollen mit den Empfängern – Zitat – „auf Augenhöhe verhandeln“. Sie machen den Fehler hier schon im Grundsatz. Wir reden hier von einer Leistung des Staates; hier gibt es nichts zu verhandeln.

Wir müssen endlich dazu kommen, im Sozialsystem klare Regeln aufzustellen. Klare Regeln bedeuten aber auch: Unser Sozialsystem ist nicht dazu da, halb Kalkutta zu versorgen,

(Beifall bei der AfD)

was der Fall ist, wenn wir inzwischen mehr als die Hälfte des – wohlgemerkt – Bürgergeldes an Nichtbürger auszahlen. Als AfD haben wir Ihnen mit unseren Anträgen aufgezeigt, dass es hier durchaus ein sehr großes Einsparpotenzial gäbe. Das würde übrigens nicht nur den Bund,

- (C) sondern auch die Länder und die Krankenkassen entlasten – um Milliarden Euro, die wir dann tatsächlich für die Stabilisierung der Rente einsetzen könnten.

Auch das ganze Geschacher in der Bereinigungssitzung war vollkommen fehl am Platze. Ich meine dabei Sachen wie die Finanzspritze an ausgewählte NGOs, die rein zufällig und urplötzlich bundespolitisch voll wichtige Aufgaben im Wahlkreis des Parlamentarischen Staatssekretärs der SPD im Finanzministerium wahrnehmen.

Auf die Spitze trieben es das Ministerium bzw. die Koalitionsfraktionen aber mit dem Durcheinander bei der Work-and-Stay-Agentur; das haben wir heute ja schon gehört. Zuerst waren 25 Millionen Euro dafür im eigenen Haushalt eingeplant, dann 50 Millionen Euro, und das Ganze sollte ins Sondervermögen Infrastruktur überführt werden – ohne richtige Erklärung, ganz einfach, weil man es kann. Im Ergebnis werden dafür bis 2029 insgesamt 740 Millionen Euro ausgegeben – über das Sondervermögen, also auf Pump. Wir wissen ganz genau, wie das am Ende laufen wird: eine Verwaltung, die sich selbst verwalten wird und dabei einfach mal ein paar 100 Millionen Euro verfeuert. Hier zeigt sich wieder einmal die alte Weisheit: Gib niemals einer Regierung einen Blankoscheck! – Und genau das passiert mit dem Sondervermögen und der Grundgesetzänderung.

Unsere Anträge haben wir eingereicht. Wir haben Ihnen aufgezeigt, wo unsere Prioritäten in diesem Haushalt liegen. Man muss es nur wollen. Diesen Haushalt, den Sie hier vorgelegt haben, können wir jedenfalls so nicht mittragen und werden ihn deswegen ablehnen.

(D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Marc Biadacz das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Marc Biadacz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin! Zukunft wird nicht gefunden, sie wird gemacht. – Diesem Gedanken von Bundespräsident Theodor Heuss fühle ich mich heute besonders verpflichtet. Warum? Wir beraten heute den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Er ist mit fast 38 Prozent der größte Haushalt, und er prägt wie kein anderer die Lebensrealität so vieler Menschen in unserem Land. Dieser Haushalt steht für soziale Sicherheit, für Chancen und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gerade weil uns dies so wichtig ist, brauchen wir jetzt den Mut zu Reformen. Wir dürfen nicht länger nur reagieren, sondern wir müssen gestalten. Dazu sind wir in dieser Koalition bereit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Marc Biadacz

- (A) Wir sind bereit, unsere Sozial- und Arbeitsmarktmodelle weiterzuentwickeln, nicht aus Zwang, sondern aus Überzeugung. Denn: Zukunft wird nicht gefunden, sie wird gemacht.

Für uns ist entscheidend, dass wir Menschen in Arbeit bringen und auch dort halten. Dafür haben wir gemeinsam mit unserer Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas den Eingliederungstitel für die Jobcenter um 1 Milliarde Euro erhöht; denn Qualifizierung und Weiterbildung sind zentral, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Aber: Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen nicht nur in Programmen parkt, sondern ihnen echte Perspektiven bietet. Wir haben immer gesagt, dass es unser Ziel ist, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, statt sie im Bürgergeld zu verwalten. Daher haben wir als CDU/CSU und SPD gemeinsam die neue Grundsicherung auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir zeigen, dass wir Reformen gemeinsam angehen, mit Augenmaß und Entschlossenheit. Unser Ziel ist klar: Unterstützung dort, wo notwendig, aber zugleich stärkere Anreize, um schneller wieder in Arbeit zu kommen. Wir brauchen klare Mitwirkungspflichten, wirksame Vermittlung und mehr Verbindlichkeit. Die Jobcenter müssen die Menschen begleiten und fördern, aber eben auch fordern. Die neue Grundsicherung ist daher kein Endpunkt, sondern ein Sprungbrett.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Arbeitswelt verändert sich, die Digitalisierung schreitet stetig voran. Diese Entwicklung bringt nicht nur neue Herausforderungen, sondern auch neue Erwartungen seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen künftig mehr Möglichkeiten für flexible Arbeitszeiten schaffen, ohne die Rechte der Beschäftigten zu minimieren. Unsere Leitidee leitet: mehr Freiheit, aber auch mehr Verlässlichkeit. Moderne Arbeitszeitmodelle – weg von einer täglichen, hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit –

(Beifall bei der CDU/CSU)

sollen Betrieben mehr Spielraum geben und gleichzeitig Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. So gestalten wir eine Arbeitswelt, die zu den Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts passt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zur Rente sagen. Es ist gut, dass wir uns in diesen herausfordernden Zeiten auch um dieses Thema kümmern. Diese Bundesregierung wird jetzt voranschreiten. Wir werden die Einsetzung der Rentenkommission vorziehen. Die Rentenkommission wird nächstes Jahr die Arbeit beenden, und dann werden wir Entscheidungen treffen, gemeinsam in diesem Haus, gemeinsam in der Koalition, damit „Generationengerechtigkeit“ nicht nur auf dem Papier steht, sondern in diesem Hohen Hause auch umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist mehr als eine Aufzählung von Fakten. Er ist ein Zukunftsversprechen, ein Versprechen, dass wir die Arbeitswelt modernisieren, die soziale Sicherheit stärken und unser Land fitmachen für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Wir übernehmen Verantwortung für Deutschland.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Herr Dr. Armin Grau das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Armin Grau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr ganzer Haushalt zeigt klar: Ihre Koalition kann nicht mit Geld umgehen. Das Sondervermögen ist eine riesige Chance für unsere Zukunft. Sie aber verspielen diese Zukunft, vor allem die Zukunft der jungen Generation. Sie verschieben Gelder zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen, ohne zusätzliche Investitionen zu tätigen. Sie verschenken Wachstumschancen, und das ist für die Finanzierung unseres Sozialhaushaltes ganz entscheidend. Es ist ein Drama, was Sie hier machen.

Sie legen einen Klimasparhaushalt vor. Die Ausgaben für Klima- und Umweltschutz sinken um mehr als 1 Milliarde Euro. Wir reden hier über den Haushalt Arbeit und Soziales; aber es ist klar: Die Ärmern und Schwächeren zahlen in besonderem Maße die Zeche, wenn wir nicht in Klimaschutz investieren. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso zukunftsvergessen wie der Gesamthaushalt ist die Regierungspolitik im Bereich „Arbeit und Soziales“. Gerade jetzt, wo die Eingliederung in den Arbeitsmarkt so große Erfolge zeigt, nehmen Sie die aus der Ukraine Geflüchteten aus dem Bürgergeld heraus und erschweren ohne Not die Jobvermittlungen. Am Ende sparen Sie damit gar nichts. Statt effizienter Arbeitsmarktpolitik schaffen Sie zusätzliche Bürokratie und eine überlastete Verwaltung. So eine Politik löst keine Probleme, sie schafft nur neue.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Ministerin Bas ist darüber verständlicherweise nicht glücklich.

Mit der neuen Grundsicherung, die das Bürgergeld ersetzen soll, will die Regierung Menschen schnell in den nächstmöglichen Job vermitteln, anstatt zu qualifizieren und dauerhafte Beschäftigung zu schaffen. Ihr Motto – und das ist falsch – ist: Fordern vor Fördern. Das Fördern würde ja erst mal Geld kosten, bevor es Geld spart. Entsprechend wird in diesem Haushalt die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wieder nicht ausreichend ausgestattet. Durch die Änderung beim Bürgergeld müssen Verwaltungsverfahren, Prozesse und Software geändert werden. Das erhöht die Verwaltungskosten, so-

Dr. Armin Grau

- (A) dass noch mehr Geld von den Eingliederungstiteln in den Verwaltungsetat umgeschichtet werden muss, welches dann natürlich für die Eingliederung fehlt.

Auch für die berufsbezogene Deutschsprachförderung setzt die Regierung trotz hohen Bedarfs zu wenig Mittel an. Fehlen Sprachkurse, sinken Beschäftigungschancen und steigen die Ausgaben für Bürgergeld. Da nützt dann auch eine Work-and-Stay-Agentur nichts, wenn man den Menschen, die schon da sind, immer neue Hürden in den Weg legt, obwohl sie gerne arbeiten würden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Rente führen Sie in der Koalition eine völlig fehlgeleitete Debatte. Auch für die Finanzierbarkeit der Rente ist eine möglichst hohe Ausschöpfung der Beschäftigungschancen ganz zentral. Im vielzitierten Nachhaltigkeitsfaktor steckt der Rentnerquotient, den wir mit einem hohen Beschäftigungsniveau günstig beeinflussen können. Wir müssen Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Schwerbehinderte mehr in Arbeit bringen und mehr Möglichkeiten für ein freiwilliges längeres Arbeiten schaffen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch für die Rente brauchen wir mehr Arbeitsvermittlung. Und für eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir viel mehr Geld für Kinderbetreuung in Kitas und Ganztagsschulen, damit Frauen so arbeiten können, wie sie es wollen. Das brauchen wir für die Gleichstellung, aber auch für die Wirtschaft und die Renten. Auch in diesem Bereich setzen Sie im Haushalt die falschen Schwerpunkte.

- (B) An allen Ecken und Enden zeigt sich: Sie können nicht mit Geld umgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Julia Klöckner:

Danke sehr. – Jetzt hat für die Fraktion Die Linke Herr Abgeordneter Pascal Meiser das Wort.

(Beifall bei der Linken)

Pascal Meiser (Die Linke):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Arbeit soll sich wieder lohnen, so steht es sinngemäß dutzendfach in Ihrem Koalitionsvertrag. Doch rund 200 Tage nach Regierungsantritt und zwei Haushalte später ist davon in der Realität nichts, aber auch gar nichts zu spüren.

(Beifall bei der Linken)

Fangen wir beim Mindestlohn an: 15 Euro haben Sie von der SPD im Wahlkampf versprochen und sogar in Ihrem Koalitionsvertrag für das kommende Jahr in Aussicht gestellt. Doch ab 1. Januar 2026 sollen es jetzt gerade mal 13,90 Euro die Stunde werden, weil die Arbeitgeberseite mal wieder alles andere blockiert hat. Würden Sie es wirklich ernst meinen damit, dass sich harte Arbeit wieder lohnen soll, dann würden Sie sich jetzt mit dieser Lohndumpinglobby anlegen und dafür sorgen, dass so etwas nicht mehr passieren kann, dass das Mindestlohngesetz entsprechend geändert wird.

(Beifall bei der Linken)

Ja, den gesetzlichen Mindestlohn braucht es nur, weil die Tarifbindung immer weiter in den Keller gerutscht ist. Doch statt hier konsequent gegenzusteuern, haben Sie es bisher nicht einmal hinbekommen, das versprochene Bundestariftreuegesetz durchzubekommen und zu verabschieden. Im Gegenteil: Die Union versucht doch gerade alles, um das im Hintergrund weiter zu torpedieren. Lohndumping bleibt so selbst bei öffentlichen Aufträgen weiter möglich. Das ist und bleibt inakzeptabel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken – Christian Görke [Die Linke]: Unerhört!)

Und wir wissen: Auch ein solches Tariftreuegesetz wird nicht ausreichen, um die Tarifbindung wieder deutlich anzuheben. Das geht nur mit einem umfassenden Maßnahmenpaket. Aber auch da, Frau Bas, liegt bisher null und nichts auf dem Tisch. Hier muss endlich etwas passieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Ricarda Lang [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das würde nicht nur für viele Menschen mehr Geld in der Tasche bedeuten. Durch Lohndumping und Tarifflicht entgehen auch der öffentlichen Hand und den Sozialversicherungen allein in diesem Jahr sage und schreibe mehr als 65 Milliarden Euro. Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der Linken)

Zugleich gibt es in unserem Land inzwischen eine richtige Parallelwelt der Arbeit, die unseren Sozialversicherungssystemen ebenfalls jedes Jahr einen milliardenschweren Schaden beschert; der Kollege Nacke von der CDA hat darauf mit Blick auf das ganze Minijobunwesen ja jüngst noch mal sehr deutlich hingewiesen. Aber wenn dem so ist, warum handeln Sie dann jetzt nicht? Sorgen Sie dafür, dass diese Minijobs tatsächlich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt werden! Das wäre gut für die Betroffenen, gut für die Sozialversicherungen, und das würde am Ende auch die öffentlichen Haushalte entlasten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es deutlich: Wenn es Ihnen wirklich ernst wäre mit den hart arbeitenden Menschen in unserem Land, dann hätten Sie auch schon längst begonnen, gegen die rücksichtslose Ausbeutung durch zum Teil mafios organisierte Subunternehmerketten in der Paketbranche, bei den Lieferdiensten oder am Bau vorzugehen. Lohnklau und Sozialversicherungsbetrug sind da doch an der Tagesordnung. Sorgen Sie endlich dafür, dass dieses ganze perfide Sub-Sub-Sub-Unwesen in diesen Branchen ein Ende hat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linken – Christian Görke [Die Linke]: Ganz meine Meinung!)

Schließlich – auch ich kann es Ihnen nicht ersparen – zur Rente. Da gibt es in den Reihen von CDU und CSU also allen Ernstes einige Abgeordnete, die wollen, dass das Rentenniveau weiter sinkt und ab 2032 sogar erstmalig eine nominale Rentensenkung droht.

Pascal Meiser

- (A) (Johannes Winkel [CDU/CSU]: Es gibt keine Rentensenkung!)

Der Kollege Whittaker – ja, man glaubt es nicht, ebenfalls aus der Unionsfraktion – hat kürzlich anhand eines Beispiels aus seinem Wahlkreis einmal sehr plastisch dargestellt, was das konkret bedeutet, und das will ich Ihnen nicht vorenthalten: Ein Maurerhelfer, der etwa 20 Euro pro Stunde bekommt, hat bereits jetzt nach 47 Beitragsjahren nur eine Rente von rund 1 300 Euro. Das sind nur knapp 200 Euro mehr, als hätte er nie gearbeitet.

(Pascal Reddig [CDU/CSU]: Das ist falsch! Einfach falsch!)

Und diesen Abstand, meine Damen und Herren von der Jungen Union, den wollen Sie jetzt allen Ernstes weiter verringern? Ich sage: Das ist wirklich vieles; aber mit „Arbeit muss sich wieder lohnen“ hat das nun gar nichts zu tun.

(Beifall bei der Linken – Christian Görke [Die Linke]: Genau!)

Was wir brauchen, ist – im Gegenteil – doch ein deutlich höheres Rentenniveau. Wir brauchen ein Rentensystem, das garantiert, dass diejenigen, die den Laden überall am Laufen halten, im Alter eine Rente bekommen, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Und deshalb – das sage ich deutlich – darf diese Rentenkommission, die jetzt eingesetzt werden soll, auch keine Rentenkürzungskommission werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

- (B) Ich verspreche Ihnen: Wir als Linke jedenfalls werden alles tun, bis Sie von der CDU/CSU und Sie von der SPD hier nicht nur davon reden, sondern tatsächlich endlich etwas dafür tun, dass sich harte Arbeit in diesem Land wirklich lohnt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Rasha Nasr das Wort. – Bitte.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Hülya Düber [CDU/CSU])

Rasha Nasr (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Bas! Wir alle wissen: Deutschland steckt mitten in einem historischen Wandel. Digitalisierung, Klimawandel, Demografie – das ist ein Dreiklang nicht nur der Herausforderungen, sondern auch der Chancen. Wie immer in Deutschland stellt sich eine entscheidende Frage: Wer macht die ganze Arbeit eigentlich? Und die ehrliche Antwort darauf lautet: Wir brauchen jede Hand und jeden Kopf, und zwar aus dem In- und Ausland.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C) Deshalb möchte ich über zwei zentrale Bausteine moderner Fachkräftesicherung sprechen: über die Work-and-Stay-Agentur und über die Programme zur Fachkräfteeinwanderung und Integration.

Lange genug war der Weg nach Deutschland für internationale Fachkräfte ein Labyrinth aus Formularen, Wartezeiten und Zuständigkeiten. Genau das ändern wir jetzt. Mit der Work-and-Stay-Agentur schaffen wir eine digitale und zentrale Anlaufstelle, die den gesamten Prozess der Erwerbsmigration einfacher, schneller und transparenter macht. Wir schaffen einen digitalen Ort, an dem Menschen nicht mehr von Behörde zu Behörde laufen müssen, sondern von Anfang an begleitet werden. Denn wer einen qualifizierten Ingenieur aus Indien oder eine Pflegekraft aus Mexiko nach Deutschland holen will, sollte nicht das Gefühl haben, er müsse vorher Jura studiert haben.

Aber, allein Fachkräfte zu holen, reicht nicht. Wir müssen sicherstellen, dass Menschen, die hier ankommen, arbeiten können, dass sie die Sprache erwerben und dass ihre Qualifikationen anerkannt werden. Genau deshalb investieren wir über 450 Millionen Euro in berufsbezogene Sprachförderung. Deshalb finanzieren wir Programme wie „Integration durch Qualifizierung“, „Faire Integration“ und „MY TURN“ für Frauen mit internationaler Geschichte. Das ist kein nerviger Kostenblock; das ist eine Investition in unseren Wohlstand, weil der Arbeitskräftemangel nicht irgendwann kommt – er ist schon da: in den Krankenhäusern, in Kitas, in Handwerksbetrieben, in der Industrie.

(Zuruf des Abg. Adam Balten [AfD])

(D)

Wir ringen hier also nicht um ideologische Fragen. Wir ringen um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Deutschland war genau dann immer stark, wenn wir offen, pragmatisch und menschlich waren, wenn wir gemeinsam angepackt haben. Genau das machen wir jetzt. Manchmal wirkt unsere Bürokratie so, als hätte sie den Ehrgeiz, jeden Menschen auf die Probe zu stellen, bevor er überhaupt einreist. Darum modernisieren wir, darum digitalisieren wir, und darum machen wir die Wege endlich so, wie sie sein sollten: verständlich, nachvollziehbar und menschenfreundlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland hat keinen Mangel an Arbeit; aber Deutschland hat einen Mangel an Menschen, die die Arbeit machen können. Mit der Work-and-Stay-Agentur, mit starken Integrationsprogrammen und mit einer modernen Einwanderungspolitik setzen wir ein klares Signal. Wir investieren in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und genau deshalb bitte ich um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(A) Präsidentin Julia Klöckner:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Peter Bohnhof das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Peter Bohnhof (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger, die bald die nächste Strom- und Heizkostenabrechnung bekommen! Der Haushalt 2026 ist kein Haushalt, er ist ein Schuldenrausch. Es wird nicht gespart; vielmehr werden weiter Milliarden in Klimaträume, EU-Töpfe und ins Ausland gepumpt, während unsere eigenen Leute im Stich gelassen werden. Statt Entlastung baut diese Merz-Regierung weiter Bürokratie auf, neue Schulden statt Konsolidierung. Das hat dramatische Folgen für unser Land: In den letzten zwölf Monaten sind in der deutschen Industrie 274 000 Arbeitsplätze verloren gegangen; es gab 29 Großinsolvenzen bei Autzulieferern in nur einem halben Jahr. Und jetzt verlagern deutsche Autobauer sogar ihre Entwicklungsabteilungen nach Osteuropa, weil dort die Steuern niedriger sind und der Bürokratiewahnsinn kleiner. Das ist das Ergebnis der Politik dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der AfD)

Im Sommer gab es erstmals seit zehn Jahren wieder über 3 Millionen Arbeitslose. Wer einmal raus ist – und das ist das Problem –, kommt kaum wieder rein. Die Chancen, Arbeitslosigkeit durch eine neue Stelle zu beenden, sind auf einem historischen Tiefstand. Und gleichzeitig erzählen uns Union, SPD und Grüne seit zehn Jahren das Märchen von den vielen Fachkräften, die angeblich zu uns kommen. Die Wahrheit: Jeder zweite Bürgergeldempfänger ist kein Deutscher; über 60 Prozent haben Migrationshintergrund.

Meine Damen und Herren, in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten warten Arbeitnehmer und Unternehmen monatelang auf Rechtssicherheit. Die beiden obersten Gerichtshöfe im Bereich „Arbeit und Soziales“ erhalten mehr Geld. Dennoch lässt der Output nach. Die Verfahrensdauer beim Bundesarbeitsgericht steigt: 2021, im Jahr der sogenannten großen Digitalisierungsoffensive und der Einführung der elektronischen Akte, lagen wir bei sieben Monaten; 2024 waren es fast neun Monate. Die E-Akte sollte alles schneller machen, hat sie aber nicht, weil die Digitalisierung offenbar nur in PowerPoint funktioniert.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Regierung verschleudert das Geld hart arbeitender Deutscher für alles Mögliche. Nur für die, die dieses Land am Laufen halten, bleibt nichts übrig. Unsere Industrie verelendet, unsere Sozialsysteme kollabieren, und unsere Gerichte kriechen im Schneckentempo. Wir haben genug von Ideologie statt Vernunft, von Schulden statt Sparen, von Schönreden statt Handeln. Dieser Haushalt ist ein einziger Offenbarungseid.

(Beifall bei der AfD)

So geht es nicht weiter. Nur die AfD wird etwas ändern. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

(C)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Sandra Carstensen das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Sandra Carstensen (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein neues Jahr steht an und damit auch schon wieder ein neuer Bundeshaushalt. Wie jedes Jahr bildet der Haushalt des BMAS den größten Einzelplan. Dieses Jahr macht er fast 200 Milliarden Euro, rund ein Drittel des Gesamtbudgets, aus. Das spricht für einen starken Sozialstaat, aber zeigt auch die Herausforderungen auf, die wir in der Politik haben – bei Rente und Bürgergeld, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wir stehen als Gesellschaft zusammen, sind uns aber der Herausforderungen bei der zukünftigen Finanzierung bewusst.

Der größte Posten ist und bleibt die Rente mit rund 128 Milliarden Euro und damit 5 Milliarden Euro mehr als noch 2025. Dazu kommen auch in diesem Jahr wieder rund 12 Milliarden Euro für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Damit fließt gut ein Drittel der Steuereinnahmen des Bundes in die gesetzliche Rentenversicherung – ein gewaltiger Posten, der stetig steigt und unser Land vor Herausforderungen stellt. Aber das zeigt auch: Wer in diesem Land gearbeitet hat, der kann sich im Alter auf den Staat verlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gleichzeitig ist klar: Das Rentensystem muss auf sichere Füße gestellt werden. Daher freue ich mich, dass wir mit der Rentenkommission ein Gremium geschaffen haben, das uns helfen wird, die Rente langfristig zu sichern. Sehr geehrter Herr Kollege Meiser, wie Sie das, was die Junge Gruppe und auch die Junge Union zu ihren Vorstellungen in Bezug auf die Rente gesagt haben, interpretiert haben, zeigt, dass Sie es schlichtweg nicht verstanden haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Pascal Meiser [Die Linke])

Diese Koalition hat sich Lösungen vorgenommen, und wir werden auch liefern.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer großer Posten ist das Bürgergeld. Die Ausgaben in Höhe von fast 30 Milliarden Euro sind vor allem eines: ein Warnsignal, dass unsere Wirtschaft unter Druck steht. Sie machen unmissverständlich klar, dass unsere wirtschaftliche Lage angespannt ist, und das stellt uns, Politik wie Gesellschaft, vor große Herausforderungen. Gerade jetzt brauchen wir eine Wirtschaftspolitik, die nicht kurzfristig Symptombehandlung betreibt, sondern mit der Weitsicht eines Adlers handelt: mit klaren, nachhaltigen Maßnahmen, die Investitionen ermöglichen und Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen geben.

(D)

Sandra Carstensen

(A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ob Stromsteuererleichterung für das verarbeitende Gewerbe, die Abschaffung der Gasspeicherumlage

(Zuruf des Abg. Reinhard Mixl [AfD])

oder der Investitionsbooster – dies sind nur einige der Maßnahmen, die wir bereits auf den Weg gebracht haben. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, die beste Arbeitsmarktpolitik ist eine solide Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Annika Klose [SPD])

Natürlich gehört zu dieser Diskussion auch, offen über Erwerbsanreize und Sanktionsmechanismen zu sprechen. Wer arbeiten kann, darf nicht dauerhaft auf die Unterstützung der Solidargemeinschaft angewiesen sein. Arbeit muss sich lohnen – dafür stehen wir als Union aus voller Überzeugung. Nur wenn wir diesen Kurs entschlossen weiterverfolgen, wird es uns gelingen, die ausufernden Ausgaben für das Bürgergeld wieder zurückzuführen und den Sozialetat auch in diesem Bereich auf eine verantwortungsvolle Basis zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Abschließend möchte ich auch diesmal einen Blick nach rechts und links werfen. 200 Milliarden Euro für Soziales – das ist der Linken natürlich wieder nicht genug.

(Katrin Fey [Die Linke]: Das stimmt!)

(B) Satte 64 Milliarden Euro möchte man draufsatteln, mehr als die Hälfte davon für das Bürgergeld. Dabei ist es gerade nicht sozial, die Menschen in staatlicher Abhängigkeit zu fesseln.

(Zuruf der Abg. Katrin Fey [Die Linke])

Sozial ist, die Menschen in Lohn und Brot zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Von der anderen Seite – für Sie habe ich auch etwas – kommen Vorschläge wie Ihr Spardepot für 700 Millionen Euro, zu dem Ihnen der Bundesrechnungshof schon im letzten Jahr attestiert hat, dass es am Rentenproblem rein gar nichts ändern würde. Sie zitieren ja regelmäßig gerne den Rechnungshof.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Aber wenn es darum geht, dass der Rechnungshof Ihre eigenen Angelegenheiten kritisiert, dann sind Sie offensichtlich taub auf den Ohren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Und dadurch, dass Sie, meine Damen und Herren, einen Antrag zum zweiten Mal stellen, wird er auch nicht besser. Unser Land braucht keine Schlagzeilenpolitik,

(Thomas Stephan [AfD]: Die macht ihr schon selbst!)

sondern belastbare Konzepte.

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land steht vor großen Aufgaben, aber es ist zugleich voller Möglichkeiten. Wenn wir mutig handeln, klug investieren, entschlossen reformieren, dann legen wir das Fundament dafür, dass Deutschland auch in 10, 20 oder 30 Jahren ein starkes, gerechtes und soziales Land ist. Dafür arbeiten wir – mit Verantwortung, mit Vernunft und mit dem festen Willen, unser Land voranzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Die Möglichkeit zu einer Kurzintervention, weil er namentlich angesprochen worden ist, hat der Kollege Herr Pascal Meiser aus der Linksfraktion. Bitte sehr.

Pascal Meiser (Die Linke):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie das zulassen. – Frau Carstensen, Sie haben mich ja persönlich angesprochen und mir dadurch die Gelegenheit gegeben, noch mal darauf hinzuweisen, was die Junge Gruppe möchte. Die Junge Gruppe möchte – Sie können das ja jetzt klarstellen –, dass das Rentenniveau schneller sinkt. Sie möchte zum Zweiten – in dem Fall, dass das Rentensicherungsniveau jetzt erst mal gesichert wird –, dass ab 2032 das ohne Haltelinie drohende Rentenniveau als Aufsetzpunkt genommen wird und nicht das Rentenniveau im Jahr 2032, wie es jetzt vorgesehen ist. Können Sie in irgendeiner Form ausschließen, dass das ab 2032 zu nominalen Rentensenkungen führt?

(Johannes Winkel [CDU/CSU]: Ja, natürlich! Das ist Gesetzeslage! – Dr. Yannick Bury [CDU/CSU]: Ja!)

Herr Whittaker, der sich da offensichtlich besser auskennt als viele in der Jungen Union, hat doch selbst öffentlich dargestellt und klargemacht, was da passiert.

(Marc Biadacz [CDU/CSU]: Herr Meiser, lesen! Lesen!)

Wenn dem so ist, dann bedeutet das doch nichts anderes, als dass die gesetzliche Rente von jemandem, der sein Leben lang gearbeitet hat, einen geringeren Abstand zur Grundsicherung hat, also auch von jemandem, der nie gearbeitet hat. Wollen Sie das wirklich ernsthaft bestreiten? Und wenn nicht: Warum will das ein Teil Ihrer Fraktion? Ich verstehe das einfach nicht. Das ist doch nicht gerecht.

(Beifall bei der Linken)

Präsidentin Julia Klöckner:

Bitte sehr. Sie haben die Chance, zu antworten.

Sandra Carstensen (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Meiser, Ihre Ausführungen zeigen noch mal, dass Sie es einfach nicht verstanden haben. Nichts anderes habe ich gesagt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sandra Carstensen

- (A) Die Junge Gruppe und die Junge Union stehen, genauso wie wir alle in der Koalition, für stabile Renten, für zukunftssichere Renten. Sie stehen aber auch dafür, zu klären: Wie können wir sie in einer Art und Weise zukunftsfähig machen, dass es ermöglicht wird, den Generationenvertrag fair und ausgewogen bedienen zu können? Wir sind es den jungen Menschen schuldig, uns damit auseinanderzusetzen; da dürfen sie zu Wort kommen. Sie stehen keineswegs für Rentensenkungen und all das, was Sie ihnen vorwerfen. Sie haben es nicht verstanden. Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsidentin Julia Klöckner:

Wir fahren fort in der Debatte. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Abgeordnete Ricarda Lang das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ricarda Lang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Berufseinsteiger, der eine Wohnung sucht, die Mitte-50-jährige Frau, die keinen Job findet und sich trotzdem dauernd anhören muss, dass sie zu faul sei, oder der Vater eines behinderten Kindes, der Angst vor Kürzungen hat – es gibt gerade sehr viele Menschen in diesem Land, die sich Sorgen um die Zukunft machen. Es gibt sehr viele Menschen, die es verdient hätten, dass diese Regierung ihnen Sicherheit gibt; aber gerade für diese Menschen ist bei dem Haushalt einfach nichts drin.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen gibt es eine Regierung, die sich über die Rente zerlegt, und einen Koalitionsausschuss, der viele Fragen aufwirft, aber keine einzige Antwort gibt. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich finde es richtig, dass wir über Generationengerechtigkeit sprechen; denn tatsächlich gibt es unter meinen Altersgenossen viele, die bei dem Schlagwort „sichere Rente“ nur noch müde lächeln. Es gibt – wie bei der Rente – Konflikte, die keine Generationenkonflikte sein müssten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch wenn sie einfach ignoriert werden, wenn sie weggeschoben werden, dann werden in einem Land, das vom demografischen Wandel geprägt ist, die Jüngeren immer den Kürzeren ziehen. Und gerade deshalb ist es so fatal, dass Ihre Regierung den Eindruck vermittelt, dass es nur zwei Wege gibt: entweder zu sagen: „Hier gibt es nichts zu sehen, gehen Sie weiter, es gibt kein Problem“ oder so zu tun, als ob man Generationengerechtigkeit herstellen würde, indem heutige Rentner weniger bekommen, obwohl wir jetzt schon ein so großes Risiko von Altersarmut haben, insbesondere bei Frauen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch es gibt einen anderen Weg. Wir können einen Ausgleich schaffen, durch den die Menschen, die jahrelang eingezahlt haben, auch im Alter gut leben können und gleichzeitig die Jugend nicht im Regen stehen gelassen wird: indem wir das Rentenniveau stabilisieren,

- (C) indem wir gleichzeitig dafür sorgen, dass das reale Renteneintrittsalter steigt und die Rente mit 63 auf diejenigen fokussiert wird, die sie wirklich brauchen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

indem wir die gesetzliche Rentenversicherung um einen Bürgerfonds ergänzen, indem Frauen, die dies wollen, endlich auch Vollzeit arbeiten können und indem sich mehr Menschen an einer fairen Finanzierung beteiligen, also auch neue Beamte, auch Selbständige und auch wir Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir aber über Generationengerechtigkeit sprechen, dann müssen wir auch darüber sprechen, dass es vollkommen absurd ist, jetzt mit Schulden Steuersenkungen für die Reichsten zu finanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen dann auch darüber sprechen, dass Ihre Regierung mit dem Geld, das sie zur Verfügung hat, lieber Markus Söders Mütterrente finanziert, als genug in Bildung, in Kitas und damit in gleiche Chancen zu investieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann müssen wir darüber sprechen, dass wir im Klimaschutz die langfristige Freiheit der zukünftigen Generationen verscherbeln für kurzfristige Gewinne der Gaslobby. Diese Regierung lässt heute schon die Jugend im Regen stehen, und zwar jeden einzelnen Tag.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die Bundesregierung hat nun Frau Staatsministerin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Natalie Pawlik, das Wort. Bitte sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natalie Pawlik, Staatsministerin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rund 25 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte leben mittlerweile in unserem Land. Sie bringen sich ein, arbeiten, gründen Unternehmen, bilden aus, pflegen, erziehen, bauen Straßen und Wohnungen. Kurzum: Auch diese Menschen tragen zum Wohl unseres Landes bei und halten dieses Land am Laufen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Integration ist vielerorts gelebter Alltag. Darum ist jeder Euro in eine gute Integrationsinfrastruktur auch gut investiertes Geld in die Zukunft unseres Landes; denn Integration wirkt und entlastet langfristig unseren Staatshaushalt. Auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte zahlen Steuern, sichern unsere Rente und sind schon jetzt überdurchschnittlich oft in systemrelevanten Berufen beschäftigt.

Staatsministerin Natalie Pawlik bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales

(A) (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gelingende Integration ist eine Daueraufgabe, und dafür müssen wir auch dauerhaft die notwendigen Strukturen schaffen. Ich danke deswegen den Haushälterinnen und Haushältern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich für die gelungene Zusammenarbeit in Bezug auf mein Kapitel 1117 und für die Mittel im Bundeshaushalt für eine nachhaltige Integrationsinfrastruktur.

Drei Punkte möchte ich dabei besonders hervorheben.

Erstens: Sprache. Wir halten die Mittel für die Integrations- und Berufssprachkurse auf hohem Niveau. Sprache schafft Zugehörigkeit, ermöglicht soziale Teilhabe und beruflichen Erfolg. Wer hier spart, der spart am völlig falschen Ende.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Bildung und Ausbildung. Über 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler in unserem Land haben eine Einwanderungsgeschichte. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen wird maßgeblich darüber entscheiden, wie wir in Zukunft leben werden und wie wir unseren Wohlstand sichern. Deshalb ist es wichtig, dass wir die berufliche Bildung und die Ausbildung neben der Integration in Arbeit in den Blick nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Wir verbessern den Übergang zwischen Schule und Beruf, indem wir zum Beispiel die aufsuchende digitale Berufsberatung für junge Menschen mit Migrationsgeschichte stärken.

Drittens. Integration ist ein permanenter Aushandlungsprozess. Sie gelingt nur, wenn Menschen frei von Diskriminierung an unserer Gesellschaft teilhaben können. Rassistische Diskriminierung bei der Wohnungssuche oder bei der Bewerbung ist leider Alltag für zu viele Menschen in unserem Land. Das zerstört Chancen und gefährdet unseren Standort. Dafür setzen wir in meinem Haushaltskapitel die Arbeit gegen Rassismus und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt fort.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vor Kurzem habe ich den jungen Mykhailo kennengelernt. Er wurde aus seinem vertrauten Leben und Schulumfeld herausgerissen und musste vor Putins Krieg in der Ukraine fliehen. Er lernte Deutsch, machte hier seinen Schulabschluss, und mithilfe der Jugendberufsagentur und einer Einstiegsqualifizierung macht er heute seine Ausbildung bei den Berliner Wasserbetrieben.

Präsidentin Julia Klöckner:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Natalie Pawlik, Staatsministerin bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Auch dieses Beispiel zeigt, Deutschland kann Integration!

Präsidentin Julia Klöckner:

(C)

Es tut mir leid. Die Zeit ist abgelaufen. Ich bedanke mich herzlich. Das gilt für alle am Mikrofon. Danke sehr.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Robert Teske das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Robert Teske (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Hinter dem Einzelplan 11, dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, verstecken sich wieder mal Verschwendungsfälle der unangenehmsten Art. Zunächst nenne ich ein paar Hintergründe zu Ihrer Ausgabenpolitik; denn solange Sie diese Praxis nicht beenden, beenden wir nicht die Anklage ebendieser.

Während hierzulande Unternehmen Insolvenz anmelden, weil ihnen die Aufträge verloren gehen, Kredite platzen, Energiekosten explodieren, wird Steuergeld mit einer Großzügigkeit verteilt, die man eigentlich nur aus sehr guten Zeiten kennt. Doch sehr gute Zeiten haben wir nicht; wir haben nicht mal gute Zeiten. Wir erleben den Winter der Reformen, das Versiegen der Hoffnung, die Kälte Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)

Dies jetzt an die Adresse der Union: Sie sehen es aktuell bei den Familienunternehmen, dem Rückgrat des Mittelstands. Die können diese Politik nicht mehr ertragen. Und fragen Sie gerne mal an Ihrer Basis nach! Fragen Sie in Ihrem eigenen Wahlkreis! Auch die können diese Politik nicht mehr ertragen. Ja, es ist so weit: Deutschland, liebe Christdemokraten, kann diese Politik nicht mehr ertragen. (D)

(Beifall bei der AfD)

Trotzdem finanzieren Sie Projekte, die klingen, als stammten sie aus einem Parallelhaushalt, aus einer Parallelrealität. Über das ESF-Bundesprogramm MY TURN beispielsweise wurden bislang knapp 114 Millionen Euro bewilligt. In Thüringen richtet MY TURN sogenannte Empowerment-Räume für jene ein, die vorgeblich von Rassismus und Diskriminierung betroffen seien. Ein von MY TURN gefördertes Projekt ist auch Gründungsmitglied der linken Thüringer NGO Thadine. Nach der legendären Kemmerich-Wahl – wir erinnern uns – forderte Thadine CDU und FDP dazu auf, mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten und sich von der vermeintlichen „nationalistischen und faschistischen Ideologie“ der AfD abzugrenzen.

(Zuruf von der Linken: Gut so!)

Dies war ein klarer Verstoß gegen das Verbot parteipolitischer Betätigungen, und trotzdem finanzieren Sie einen solchen Verein, der den Kampf gegen die einzige echte Opposition in unserem Land betreibt.

(Beifall bei der AfD)

Währenddessen erodiert das reale Fundament der Arbeitsgesellschaft. Ich schaue erneut mit Sorge nach Thüringen: Gemäß den Daten aus dem Thüringer Landesamt

Robert Teske

- (A) für Statistik erlebt unser Freistaat einen dramatischen Anstieg an Unternehmensinsolvenzen. Für 2025 liegen Zahlen für das erste Halbjahr vor. Mit 169 Insolvenzen landesweit sehen wir erneut einen Zuwachs von 12 Prozent gegenüber dem ohnehin schon miserablen Vorjahr. Und jetzt verraten Sie mir vielleicht, was ich eigentlich den arbeitslos werdenden Menschen in meinem Wahlkreis in Südthüringen sagen soll, wenn ich von Berlin nach Hause komme. Dass Sie ihre Nöte, ihre familiären Notlagen, ihre Not ernst nehmen? Nein!

(Zuruf des Abg. Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sehr verehrte Damen und Herren der Altparteien, Sie lösen die von Ihnen geschaffenen Probleme nicht. Sie können es nicht, Sie wollen es nicht, Sie müssen abgewählt werden – in Thüringen, im Bund und überall. Und wenn wir dann in zwei, drei, vier Jahren erneut über Einzelpläne reden, dann werden die genannten Verschwendungsbeispiele hoffentlich wie eine schlechte Karikatur einer verblichenen Epoche klingen.

(Zuruf des Abg. Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die CDU/CSU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Dr. Hülya Düber das Wort. Bitte sehr.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Hülya Düber (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich mir den vorausgehenden Wortbeitrag anhörte, dachte ich: Daran wird der Unterschied zwischen Ihnen und uns, der Koalition, sehr deutlich.

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Das ist gewollt!)

Da wiederhole ich die Worte meines Landesgruppenchefs: Sie quatschen unser Land in Depressionen, und wir bringen Deutschland mit Klarheit und Engagement wieder voran.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Lachen bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist weit mehr als eine Zusammenstellung von Zahlen. Ja, es handelt sich um den größten Einzelplan des Bundes. Doch im Kern geht es um etwas Grundsätzliches: um den sozialen Zusammenhalt in unserem Land und um die Fragen, wie wir diesen Zusammenhalt sichern, wie wir Menschen nachhaltig in Arbeit bringen und wie wir unseren Sozialstaat so gestalten, dass er auch dauerhaft tragfähig bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Sozialstaat bleibt nur dann stark, wenn seine wirtschaftliche Grundlage auch stark ist. Und genau da stehen wir, liebe Kollegin Carstensen, derzeit vor großen Herausforderungen: Immer mehr Unternehmen agieren zurückhaltend. Das aktuelle Beschäftigungsbarometer des ifo-Instituts ist im November erneut gesunken.

(Zuruf von der AfD: Liegt aber nicht an uns!)

Hinter diesen Zahlen stehen Menschen und Familien, die Verlässlichkeit brauchen. Und die Zahlen zeigen uns mit aller Deutlichkeit: Unsere Wirtschaft braucht endlich wieder Luft zum Atmen!

(Beatrix von Storch [AfD]: Mensch, jetzt machen Sie das Land mal nicht so schlecht!)

Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken, damit Unternehmen wieder mehr investieren, innovativ sein und Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb brauchen wir jetzt eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur verwaltet, sondern entschlossen handelt.

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Worthülsen!)

Die wirtschaftliche Lage macht diese Aufgabe nicht kleiner – sie macht sie umso notwendiger.

(Beatrix von Storch [AfD]: Jetzt machen Sie doch nicht auf so negativ!)

(D) Genau aus diesem Grund treiben wir die Reform der Grundsicherung voran. Wir machen sie zu dem, was sie sein soll: eine verlässliche Unterstützung für diejenigen, die Hilfe brauchen, und ein klares Signal zur Eigenverantwortung für alle, die arbeiten können.

Wenn jetzt der Ministerin vorgehalten wird, dass nur 86 Millionen Euro eingespart werden, dann empfehle ich – auch wieder in Richtung AfD –, einmal die Preamble des Entwurfs zu lesen.

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Es wurden 1,5 Milliarden Euro versprochen! Was Sie einsparen, ist lächerlich!)

Da wird genau vorgerechnet, wie es zukünftig durch Arbeitsvermittlung zu Einsparungen kommt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dann wissen Sie auch, worüber wir reden bei den 1,5 Milliarden Euro.

Besonders freue ich mich, dass wir in der Koalition den Aufbau der Work-and-Stay-Agentur beschlossen haben. Das ist ein echter Meilenstein für eine schnellere und effizientere Fachkräfteeinwanderung. Wir brauchen Verfahren, die funktionieren, die schneller sind und die Betriebe nicht mit Bürokratie belasten. Die Bündelung der Verfahren, gemeinsam mit der zentralen Ausländerbehörde des BMI, ist ein echter Modernisierungsschritt, der unseren Wirtschaftsstandort stärkt.

All diese Maßnahmen sind aber nur ein Teil dessen, was wir leisten müssen. Unser Sozialstaat braucht eine strukturelle Weiterentwicklung nicht nur im Kleinen,

Dr. Hülya Düber

- (A) sondern im Systemischen. Deshalb ist die Sozialstaatskommission so wichtig. Sie legt die fachliche Grundlage dafür, dass wir die notwendigen Reformen in der sozialen Sicherung überhaupt umsetzen können: zielgerichteter, effizienter und gerechter.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, unser Ziel ist ein Sozialstaat, der Halt gibt, aber auch Chancen eröffnet, der gerecht ist, weil er Verantwortung ernst nimmt, und der stark bleibt, weil er sich an den realen Herausforderungen orientiert. Wir legen heute einen Haushalt vor, der diesen Anspruch verfolgt. Daher bitte ich um Ihre Zustimmung.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Thomas Stephan das Wort. Bitte sehr.

(Beifall bei der AfD)

Thomas Stephan (AfD):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Vor uns liegt der Haushaltsentwurf des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Frau Ministerin, uns allen hier ist klar, dass Sie keine einfache Woche und wohl auch eine kurze Nacht hinter sich haben. Aber leider kann auch ich Sie hier und heute nicht verschonen. Denn auch wenn wir kurz vor Weihnachten stehen, sollte ein Ministerium einen Haushaltsentwurf nicht mit einem Wunschzettel verwechseln. Dieser Haushalt ist der größte Einzeletat im Bundeshaushalt. Trotzdem strotzt er nur so vor Wunschdenken, Fantastereien und – großer Hoffnung.

Selbst der Bundesrechnungshof – da haben wir ihn wieder – meint dazu, dieser Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sagt nicht die Wahrheit. Was er uns allerdings sagt, ist die Tatsache, dass diese Koalition der zweiten Wahl unfähig ist zu echten Reformen.

(Beifall bei der AfD)

Das sage nicht nur ich, das sagt inzwischen auch die gesamte deutsche Wirtschaft. Wir alle haben die Protagonisten dieses Desasters am Dienstag beim Arbeitgebtag erlebt, auch Sie, Frau Ministerin. Dort sagte Arbeitgeberpräsident Dulger wörtlich: Wenn das Rentenniveau „jetzt [...] auf 48 Prozent eingefroren wird, dann versündigen wir uns an der kommenden Generation. Das ist nicht mehr nachvollziehbar.“

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren der Koalition, merken Sie nicht, dass Ihnen mittlerweile nicht nur die Wähler, sondern auch die Arbeitgeber und Unternehmer scharenweise von der Stange gehen? Merken Sie nicht, dass Ihre Reformunfähigkeit den sozialen Frieden in unserem deutschen Vaterland gefährdet?

(Zuruf der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und merken Sie nicht, dass Ihr groß angekündigter Herbst der Reformen nun zum traurigen Winter der Wahrheit wird?

Aber schauen wir uns einmal einige Posten Ihres Haushaltsentwurfs genauer an. In der Analyse des Bundesrechnungshofs steht, dass dieser als Haushaltsentwurf getarnte Wunschzettel für 2026 im Bereich Bürgergeld Einsparungen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro vorsieht. Um dies haushalterisch hinzubekommen, müssten nach Angaben des Ministeriums über 300 000 Menschen aus dem Leistungsbezug fallen.

(Leon Eckert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sie kennen sich überhaupt nicht aus!)

Frau Ministerin Bas, also jetzt mal ehrlich: Das ist Wunschdenken. Das wäre ja so, wie wenn man beim Arbeitgebtag behaupten würde, dass man die 48 Prozent Rentenhaltelinie aus Steuermitteln finanziert, um damit die Beitragszahler nicht zu belasten.

(Lachen und Beifall bei der AfD)

Das geht doch nicht!

(Leon Eckert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sie haben das nicht verstanden! – Jens Peick [SPD]: Das zeigt, dass Sie keine Systematik verstanden haben, keine! Vollkommen faktenfrei!)

Der nächste Flopp sind die mutmaßlichen Einsparungen durch den Rechtskreiswechsel der Ukrainer. Außenkanzler Merz versprach im Wahlkampf – wir erinnern uns dran – Milliardeneinsparungen beim Bürgergeld. Was davon übrig blieb, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Rohrkrepiere. Laut Bundesrechnungshof bringt der langgeplante Rechtskreiswechsel der Ukrainer ab dem 01.04. dieses Jahres eine Einsparung in Höhe von – hört! hört! – 1,3 Milliarden Euro. Dem stehen aber tatsächlich Mehrausgaben bei Ländern und Kommunen in Höhe von 1,38 Milliarden Euro gegenüber.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Und am Ende – das ist dann noch die Krönung – zahlt der Bund dieses Geld dann wieder an die Länder und Kommunen zurück! Ich muss es so sagen: Einfältiger und ahnungsloser geht es nicht mehr.

(Beifall bei der AfD)

Dies zeigt, dass diese Koalition mit einfachsten Reformen absolut überlastet ist. Meine Damen und Herren der Koalition, aus Verantwortung für Deutschland sollten Sie endlich diesen Spuk, sollten Sie endlich dieses Chaos, sollten Sie endlich diese Koalition beenden, besser heute als morgen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Julia Klöckner:

Für die Fraktion der CDU/CSU hat Frau Abgeordnete Nora Seitz das Wort. Bitte sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) **Nora Seitz (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie in den vergangenen Jahren ist der Einzelplan 11 im Bundeshaushalt 2026 wieder der finanzstärkste Einzeletat.

Doch irgendwann sind die Grenzen des Machbaren für die stärkste Wirtschaftsmacht Europas erreicht. Dies wird nach Jahren der Rezession und explodierender Haushaltskosten immer deutlicher. Im Großen wie im Kleinen kann man sich leider nicht ohne Ende verschulden. Oder, wie meine Oma immer sagt: Man kann nur mit dem Geld arbeiten, welches man tatsächlich hat.

(Zuruf von der AfD: Hier nicht!)

Ein Weiter-so können wir uns an dieser Stelle leider nicht mehr leisten. Oder, wie der Bundesfinanzminister es in der letzten Haushaltswoche auf den Punkt gebracht hat: „Der Status quo ist unser Gegner.“

Während die Mehrkosten fast ausschließlich auf die steigenden Rentenzuschüsse zurückzuführen sind, beziehen fast 5,5 Millionen Menschen in Deutschland Bürgergeld, 8 Prozent der Gesamtbevölkerung, und das trotz eines akuten Mangels an Arbeitskräften und in einer wirtschaftlichen Schieflage auf nahezu allen Gebieten.

Es ist mehr als klar, dass wir eine umfassende und tiefgreifende Sozialstaatsreform benötigen, gerade bei Rente und Bürgergeld. Aber auch darüber hinaus sind weitreichende Veränderungen notwendig, um den Sozialstaat handlungsfähig zu halten: die Bündelung von Sozialleistungen, der Abbau von zeitintensiver und teurer Bürokratie, die flächendeckende Digitalisierung und die Umverteilung von Finanzmitteln; denn wir haben schlichtweg ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem. Nur so können wir den heutigen Sozialstaat digitaler, fairer und vor allem mit Perspektive gestalten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

und das, ohne den Wirtschaftsstandort Deutschland zu gefährden.

Damit sind Ziel und Arbeitsauftrag klar: Egal ob es um Rente, Bürgergeld, Tariftreue oder Arbeitszeitflexibilisierung geht, wir brauchen zukunftsfähige und tragfähige Lösungen, die die Lebensrealitäten der gesamten Gesellschaft berücksichtigen.

Eine Sozialstaatsreform darf aber nicht mit einer planlosen Leistungskürzung einhergehen. Vielmehr geht es um die Wahrung und Schaffung von fairen und planbaren Rahmenbedingungen,

(Beifall bei der CDU/CSU)

die das Fördern und Fordern wieder in den Vordergrund unseres Handelns stellen.

Dabei geht es nicht nur darum, dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, sondern auch darum, das vorhandene inländische Potenzial zu heben und möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen. Bei der angekündigten Work-and-Stay-Agentur und der Kürzung von Sozialleistungen bei Totalverweigerung setzen wir dabei die ersten Akzente.

(C) Besonders betonen möchte ich auch die Arbeit der Sozialstaatskommission, welche Anfang 2026 ihren Bericht vorlegen wird. Die ausgearbeiteten Vorschläge müssen abgewogen und noch in dieser Legislatur umgesetzt werden.

Gleiches gilt auch für die Rentenkommission. Hier dürfen wir die Stimmen der Jungen nicht ignorieren. Mit den aktuellen Rentenplänen begegnen wir noch nicht dem enormen Reformdruck. Dies kann nur ein erster Aufschlag sein. Langfristig benötigen wir ein gut abgewogenes Rentenniveau und stabilisierte Sozialabgaben.

Bei all diesen Punkten dürfen wir aber nicht nur auf kurzfristige Lösungen setzen, sondern müssen mutige Schritte gehen, um die Herausforderungen zu meistern. Nur so können wir die ausufernden Kosten des Einzelplans 11 deckeln, und das zukunftsicher, planungsorientiert und realitätsnah.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, für dieses Haushaltsjahr mag das noch genügen, für die Folgejahre müssen wir jetzt die Reformweichen stellen. Mit mutigen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen übernehmen wir ganz nach dem Titel des Koalitionsvertrags Verantwortung für Deutschland und stellen sicher, dass unser Land seinen Platz an der Weltspitze auch in Zukunft behält.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Präsidentin Julia Klöckner:

Abschließend für diesen Tagesordnungspunkt hat nun der Abgeordnete Johannes Winkel von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion das Wort. Bitte sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Johannes Winkel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich freue mich, dass wir heute den Haushaltsentwurf der Bundesregierung beschließen, der nach unzähligen Gesprächen auf der Fachebene, nach intensiven Verhandlungen auf dem Ende des Tages als Haushaltsgesetz des Parlamentes verabschiedet wird. So ist es gute Übung. Insofern: Gut, dass wir heute ein solches Gesetz vorliegen haben!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Menschen in Deutschland schauen natürlich ganz genau darauf, wofür der Staat sein Geld eigentlich ausgibt. Vor fünf Tagen ist eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft erschienen, die festgestellt hat: 41 Prozent der gesamtstaatlichen Ausgaben investiert Deutschland in Sozialleistungen – erster Platz in Europa. Im Vergleich dazu: Nur 9 Prozent der staatlichen Gesamtleistungen investiert Deutschland in Bildung – in der Vergleichsgruppe letzter Platz in Europa. Ein Land, das ohne

Johannes Winkel

- (A) Rohstoffe dasteht, dem aber ein demografischer Wandel bevorsteht, gibt 41 Prozent für Sozialleistungen aus und 9 Prozent für Bildung, in den letzten Jahren übrigens stark überholt von Ausgaben für die Verwaltung in Höhe von 11 Prozent.

(Janine Wissler [Die Linke]: Na, dann gebt doch mehr Geld für Bildung aus!)

Da darf man doch eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, selbstkritisch feststellen – das gilt nicht nur für meine Fraktion, sondern für alle Fraktionen hier im Deutschen Bundestag, für alle Kollegen und auch die Bundesregierung, für alle, die wir hier gemeinsam Verantwortung für unser Land tragen –: Auch in einer alternierenden Gesellschaft müssen wir wieder mehr in die Zukunft investieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Gohlke [Die Linke])

– Natürlich kann man es sich jetzt einfach machen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken.

(Zuruf der Abg. Nicole Gohlke [Die Linke])

Präsidentin Julia Klöckner:

Jetzt hat aber der Redner das Wort. Das ist hier kein Dialog.

(Nicole Gohlke [Die Linke]: Er geht auf mich ein!)

- (B) – Nein, der Redner hat das Wort, und man holt es sich nicht durch Dazwischenreden.

Johannes Winkel (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich gehe da gerne direkt drauf ein. Natürlich kann man es sich einfach machen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, und fragen: Wozu priorisieren? Wozu Restrukturierung? Warum eigentlich Reformen, wenn man auch neue Schulden machen kann?

Ich kann mich noch gut erinnern: Am 27. Februar 2022

(Zuruf der Abg. Janine Wissler [Die Linke])

habe ich – logischerweise – nicht als Abgeordneter, sondern als Bürger eine Debatte im Deutschen Bundestag verfolgt. Das war die große Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz. Es ging um 100 Milliarden Euro Sonderschulden. Aber nicht nur wegen des Verwendungszwecks, sondern auch wegen der gewaltigen Summe war auf einmal Stille im Saal. 100 Milliarden Euro Schulden auf einen Schlag! Mittlerweile beschließen wir 500 Milliarden Euro neue Schulden auf einen Schlag, bislang – das muss man ehrlicherweise sagen – ohne große Strukturreformen.

Allein im nächsten Jahr: 180 Milliarden Euro neue Schulden; das ist zweimal die Zeitenwende. Zweimal die Zeitenwende! Da gibt es mittlerweile keine Stille im Saal mehr. Ende dieser Legislatur geben wir über 60 Milliarden Euro für Zinsen aus,

(Ulrike Schielke-Ziesing [AfD]: Könnte meine Rede sein!)

und der Bundeszuschuss in die Rente steigt auf über 150 Milliarden Euro. (C)

Nach einer Studie des Dezernats Zukunft betragen die frei verfügbaren Haushaltsmittel jetzt noch ungefähr 15 Prozent und Anfang der 2030er-Jahre unter 10 Prozent. Mitte der 2030er-Jahre betragen die frei verfügbaren Haushaltsmittel dann unter 3 Prozent. Der Bundesrechnungshof spricht deshalb von einer Versteinigung des Haushalts.

(Zuruf des Abg. Stefan Schröder [AfD])

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer von uns weiß denn schon, welche Krisen, Kriege oder Katastrophen in 10 oder 20 Jahren auftreten? Wahrscheinlich niemand.

Aber wenn das so ist, stellt sich doch eine entscheidende Frage: Warum kann man heute schon entscheiden, dass wir die finanziellen Ressourcen der Zukunft schon heute verbindlich verbrauchen?

(Zuruf des Abg. Stefan Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine weitere Frage stellt sich mir: Mit welchen Mitteln sollen künftige Generationen ihre eigenen Zeitenwenden gestalten?

Weil die französischen Kollegen in der nächsten Woche bei uns im Deutschen Bundestag sprechen – ich finde, das ist eine große Ehre –, habe ich mir noch mal Protokolle der französischen Nationalversammlung angeschaut. Da hat am 18.06.2015 der Fraktionsvorsitzende der Republikaner, Herr Jacob, gesagt: Wir hinterlassen unseren Kindern eine Rekordverschuldung, und diese Schuldenlast ist eine wahre Zeitbombe.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass wir Generationengerechtigkeit auch bei den Staatsfinanzen in Zukunft stärker berücksichtigen!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Julia Klöckner:

Es gab den Wunsch nach einer Zwischenfrage; das war schwierig während des Zitats am Schluss. – Sie verzichten auf eine Kurzintervention? – Danke.

Dann schließe ich hiermit diese Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 11 – Bundesministerium für Arbeit und Soziales – in der Ausschussfassung. Deshalb meine Frage: Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Hiermit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen.

(D)

Präsidentin Julia Klöckner

(A) Ich rufe nun auf den Tagesordnungspunkt I.20:

**hier: Einzelplan 30
Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt**

Drucksachen 21/2061, 21/2062

Die Berichterstattung haben die Abgeordneten Sergej Minich, Carsten Körber, Svenja Schulze, Dr. Paula Piechotta, Ines Schwerdtner.

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 90 Minuten vereinbart. – Bevor ich die Aussprache eröffne, bitte ich darum, den Saal zügig zu verlassen, Gespräche einzustellen, und diejenigen, die teilnehmen, bitte ich, Platz zu nehmen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Opposition: für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Sergej Minich, bitte.

(Beifall bei der AfD)

Sergej Minich (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man der Ministerin zuhört, dann ist dieses Haus das Future-Ministerium:

(Florian Müller [CDU/CSU]: Da muss man nicht nur der Ministerin für zuhören! Das ist tatsächlich so!)

(B) Raumfahrt, Quantencomputer, KI-Fabriken. – Man fragt sich fast, warum wir nicht längst mit dem Hyperloop zum Bundestag fahren.

Dann schlägt man ganz altmodisch den Einzelplan 30 auf und sieht: keine Rakete, kein Raumschiff, stattdessen BAföG-Verwaltung, Ganztagsbetreuung, Mieten für europäische Schulen

(Florian Müller [CDU/CSU]: Stimmt doch überhaupt nicht! Haben Sie überhaupt in den richtigen Haushalt geschaut?)

und ein bunter Strauß an Programmen, die mit Forschung, Technologie und Raumfahrt ungefähr so viel zu tun haben wie ein Faxgerät mit künstlicher Intelligenz.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Florian Müller [CDU/CSU])

Fangen wir mit der Lieblingsgeschichte der Ministerin an, dem Future-Ministerium, das angeblich fast ausschließlich in Hightech, Innovationen und Raumfahrt investiert. In der Realität aber stecken in diesem sogenannten Zukunftshaushalt Milliarden – ich betone: Milliarden! – für ganz klassische Bildungs- und Sozialpolitik: BAföG für Schüler und Studierende, Bildungskredite, Ganztagsbetreuung an Grundschulen, Kultur- und Sprachförderprogramme

(Florian Müller [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht!)

sowie Weiterbildung und lebenslanges Lernen. Alles wichtige Themen, keine Frage, aber es sind eben keine Raumfahrtmissionen, keine Quantensprünge, keine KI-Supercluster.

(C) (Florian Müller [CDU/CSU]: Waren Sie eigentlich bei der Bereinigungssitzung dabei? – Gegenruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, ich glaube nicht!)

Es sind Leistungen, die in einem normalen Bildungs- und Sozialministerium völlig unauffällig wären und hier im Future-Ministerium einfach nur den Etat aufblähen. Und dann stellt sich die Ministerin hierhin und verkauft das Paket als investiv, als Zukunft pur. Ganz ehrlich: Wenn BAföG-Verwaltung und Mieten für europäische Schulen jetzt schon als Zukunftstechnologien gelten, dann braucht man sich über den Zustand dieses Landes nicht mehr zu wundern.

(Beifall bei der AfD)

Die Ministerin inszeniert sich auch gerne als Hüterin der Raumfahrtnation Deutschland.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Und das zu Recht!)

Im Interview klingt es dann so, als würde sie persönlich jeden Morgen die ESA-Rakete anzünden. Schaut man aber in den Haushalt, stellt man fest: Raumfahrt ist in diesem Einzelplan eher eine Randnotiz;

(Florian Müller [CDU/CSU]: 5,4 Milliarden Euro in die ESA!)

ein paar Programme im Bereich „Erforschung des Universums und der Materie“. Wichtig, ja, aber nicht viel mehr!

(D) (Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Wo haben Sie denn geschlafen die letzten 24 Stunden?)

Mit anderen Worten: im Interview Astronautin, im Haushalt dann doch eher die Schulsekretärin.

Die Ministerin spricht auch von einem klaren Fokus auf Innovation. Schauen wir uns diesen Fokus mal an: hier ein Programm für kulturelle Bildung, da ein Topf für Sprach- und Leseförderung, dort Mittel für die berufliche Bildung und überbetriebliche Ausbildungsstätten; dazu noch Zuweisungen an ein Sondervermögen für die Ganztagsbetreuung. – Noch mal: Das kann alles sinnvoll sein; aber wenn man das unter dem Label „Forschung, Technologie und Raumfahrt“ verkauft, dann ist das kein Zukunftshaushalt, sondern ein Etikettenschwindel.

(Beifall bei der AfD)

Die Ministerin zeigt uns vorne im Schaufenster den glänzenden Quantencomputer, und hinten im Lager stapeln sich BAföG-Bescheide und KfW-Zinszuschüsse. Wenn dieses Land eines gut kann, dann sind das Parallelstrukturen.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Bei euch gibt es nur ein Entweder-oder!)

Wir haben inzwischen ein eigenes Ministerium für Bildung und Familie, und trotzdem liegen im Einzelplan 30 weiterhin Milliarden für reine Bildungs- und Sozialleistungen herum.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Herr Kollege, das ist geändert worden! Sie reden über eine alte Fassung des Haushalts!)

Sergej Minich

- (A) Statt klare Zuständigkeiten zu schaffen, verteilen Sie die gleichen Aufgaben auf mehrere Häuser. Das sorgt für mehr Koordinierungskonferenzen, mehr Abstimmungspapiere, mehr Schnittstellen und vor allem mehr Kosten. Wir finanzieren mit Steuergeld Doppelzuständigkeiten, komplizierte Verwaltungswege und Ministerien, die sich gegenseitig in die Zahlen greifen. Und dann wundert man sich, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, ihre Steuern versickerten im Regierungsnebel.

Die Ministerin lobt sich auch dafür, dass zusätzlich zum Haushalt auch noch Milliarden in irgendwelchen Sondervermögen bereitstehen. In der Praxis heißt das: Ein Teil der wirklichen Ausgaben wird aus dem Kernhaushalt ausgelagert. Was im Bundeshaushalt wie ein schlanker Plan aussieht, wird in Wahrheit von Schattenhaushalten und Verpflichtungsermächtigungen aufgepumpt. Das ist haushalterisch vielleicht legal, politisch aber hoch problematisch. Wer ernsthaft nachvollziehen will, was dieses Ministerium insgesamt an Steuergeld ausgibt, der braucht inzwischen eher ein Forensikteam als einen Haushaltsausschuss. Transparenz sieht anders aus. Ein Future-Ministerium, das seine Ausgaben hinter Sondervermögen und kreativen Sammelposten versteckt, ist eher ein Blackbox-Ministerium.

Und damit sind wir bei der entscheidenden Frage: Wird hier wirklich die Zukunft gestaltet, oder werden hier nur Etiketten umgeklebt? Und es geht auch nicht darum – das werden Sie mir wahrscheinlich nicht glauben –, diesen Haushalt schlechtzureden,

- (B) (Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Wir glauben nicht, dass Sie ihn überhaupt verstanden haben!)

es geht darum, ehrlich zu sein. Wenn es um Bildungs- und Sozialpolitik geht, dann nennen wir das auch bitte so. Wenn Raumfahrt nur ein kleiner Baustein ist, dann tun wir nicht so, als wäre das die Achse dieses Haushalts.

(Beifall bei der AfD)

Und wenn Milliarden Euro über das Sondervermögen geschleust werden, dann geben wir den Bürgerinnen und Bürgern wenigstens eine faire Chance, den Überblick zu behalten.

Meine Damen und Herren, die Menschen draußen zahlen jeden Monat ihre Steuern, und im Gegenzug dürfen sie eigentlich erwarten, dass wir Klarheit statt Schaufensterhetik haben, Transparenz statt Buchungstricks und ein Ministerium, das sich weniger als Marketingagentur und mehr als ehrlicher Verwalter des Steuergelds versteht. Solange aber ein Haushalt voller BAföG, Ganztagsbetreuung, Kulturförderung als Raumfahrt- und Hightechetat verkauft wird, bleibt dieses Future-Ministerium vor allem eins: ein Ministerium der schönen Geschichten mit einem Haushalt, der etwas ganz anderes erzählt.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die Unionsfraktion Carsten Körber.

- (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Guter Mann!) (C)

Carsten Körber (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Minich, mit Blick auf Ihre Rede: Sie vermissen also die Raumschiffe im Einzelplan 30.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Mehr Elon Musk wagen!)

Sie kennen ja bestimmt die Science-Fiction-Serie „Raumschiff Enterprise“. Da gibt es so ein Paralleluniversum, und manchmal, durch ganz dumme Zufälle, passiert es, dass jemand von einem Universum ins andere katapultiert wird. Mit Blick auf Ihre Rede bin ich mir wirklich nicht ganz sicher, ob das nicht bei Ihnen heute auch der Fall war.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zum Haushalt. Wir behandeln heute in zweiter und dritter Lesung den Einzelplan 30 des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Dieser Haushalt ist kein gewöhnlicher. Dieser Haushalt ist das Fundament für die Zukunft unseres Landes. Endlich ist auch in diesem Haushalt der Organisationserlass des Bundeskanzlers haushaltstechnisch umgesetzt.

- (Beifall der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]) (D)

Forschung, Technologie und Raumfahrt werden mit dem Beschluss, den wir gleich im Parlament treffen werden, erstmals unter einem Dach konsequent gebündelt. Das lange eingeforderte Zukunftsministerium wird jetzt umfassend Realität, und mit dem Verhandlungsergebnis wächst der Haushalt des BMFTR auf 21,8 Milliarden Euro. Das sind rund 560 Millionen Euro mehr als im ursprünglichen Entwurf.

(Florian Müller [CDU/CSU]: So ist es!)

Hinzu kommen die 1,6 Milliarden Euro aus den beiden Sondervermögen, dem SVIK und dem KTF.

Das sind natürlich gewaltige Zahlen, aber diese Zahlen sind doch weit mehr als irgendeine mathematische Größe; sie sind ein überzeugendes Zeichen. Wir meinen es ernst mit Deutschlands Innovationskraft,

(Nicole Höchst [AfD]: Sie sind Realitätsverweigerer!)

und wir stellen die Weichen für Deutschlands Rolle bei den zentralen Zukunftsthemen wie Hochtechnologie, Forschung und Raumfahrt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Leif-Erik Holm [AfD]: Aber auch nur in Ihrer Parallelwelt!)

Mit der Hightech Agenda investieren wir in den kommenden vier Jahren 18 Milliarden Euro in sechs Schlüsseltechnologien. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir die Mittel für die Hightech Agenda noch in diesem Jahr im Haushaltsausschuss entsperren.

Carsten Körber

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denn wer möchte dafür verantwortlich sein, dass wir zum Beispiel bei KI-Rechenzentren aufgrund einer verspäteten Entsperrung, wenn wir sie erst nächstes Jahr aus-schreiben würden, fürs gleiche Geld 20 Prozent weniger Rechenleistung bekommen?

(Sergej Minich [AfD]: Wir blockieren gar nichts!)

In der Quantenforschung entstehen neue Anwendungen für Navigation, Medizin, Klimamodelle. Deutschland muss hier Innovationsmotor sein. Ebenso setzen wir auf Fusionsforschung und andere klimaneutralen Energien. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Glaubensfrage, sondern der Schlüssel zur Unabhängigkeit und zur Wettbewerbsfähigkeit. Wer Fortschritt will, muss investieren, und er muss auch mutig sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Und ja, ich kenne bei dieser Technologie das Mantra der Kritiker. Es heißt: Vor 50 Jahren hat man gesagt, in 20 Jahren würde Fusionstechnologie funktionieren. – Aber wer so denkt, der hätte doch vor 6 000 Jahren noch nicht mal das Rad erfunden.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Es geht aber um mehr als um bloße Wettbewerbsfähigkeit, es geht auch um Verantwortung. Und dass wir Verantwortung übernehmen, liebe Svenja Schulze, haben wir als Koalition in der Bereinigungssitzung bewiesen; denn wir haben einiges beschlossen.

Ein wichtiges Beispiel: die neue Nationale Dekade gegen Postinfektiöse Erkrankungen. Hier ein ganz herzlicher Dank an meine wunderbare Facharbeitsgruppe aus der Fraktion! Es war eine großartige Zusammenarbeit, und nur durch dieses konstruktive Miteinander konnten wir diese Erfolge erzielen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jährlich 50 Millionen Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren: Das ist eine halbe Milliarde Euro. Damit schließen wir eine Forschungslücke, die mehr als 1,5 Millionen Menschen in Deutschland betroffen hat. Das ist gelebte Politik in Verantwortung für die Menschen in unserem Land.

Der Fokus im nächsten Jahr gilt natürlich ganz besonders der Raumfahrt, einem Sektor, der nach wie vor noch viel zu oft unterschätzt wird. In dieser Woche fand in Bremen die ESA-Ministerratskonferenz statt, und Deutschland hat auf dieser Ministerratskonferenz sein ganzes Gewicht eingebracht. Deutschland ist erneut größter ESA-Beitragszahler. Der Beitrag steigt sogar um 30 Prozent auf nunmehr 5,4 Milliarden Euro. Was für eine Rekordsumme!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Daran erkennen wir: Raumfahrt ist längst kein Nice-to-have mehr. Raumfahrt ist längst zur Notwendigkeit geworden. Fortschritt, Sicherheit und Wohlstand von morgen beginnen heute auch im All.

Der Haushalt 2026 für Forschung, Technologie und Raumfahrt ist deshalb ein Haushalt der Zukunft. Er legt die Grundlage dafür, dass aus den Investitionen von heute der Wohlstand von morgen erwachsen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Dr. Paula Piechotta.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitberichterstatter! Lieber Carsten! Liebe Svenja! Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich darf im Haushaltsausschuss für meine Fraktion drei Ministerien und ihre Haushalte betreuen: das Gesundheitsministerium, das Verkehrsministerium und das Forschungsministerium.

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Echter Einsatz!)

(D) Ich hätte es vor einem halben Jahr auch nicht gedacht, aber das Forschungsministerium macht von diesen dreien mit Abstand den besten Job.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

An der Stelle erst mal Glückwunsch ans Haus und an die Ministerien – auch für gestern!

Ich sage Ihnen aber auch mal, warum meine Ansprüche inzwischen vielleicht gar nicht mehr so hoch sind und warum das Forschungsministerium es an der Stelle auch gar nicht so schwer hat, eine gute Figur zu machen.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Wieso wusste ich, dass das Lob vergiftet ist?)

Wenn das Forschungsministerium sagt, angesichts der Kompliziertheit des Haushalts – sehr viele neue Töpfe und Nebenhaushalte – gibt es uns eine Übersicht, wo jetzt was finanziert wird und welche Summen am Ende wirklich unterm Strich stehen, dann macht das das Forschungsministerium auch – anders als die anderen beiden Ministerien. Das Forschungsministerium hat uns in den letzten sechs Monaten auf unsere Fragen auch immer geantwortet, statt Briefe zu schreiben, in denen Fragen nicht beantwortet, sondern wir verhöhnt werden. Das Forschungsministerium hat uns auch – große Hilfe – keine Dokumente zugestellt, wo die Hälfte geschwärzt war. Das Forschungsministerium hat auch nicht, wenn es selber Fehler gemacht hat – es hat auch weniger Fehler gemacht als andere Ministerien –, in der Öffentlichkeit

Dr. Paula Piechotta

- (A) und gegenüber Journalisten behauptet, der Haushaltsausschuss oder seine Unterausschüsse seien schuld. Auch ein großer, großer Vorteil!

Ich finde, wenn man auf die Ergebnisse der ESA-Ministerratskonferenz gestern schaut, wenn man darauf schaut, was auch beim 1 000-Köpfe-plus-Programm tatsächlich positiv vorangeht, muss man sagen: Es lohnt sich anscheinend, wenn ein Ministerium und eine Ministerin noch Respekt vorm Parlament haben, es lohnt sich anscheinend, wenn ein Ministerium noch ehrlich kommuniziert, und es lohnt sich anscheinend, wenn die Haushälterinnen und Haushälter im Ausschuss über Parteigrenzen hinweg konstruktiv miteinander arbeiten. Dann performt auch das Ministerium besser, und vielleicht schauen sich das auch andere Kabinettskollegen in den nächsten Wochen noch mal an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte definitiv dem Kollegen Carsten Körber und der Kollegin Svenja Schulze ganz besonders danken, weil – Vorsicht, das ist jetzt eine große Formulierung – ich euch schon so ein bisschen als Anker der Konstruktivität in unkonstruktiven Zeiten empfinde.

(Svenja Schulze [SPD]: Oh!)

Ich glaube tatsächlich schon, dass ihr auch im Vergleich zu anderen Haushalten als Koalitions Haushälter hier wirklich signifikant mehr bewegt habt – und nicht nur signifikant mehr Geld bewegt habt. Und machen wir uns nichts vor: Natürlich hat eine Regierung vor einem Haushaltsausschuss nur dann Respekt, wenn er sich seine Rechte auch nimmt. Auch da haben wir in anderen Bereichen deutliche Fehlstellen. Aber ihr habt das gemacht.

- (B) Rechte auch nimmt. Auch da haben wir in anderen Bereichen deutliche Fehlstellen. Aber ihr habt das gemacht.

Ich kann nicht alle eure Projekte aufzählen; aber unter anderem soll der BAföG-Chatbot es ermöglichen, dass die vielen Menschen in Deutschland, die ein Anrecht auf BAföG haben, es tatsächlich auch beantragen. Das ist sinnvoll.

(Beifall der Abg. Svenja Schulze [SPD])

Es ist sinnvoll, ein Kompetenznetzwerk für unabhängige Chinawissenschaften zu machen. Mit der Art und Weise, wie ihr Mittel gesperrt, aber auch entsperrt habt, habt ihr dafür gesorgt. Ihr habt am Ende erzwungen, dass das 1 000-Köpfe-plus-Programm endlich tatsächlich haushaltsreif ist. Das hat die Performance dieses Ministeriums besser gemacht, und da hat der Haushaltsausschuss gezeigt, was eigentlich seine Aufgabe ist.

An der Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn eine Regierung Mist baut, wenn eine Regierung schwach ist, dann muss das Parlament die Lücke füllen und dann muss das Parlament stärker werden. Hier ist ein Beispiel dafür, wie das wirklich sehr gut gelingen ist und am Ende bessere Politik für Deutschland dabei rauskommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Carsten Körber [CDU/CSU])

Ich möchte tatsächlich auch der Ministerin mal danken. Neulich gab es den bayerischen Start-up- und Technologiespitzenforum. Wenn man als Mensch, der nicht in Bayern wohnt, möchte, dass das Forschungsgeld, das der

Bund ausbitt, am Ende auch in ganz Deutschland ankommt, dann schaut man schon ein bisschen bange auf so eine Pressekonferenz, wo eine Bundesministerin und gleich drei bayerische Landespolitiker stehen. Und dann gab es tatsächlich auch die Nachfrage eines Journalisten an die Bundesministerin: Wie viel Geld von den Bundesforschungsmitteln fließt denn jetzt nach Bayern? Dann gab es natürlich einen sehr selbstbewussten Ministerpräsidenten, der gesagt hat: Natürlich fließt der überproportionale Anteil nach Bayern. Ich bin der Ministerin sehr dankbar und möchte ihr auch den Rücken stärken, weil sie da sehr deutlich gemacht hat: Im BMFTR wird wissenschaftsbasiert entschieden. (C)

Lieber Carsten Körber, Forschung ist die Grundlage für den Wohlstand von morgen. Aber dann muss auch klar sein, dass der Euro, der für die Forschung fließt, auch dahin fließt, wo die größte Exzellenz ist, weil er dann den größten Wirkungsgrad für den Wohlstand von morgen hat. Ich hoffe, dass das, was da gesagt wurde, Frau Bär, gilt, dass nämlich im BMFTR weiter wissenschafts- und faktenbasiert entschieden wird und nicht danach, wo der Ministerpräsident mit dem größten Ego sitzt. Und den gibt es ja nicht nur in Bayern; den gibt es auch in Sachsen.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Ach! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Aber nur da!)

Gerade vor dem Hintergrund wünschen wir uns auch eine wissenschaftsbasierte Entscheidung bei anderen Punkten, unter anderem, nicht zuletzt, dem Einstein-Teleskop. Wenn wir wissenschaftsbasiert entscheiden, geben wir das Geld für die Millionen Menschen in diesem Land, die in 16 Bundesländern und nicht nur in einem leben, wirklich am verantwortungsbewusstesten und am zukunftsorientiertesten aus. (D)

- ben wir das Geld für die Millionen Menschen in diesem Land, die in 16 Bundesländern und nicht nur in einem leben, wirklich am verantwortungsbewusstesten und am zukunftsorientiertesten aus. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Zuruf von der AfD: Frenetischer Applaus!)

Es gehört in diesem Parlament auch dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, dass man nicht immer auf die Regierung eindreschen kann. Natürlich gibt das mehr Applaus aus den eigenen Reihen; das wissen Sie auch. Aber an der Stelle ist es natürlich so: Wenn man, im Gegensatz zu Ihnen, als Opposition eine Regierung haben will, die bessere Politik macht, weil man auch irgendwann mal wieder selbst regieren könnte, weil man eine bessere Politik möchte, weil man möchte, dass in diesem Land was vorangeht, und weil man in drei Jahren ein Land regieren will, in dem es nach vorne geht, ein Land, das man nicht nur abreißen will, wie Sie, sondern ein Land, wo die Menschen auch in Zukunft gut und gerne leben wollen.

(Nicole Höchst [AfD]: Sie reißen Deutschland ab! Nicht wir!)

dann sorgt man dafür, dass die Regierung an der Stelle, wo sie gute Sachen macht, auch gelobt wird. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
CDU/CSU)

Dr. Paula Piechotta

- (A) Und vielen Dank an die Koalitions Haushälter an dieser Stelle für einen starken Haushaltsausschuss bei diesem Etat.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD – Andreas Matfeldt [CDU/CSU]: Da kann sogar ich mal klatschen!)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist für die SPD-Fraktion Svenja Schulze.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Svenja Schulze (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der eine oder andere fragt sich vielleicht: Warum müssen wir eigentlich so viel Geld für Forschung, für Technologie, für Raumfahrt ausgeben?

(Zuruf von der AfD: So viel ist das gar nicht!)

Ich will Ihnen mal ein einfaches Beispiel nennen: Jeder von Ihnen kennt jemanden, der an Krebs erkrankt ist. Wir sprechen nicht umsonst davon, dass das eine Volkskrankheit ist. Um Krebs wirklich effektiv bekämpfen zu können, wurde vor einigen Jahren eine enorme Forschungsinitiative gestartet, und wir sind heute in der Therapie deutlich weiter als davor.

(B)

Auch heute stehen wir wieder vor gewaltigen medizinischen Herausforderungen, nämlich postinfektiösen Krankheiten, vor allem Long Covid und ME/CFS. In Deutschland sind inzwischen über 1,5 Millionen Menschen betroffen. Das ist dramatisch für die einzelnen Menschen. Das ist aber auch ein enormer volkswirtschaftlicher Schaden. Deswegen sagen wir diesen postinfektiösen Krankheiten jetzt endlich den Kampf an.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, das Leben dieser Menschen ist wirklich bedrückend. Auch ganz junge Menschen, die vorher ganz aktiv waren, viel Sport gemacht haben, werden aus dem Leben gerissen. Sie liegen jetzt in abgedunkelten Zimmern mit Augenmaske, mit Ohrenschützern. Jede Bewegung macht sie müde. Sie können sich überhaupt nicht mehr engagieren. Diese Menschen brauchen Hoffnung. Sie brauchen Perspektiven. Sie brauchen Solidarität.

Die Bundesregierung kann jetzt jährlich 50 Millionen Euro in die Erforschung dieser postinfektiösen Erkrankungen investieren; das ist bis 2035 eine halbe Milliarde Euro. Das ist eine enorme Zahl, und das zeigt vor allen Dingen: Wir nehmen postinfektiöse Krankheiten und die Betroffenen wirklich ernst.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Wir haben uns hier alle gemeinsam dafür eingesetzt, dass es jetzt diese Dekade gegen postinfektiöse Krankheiten gibt, und ich denke, Carsten, wir beide können noch mal großen Dank an Karl Lauterbach und an Stephan Albani sagen; denn das sind die beiden, die die Konzepte hier aus dem Parlament heraus geschrieben haben. Das ist wirklich ein Ausdruck der Solidarität mit den vielen Betroffenen. Deswegen noch mal herzlichen Dank an euch beide!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Bundesregierung kann jetzt dreimal mehr Geld ausgeben, als ursprünglich geplant war. Das ist angesichts der angespannten Haushaltslage, die wir nun mal haben, ein ganz wichtiges Signal. Das zeigt aber auch, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement ist.

Wir alle hier im Bundestag haben ganz viele Briefe von Betroffenen bekommen; wir haben ganz viele Gespräche geführt. Diese vielen Schilderungen der Menschen, wie schlecht es ihnen geht, war etwas, was mich jedenfalls unglaublich bewegt hat. Diese vielen Menschen, diese vielen Initiativen haben zu dieser Parlamentsinitiative jetzt beigetragen. Deswegen allen Beteiligten von dieser Stelle hier noch mal ganz, ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Aber nicht nur das zeigt, dass uns die Gesundheitsforschung ganz besonders am Herzen liegt. Wir haben zum Beispiel auch das Netzwerk Universitätsmedizin, NUM, auf ein sicheres Fundament gestellt. Das klingt jetzt erst mal technisch; aber das ist ganz wichtig. Denn jetzt kann die Bundesregierung dieses Netzwerk dauerhaft fördern, und das heißt, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 37 Universitätskliniken dürfen jetzt endlich zusammenarbeiten. Sie tun das interdisziplinär, sie tun das jetzt in Kooperation und nicht mehr nur im Wettbewerb miteinander. Wettbewerb ist in der Forschung wichtig, ja, er treibt auch an; aber bei den großen Fragen müssen wir auch Kooperationen ermöglichen, und das hat der Haushaltsausschuss jetzt auch auf den Weg gebracht.

Das ist ein ganz wichtiger Ansatz; denn damit ist auch eine Basis dafür geschaffen, dass jetzt in Deutschland eine Biodatenbank entsteht. Warum brauchen wir so was? Viele Forscherinnen und Forscher legen Proben an. Das ist enorm wichtig, damit man Daten bekommt, damit man Vergleiche ziehen kann. Aber wenn jeder für sich allein kämpft, in seiner eigenen kleinen Welt, dann kommen wir nicht wirklich voran. Jetzt wird es zusammengeführt. Es wird eine zentrale digitale Plattform geben, einheitliche Standards für die gesamte medizinische Forschung in Deutschland, und daraus wird ein großer Mehrwert entstehen. Daraus werden neue Therapien, neue Präventionsstrategien für die Patientinnen und Patienten entstehen. Deswegen ist auch so etwas scheinbar Technisches, was wir im Haushaltsausschuss beschließen, ein enormer Schritt nach vorne. Deshalb auch herzlichen Dank an alle, die das ermöglicht haben!

Svenja Schulze

- (A) (Beifall bei der SPD sowie der Abg. Carsten Körber [CDU/CSU] und Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bringen jetzt den Wissenschaftsstandort Deutschland wirklich entscheidend voran. Wir tun das mit der Gesundheitsforschung, wir tun das aber auch mit vielen weiteren Themen, die wir im Koalitionsvertrag und dann eben auch jetzt im Haushalt verankert haben. Das ist eine Gemeinschaftsaktivität gewesen, und deswegen sage ich auch noch mal allen, die daran mitgewirkt haben, den Mitberichterstatterinnen und -berichterstatern und unseren Teams, ganz, ganz herzlichen Dank. Das hat viel Arbeit gemacht; aber ich glaube, das hat sich wirklich gelohnt.

Wir haben einen guten Haushalt, und wir werden das im Weiteren begleiten. Deswegen werde ich hier noch mal um Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte: für die Fraktion Die Linke Nicole Gohlke.

(Beifall bei der Linken)

Nicole Gohlke (Die Linke):

- (B) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen ging es ja ziemlich viel um die Rente, und es sind ja vor allem die jungen – ich finde, vom Habitus her schon ziemlich gealterten – Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion,

(Lachen des Abg. Florian Müller [CDU/CSU] – Mechthilde Wittmann [CDU/CSU]: Na, dann schauen Sie mal in den Spiegel!)

die es den Rentnerinnen und Rentnern nicht gönnen, nach einem langen Arbeitsleben den Lebensabend in Würde zu verbringen,

(Florian Müller [CDU/CSU]: Und das ist schon eine Verdrehung der Tatsachen! Das ist hoch unseriös, was Sie da betreiben! Sie schaden der Debatte! Unfassbar!)

die hier einen Popanz aufbauen, dass die Stabilisierung des jetzigen Rentenniveaus, was für viele Menschen jetzt schon eine Armutsrente bedeutet, nicht generationengerecht sei und dass sie als junge Generation so ungerecht belastet würde.

Kolleginnen und Kollegen, an dieser Position ist wirklich alles falsch. Die Union spielt die Jungen gegen die Alten aus

(Florian Müller [CDU/CSU]: Auch das ist falsch! So etwas erzählt man, wenn man etwas nicht verstanden hat! Offenkundig nicht verstanden!)

und nennt das Gerechtigkeit, statt tatsächlich für Gerechtigkeit zu sorgen und sich für ein Rentensystem starkzumachen, in das auch die Gutverdienenden einzahlen.

(Dr. Michael Kaufmann [AfD]: Zur Sache, bitte! – Gegenruf des Abg. Sergej Minich [AfD]: Zur Sache, genau!)

(C)

Das wäre Gerechtigkeit – nicht Ihr schäbiges Treten gegen die Rentnerinnen und Rentner.

(Beifall bei der Linken – Florian Müller [CDU/CSU]: So ein Unsinn!)

Aber hier soll es jetzt nicht um die Rente gehen,

(Florian Müller [CDU/CSU]: Aha! Dafür haben Sie eine Minute verwendet!)

sondern um die Themen der Zukunft: um Studium, Wissenschaft und Forschung. Und was hat das eine mit dem anderen zu tun? Ich sage es Ihnen gerne – Sie müssen sich gar nicht so echauffieren –:

(Florian Müller [CDU/CSU]: Bei so einem Unsinn muss man sich echauffieren!)

Wenn sich die Union so sehr um die Zukunft der Rente sorgt, was läge denn da näher, als dafür zu sorgen, dass die jungen Menschen heute die besten Bedingungen für ihre Ausbildung vorfinden, dass die jungen Menschen ihren Begabungen und Wünschen entsprechend qualifiziert werden, dass möglichst viele studieren können, um später dann mit guten Löhnen in die Rentenkasse einzahlen zu können? Das klingt nicht nur logisch und plausibel, das ist es auch.

(Beifall bei der Linken)

Aber genau diese guten Bedingungen für die Ausbildung existieren nicht. Mit diesem Haushalt macht Schwarz-Rot deutlich, dass daran auch überhaupt nichts geändert werden soll. Und das ist der eigentliche Skandal, über den wir heute reden müssen.

(D)

(Beifall bei der Linken)

36 Prozent der heutigen Studierenden gelten als armutsbetroffen. Ein Großteil der Studierenden muss neben dem Studium arbeiten, und zwar nicht, um im Luxus zu schwelgen, sondern um sich die Existenz zu sichern. Dass Erwerbsarbeit neben dem Studium nicht unbedingt dazu führt, dass das Studium schnell und fokussiert durchgezogen werden kann, liegt auf der Hand. Viele Studierende brechen das Studium auch deswegen ab, weil sie die Doppelbelastung von Erwerbsarbeit und Studium nicht stemmen können.

Kolleginnen und Kollegen, diese Situation ist nicht hinnehmbar! Eine Politik, die sich für die junge Generation interessiert, die an die Zukunft denkt und an den gesellschaftlichen Zusammenhalt von morgen, muss endlich in die Zukunft und in die Ausbildung investieren: Investitionen in die soziale Infrastruktur der Hochschulen, in gute Studienbedingungen und in das BAföG als wichtigstes Instrument, um mehr Menschen den Zugang zum Studium zu ermöglichen.

(Beifall bei der Linken sowie des Abg. Karl Bär [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber was macht die Bundesregierung? Sie kürzt das BAföG für Studierende um fast 18 Prozent. In einer Situation, in der nur noch jeder zehnte Studierende BAföG bekommt, kürzt Schwarz-Rot noch weiter. Und das be-

Nicole Gohlke

- (A) gründen Sie dann auch noch zynisch mit dem gesunkenen Bedarf. Aber es gibt nicht zu wenige junge Menschen, die das BAföG brauchen, es gibt zu viele bürokratische Hürden. Es gibt die Angst vor Verschuldung. Und weil am Ende kaum noch jemand den Vollzuschuss bekommt, beantragen die kein BAföG.

(Nicole Höchst [AfD]: Es gibt auch keine Arbeitsplätze, Frau Kollegin! Vielleicht wollen die deswegen nicht studieren!)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Frau Kollegin, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus der SPD-Fraktion. Wollen Sie diese zulassen?

Nicole Gohlke (Die Linke):

Gerne am Ende der Rede.

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Dann ist es nur keine Zwischenfrage mehr; also Sie können sie jetzt zulassen, oder Sie lassen sie nicht zu.

Nicole Gohlke (Die Linke):

Ich lasse sie nicht zu und kann danach gerne antworten.

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Das stimmt; die Kollegin kann dann, wenn sie möchte, hinterher eine Kurzintervention machen.

- (B) (Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: ... oder auch lassen!)

– Das entscheidet die Kollegin.

Nicole Gohlke (Die Linke):

Darf ich jetzt?

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Ja.

Nicole Gohlke (Die Linke):

Danke. – Jetzt rühmt sich das Ministerium damit, einen KI-Chatbot zu entwickeln, der den Studierenden helfen soll, herauszufinden, ob sie für das BAföG anspruchsberechtigt sind. Aber, ehrlich gesagt: Das Vertrauen in den eigenen Chatbot scheint nicht besonders hoch zu sein. Wenn Sie mithilfe des Chatbots mehr Menschen zum BAföG verhelfen wollen: Ja, warum kürzen Sie es dann eigentlich um 250 Millionen Euro?

(Beifall bei der Linken – Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Ich erkläre es Ihnen gleich!)

Die Wahrheit ist: Sie machen Politik gegen die Alten, gegen die Rentnerinnen und Rentner, und gleichzeitig tun Sie nichts für die Jungen. Ihre Politik ist einfach schlecht für alle, die nicht mit einem goldenen Löffel im Mund geboren wurden – egal ob jung oder alt.

(Beifall bei der Linken)

Sorgen Sie endlich für ein gutes, existenzsicherndes BAföG ohne Verschuldung! Das ist Politik für die Zukunft, und das ist auch Gerechtigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Damit erhält die Kollegin jetzt die Möglichkeit zur Kurzintervention.

Dr. Lina Seitzl (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, für diese Möglichkeit. – Liebe Kollegin Nicole Gohlke, es ist ja nicht das erste Mal, dass Sie hier am Redepult behaupten, dass das BAföG für Studierende und für Schülerinnen und Schüler gekürzt wird.

Das BAföG ist ein Leistungsgesetz. Das heißt, diejenigen, die BAföG beziehen, haben einen Anspruch darauf. Die Bundesregierung kann es im Rahmen eines Bundeshaushalts überhaupt nicht kürzen. Die Kürzungen, die jetzt vorgesehen sind, haben andere Gründe. Außerdem – und das werden Sie auch realisiert haben – haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir das BAföG zum einen ausbauen werden und dass wir vor allen Dingen auch einen Paradigmenwechsel im BAföG erreichen wollen, indem wir es nämlich regelmäßig anpassen, sodass es nicht passieren kann, dass Studierende aus dem BAföG rausfallen.

Deswegen meine Frage an Sie, Frau Gohlke: Ist Ihnen klar, dass das BAföG ein Leistungsgesetz ist (D)

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Das ist ein Sozialgesetz!)

und dass die Bundesregierung und wir als Haushaltsgeber im Rahmen der Haushaltsberatungen das BAföG nicht kürzen können?

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Das war notwendig! Gute Nachhilfe!)

Nicole Gohlke (Die Linke):

Vielen Dank für die Zwischenfrage. – Ich glaube wirklich, kein Studierender da draußen fühlt

(Florian Müller [CDU/CSU]: Das Geständnis zur Faktenfreiheit! – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Gott, ist sie schlecht! – Zurufe von der AfD: „Fühlt“!)

irgendwie das, was Sie gerade vorgetragen haben; tut mir wirklich leid.

(Beifall bei der Linken)

Sie reden einfach völlig an den Bedürfnissen und an den Bedarfen dieser Menschen vorbei.

Die Wahrheit ist, dass das BAföG seit Jahrzehnten sinkt.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Das sinkt nicht! Das wird nicht beantragt!)

Nicole Gohlke

- (A) Seit Jahrzehnten sind übrigens Sie auch in der Regierung mit daran beteiligt.

(Zuruf des Abg. Dr. Hendrik Hoppenstedt
[CDU/CSU])

Sie haben nichts dafür getan, dass es mehr Menschen erreicht. Sie haben nichts dafür getan, dass es existenzsichernd ist. Und jetzt sagen Sie: Ja, es ist ein Leistungsinstrument. Wir können da nichts machen.

Sie versäumen es, und zwar jedes Jahr aufs Neue, mehr Menschen am BAföG teilhaben zu lassen, und das wissen Sie ganz genau. Das könnten Sie tun, indem Sie die Sätze entsprechend erhöhen. Dass Sie das nicht tun, ist aus meiner Sicht eine unterlassene politische Hilfeleistung. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn immer mehr Menschen, auch junge Menschen, der Politik den Rücken kehren.

(Beifall bei der Linken – Andreas Mattfeldt
[CDU/CSU]: Für null Ahnung viel Meinung!
Unfassbar!)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die Unionsfraktion Florian Müller.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Florian Müller (CDU/CSU):

- (B) Frau Präsidentin! Liebe Frau Bundesministerin Bär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gohlke, das war ja ein Offenbarungseid: ein Geständnis der Liebe zur Faktenfreiheit, sowohl beim BAföG als auch bei der Rente. Es geht hier nicht um die Rente, aber drei Kommentare dazu: Sie haben offenkundige Unwissenheit und fehlende inhaltliche Durchdringung bewiesen. Und: Das gesamte Redemanuskript von Ihnen war schädlich für die Debatte, in der es darum geht, wie man Generationengerechtigkeit in den Sozialsystemen herbeiführen kann. Sie haben uns keinen Gefallen getan mit dem, was Sie da gerade verzapft haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir zur Sache und zu Fakten. Dieser Haushalt ist eine Ansage; eine Ansage für einen starken Innovations- und Wissenschaftsstandort. Zu Forschung und Wissenschaft haben Sie nichts gesagt, Frau Gohlke. Sie haben rein über Umverteilung gesprochen. – Dieser Forschungs- und Wissenschaftshaushalt ist eine Ansage von 22 Milliarden Euro für Forschung, Technologie und Raumfahrt.

(Sergej Minich [AfD]: ... und BAföG!)

Die Haushaltsberichterstatter haben gemeinsam mit der Ministerin noch mal eine halbe Milliarde Euro zusätzlich rausgeholt. Das zeigt: Diese Koalition kämpft um jeden Euro. Das zeigt auch, wie wichtig es ist, im Team miteinander zusammenzuarbeiten. Das funktioniert, wenn man miteinander spricht und nicht übereinander. Das ist der Unterschied, den diese Koalition macht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme aus dem Sauerland, einer Region, in der man sehr schnell merkt, wie wichtig ein starker Wissenschafts- und vor allem auch Wirtschaftsstandort ist. Denn wenn es kluge Ideen und Erfindungen gibt, in die dann auch ein Unternehmen investiert, dann entstehen gut bezahlte Jobs, dann profitieren Familien, dann profitieren Vereine, dann profitieren Kommunen. Und dann kann auch ein Sozialstaat von diesem Wohlstand profitieren.

Deshalb spielt für diese Koalition Forschungs- und Innovationspolitik so eine Schlüsselrolle. Deshalb haben wir in weniger als 100 Tagen den Kurs gedreht: weg von der Gießkanne, hin zu gezielten Investitionen. Dafür steht die Hightech Agenda. Deshalb sage ich Ihnen ganz bewusst: Wir müssen uns von dieser Liebe zum Scheitern, von der wir an der einen oder anderen Stelle hören, verabschieden und wieder die Liebe zum Gelingen entwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU – Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Sergej Minich [AfD]: Sie hatten 16 Jahre Zeit! – Dr. Götz Frömming [AfD]: Ganz verliebt! – Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es wird auch bald Weihnachten!)

– Da klopft das Herz auch bei den Grünen; das freut mich. – Das haben wir doch auch bei der Auftaktveranstaltung zur Hightech Agenda gesehen. Egal ob Wissenschaft, egal ob Wirtschaft: Alle wollen zum Gelingen dieser Hightech Agenda beitragen.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: Alle! Wir wollen es doch alle!) (D)

Das hat eine richtige Aufbruchstimmung in der Community ausgelöst. Das zeigt: Deutschland kann mehr. Deutschland will mehr. Und wir werden dafür sorgen, dass es klappt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Sergej Minich [AfD])

Was in uns steckt, das haben wir doch an den letzten beiden Tagen in Bremen gesehen. Ich werde häufig gefragt: Warum investiert ihr denn so viel in Raumfahrt? Ja, ganz einfach. Das ist kein Spielplatz für Space-Nerds. Es entscheidet darüber, wie souverän wir in Europa sind: in Kommunikation, Navigation, Sicherheit und Innovation. Deshalb erhöhen wir die ESA-Mittel deutlich. 5,4 Milliarden Euro – auch das ist eine Ansage – kommen allein aus Deutschland. Das ist eine Steigerung um über ein Drittel. Das ist Industriepolitik im besten Sinne. Jeder ESA-Euro aus Deutschland fließt nach Deutschland zurück: in unsere Unternehmen, in Jobs, in technologische Spitzenpositionen. Das zeigt: Wir sind die führende Raumfahrtnation Europas.

Dass wir das sind, das hat die Ministerin in dieser Woche eindrucksvoll dokumentiert: Erstens. Ein erfahrener Astronaut, Thomas Reiter, übernimmt die Raumfahrtabteilung des Ministeriums. Zweitens. Deutschland zeichnet umfassende Beträge bei der ESA. Und drittens – die Krönung –: Wir schicken einen deutschen Astronauten.

Florian Müller

- (A) ten zum Mond. – Das ist nicht nur ein Wow-Moment. Das ist Raumfahrt mit Toppriorität. Herzlichen Glückwunsch, Frau Ministerin!

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber zur Wahrheit gehört dazu: 22 Milliarden Euro, das ist viel Geld, und trotzdem ist der Haushalt auf Kante genäht. Deshalb geht es jetzt darum, aus jedem Euro den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Ein kurzer Blick zurück zeigt auch, warum das nötig ist: 2007 hatte das Ministerium noch ein Budget von rund 8 Milliarden Euro und lag bei den Innovationsindizes auf Platz zwei. Jetzt investieren wir 22 Milliarden Euro und liegen auf Platz elf. Was sagt uns das?

(Sergej Minich [AfD]: Ja, 16 Jahre CDU!)

Geld allein reicht nicht. Es geht darum, wie attraktiv ein Land für Forschung und Innovation ist, ob es leicht ist, Ideen in Produkte zu verwandeln, ob man gern gründet, ob die Regeln Energie geben oder ob Bürokratie Energie frisst.

Deshalb hat das Innovationsfreiheitsgesetz auch so eine hohe Priorität für uns. Wir müssen Freiräume schaffen. Wir müssen glaubwürdig zeigen, dass wir Menschen in diesem Land vertrauen: in der Wissenschaft, in der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern.

- (B) Deshalb brauchen wir Bürokratieabbau, und zwar nicht nur als Ankündigung oder als Überschrift, sondern spürbar im Alltag. Wir müssen die Hürden aus dem Weg räumen, die verhindern, dass aus einer ziemlich klugen, genialen, exzellenten Idee ein erfolgreiches Geschäftsmodell wird, nämlich hier in Deutschland und nicht im Ausland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir müssen deutlich schneller werden. Wir müssen besser werden. Und wir können das auch. Wir zeigen das jeden Tag. Wir müssen es jetzt nur richtig auf die Schiene, auf die Straße bringen. Wir können zeigen, dass Hightech „Made in Germany“ ein Erfolgsprojekt ist – heute und in Zukunft. Der Schlüssel dafür ist ziemlich klar: Fokus und Freiheit. Dafür legen wir heute die Grundlage. Wir nutzen die Chance mit einem klaren Fokus – nicht mit Populismus, liebe Frau Gohlke, sondern mit echter Faktenorientierung. Diese Koalition arbeitet an der Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Götz Frömming [AfD]: Wir machen uns auf den Weg! Jawoll!)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist Nicole Höchst für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Nicole Höchst (AfD):

Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Zukunft gestalten oder Niedergang verwalten:

- (Andreas Matfeldt [CDU/CSU]: Zukunft ist für alle gut!) (C)

Es geht bei diesem Einzelplan um nicht weniger als die Überlebensfrage, ob Deutschland Forschungs-, Innovations- und Industrienation bleibt. Sie möchten in Forschung, Technologie und Raumfahrt investieren. Das ist gut. Verglichen mit den Ausgaben für Ukrainehilfen und Bürgergeldzahlungen ist es aber leider gar nichts, Frau Ministerin.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Oah!)

Nur 4,2 Prozent des Bundeshaushalts fließen in Ihren Zukunftshaushaltsplan. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim hat es vorgelegt: Andere Länder investieren konsequent in zukunftsorientierte Bereiche wie Bildung, Forschung und Innovation. Im europäischen Durchschnitt fließen dafür zwischen 21 und 24 Prozent der Staatsausgaben. Und Deutschland? Deutschland dümpelt mit Werten zwischen 19 und 22 Prozent im Mittelfeld herum. Das ist nicht zukunftsweisend.

(Beifall bei der AfD – Svenja Schulze [SPD]: Deshalb wollten Sie da noch mehr streichen!)

Ein Haushalt ist per se keine blutleere Excel-Tabelle. Ein Haushalt ist immer auch eine Prioritätenliste. Wofür soll dieses Land in zehn Jahren noch stehen, und wovon soll es dann leben? Wir sehen wenig überzeugende Antworten in Ihrem Entwurf. Wir erleben einen Staat, der immer mehr organisiert, immer mehr verwaltet, immer mehr und kleinteiliger verteilt und deshalb, werte Kollegen, immer weniger ermöglicht. (D)

(Beifall bei der AfD)

Frau Ministerin, Ihr Haus müsste der Maschinenraum von Fortschritt und Zukunft sein. Stattdessen finanzieren Sie immer noch Ampelforschungspolitik nach dem Prinzip: Je bunter, desto moderner; je teurer, desto fortschrittlicher; und je bürokratischer, desto seriöser.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Das habe ich jetzt nicht verstanden! Also ist Demokratie schlecht!)

Ja, der Staat ist unverzichtbar als Garant von Recht, Ordnung, Sicherheit und Infrastruktur. Aber Staat und Geld sind nicht kreativ. Es sind keine Unternehmer, keine Innovatoren und auch keine Erfinder. Meine Damen und Herren, immer mehr Subventionen und staatliche Projekte erinnern doch zunehmend fatal an sozialistische Planwirtschaft. Die hat noch immer zu Staatsbankrotten, Währungszusammenbrüchen, Mangelwirtschaft oder gar externen Dauerabhängigkeiten geführt. Wir wollen ein souveränes Deutschland, auch im Bereich „Forschung und Technologie“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Frau Ministerin, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Ihre sogenannte Hightech Agenda ist mit 18 Milliarden Euro veranschlagt. Das klingt ambitioniert, ist aber vor allen Dingen auch ein Rechentrick, den der Bundesrechnungshof ebenfalls kritisch sieht. Diese intransparenten Geldflüsse sind kaum zu kontrollieren und deswegen auch schwer zu kritisieren.

Nicole Höchst

- (A) Ihre Hightech Agenda ist vom Gedanken her wünschenswert und notwendig, aber absehbar zum Scheitern verurteilt. Das liegt nicht an fehlendem Geld, sondern an den bürokratischen und physikalischen Realitäten Deutschlands und an einer Portion politischer Unehrllichkeit sowie koalitionsbedingter Unentschlossenheit.

Nichts bewegt sich wirklich, meine Damen und Herren. Systemrelevantes darf man nicht behandeln wie den Anbau einer Turnhalle auf der langen Bank. Kraftwerke zum Beispiel sind keine Projekte, die man politisch einfach so beschließt: Abrakadabra, Mystic Puff, und schon sind sie da. Nein, diese Vorhaben haben Planungs- und Bauzeiten von mindestens 7 bis 15 Jahren; ich nenne nur Stuttgart 21 und den Flughafen Berlin-Brandenburg. Hören Sie also bitte alle auf, so zu tun, als gäbe es mit diesem Haushalt einen verlässlichen deutschen Forschungs- und Innovationsquantensprung in Richtung Zukunft!

Sie übergehen wichtige Signale. In Deutschland fehlen trotz Ihrer Einwanderungsoffensive Meister, und es fehlen Arbeitsplätze für Master. Der Durchschnitts-IQ sinkt. Der Bildungsstand ist im freien Fall. Immer weniger Schüler sprechen Deutsch. Und Sie bringen hier politisches Wunschdenken gepaart mit ideologischem Irrsinn, der Kraftwerkstürme sprengt, statt notwendige Wiederinbetriebnahmen zu beschließen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, ein Haushalt ist immer auch ein Zeugnis unseres Mutes: Mut zur Wahrheit; Mut zur Priorität; Mut, Zukunft nicht zu versprechen, sondern zu ermöglichen. Lassen Sie uns diesen Mut gemeinsam aufbringen!

(B)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist für die SPD-Fraktion Dr. Wiebke Esdar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Wiebke Esdar (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sommer 2012 änderte sich alles. Michael, elf Jahre alt, erkrankte im Familienurlaub an einer harmlosen Virusinfektion, doch sein Körper hat sich nicht wieder erholt. Zur körperlichen Schwäche kamen Kopfschmerzen, Lärm- und Lichtempfindlichkeit, Herzrasen und Schweißausbrüche. Die Ärzte waren ratlos. Nach langer Recherche stieß seine Mutter im Internet auf die Krankheit ME/CFS.

Diese Geschichte aus meinem Wahlkreis Bielefeld hat mich erreicht, noch lange bevor Long Covid ein Begriff wurde. Schon damals waren 250 000 Menschen in Deutschland betroffen. Heute sind es 1,5 Millionen Postinfektionserkrankte insgesamt.

Erst Corona hat diese Erkrankungen in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Zahlreiche Zuschriften dazu haben wir sicherlich alle bekommen. Oft sind es dramati-

sche Schilderungen aus dem Alltag der Familie. Zu oft mussten wir in der Vergangenheit sagen: Wir wissen noch zu wenig. Die Forschung reicht nicht.

(Stefan Schröder [AfD]: Genau! Aber erst mal impfen und dann gucken!)

Aber heute können wir sagen, dass wir mit diesem Haushalt die Nationale Dekade gegen Postinfektiose Erkrankungen starten. Wir geben in den nächsten zehn Jahren 500 Millionen Euro für die Erforschung von Long Covid, von ME/CFS und anderen postinfektösen Krankheiten aus. Das, meine Damen und Herren, ist ein Durchbruch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich möchte hier auch ganz klar sagen: Dass es diese Dekade gibt, ist aus dem Parlament heraus entstanden. Darum gilt mein besonderer Dank Stephan Albani, aber insbesondere Karl Lauterbach, der sich sehr stark dafür eingesetzt hat,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Stefan Schröder [AfD]: Der hat sich fürs Impfen eingesetzt! Wie viele der Betroffenen sind geimpft?)

dass wir diese Erkrankungen jetzt als das ernst nehmen, was sie sind: eine große, ungelöste Aufgabe der modernen Medizin. Wir wollen sie verstehen, besser diagnostizieren und wirksam behandeln: für die Menschen, die seit Jahren kämpfen.

(D) Wir stärken auch die Gesundheitsforschung insgesamt dauerhaft. Wir verstetigen das Netzwerk Universitätsmedizin. 37 Universitätskliniken sind angeschlossen; Svenja Schulze hatte das bereits gesagt. Das Netzwerk ist im Zuge des Krisenmanagements während Corona gegründet worden, und heute ist es das Rückgrat der Pandemie- und Infektionsforschung. Wir sind damit besser aufgestellt, weil wir jetzt eben dauerhafte Kooperationen in der Forschungsstruktur ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wir stärken mit diesem Haushalt auch die innere Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Wissenschaft. Wir bauen drei Kompetenznetzwerke auf: für jüdische Gegenwartsforschung, für unabhängige Chinawissenschaft und für strategische Sicherheitsforschung. Sie werden wissenschaftsgeleitet aufgebaut, nicht politisch. Die Freiheit von Forschung und Bildung gilt selbstverständlich.

Wir fördern zudem das Tikvah Institut, das Antisemitismusprävention in die staatliche Aus- und Weiterbildung bringt. Darum gehört das für uns zusammen: Wissenschaft, die unsere Demokratie und auch unsere Sicherheit schützt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diesen Haushalt liest, der sieht: Wir investieren in Sicherheit, in Souveränität, in die Wissenschaft. Wer wissen möchte, wie das Gegenteil aussieht, der sollte die Anträge der AfD lesen.

(Stefan Schröder [AfD]: Armselig!)

Dr. Wiebke Esdar

- (A) Diese Partei wollte 5 Milliarden Euro – das ist rund ein Viertel des Wissenschaftsetats – aus dem Etat streichen.

(Adam Balten [AfD]: Wir streichen Gender- und Klimaprojekte!)

Fast alle Anträge folgen demselben Muster: Mittel für internationale Zusammenarbeit kürzen, Sozial- und Geisteswissenschaften aushungern, Prävention und Chancengleichheit streichen, Digitalisierung stoppen, Bildungsföderalismus abschaffen.

Meine Damen und Herren, mit diesen Anträgen zeigt sich ein fundamentales Misstrauen gegenüber Wissenschaft, gegenüber Hochschulen, gegenüber Studierenden, gegenüber internationaler Zusammenarbeit und gegenüber modernen Forschungsfeldern.

(Stefan Schröder [AfD]: Gott sei Dank glaubt Ihnen das keiner mehr!)

Das sind nicht einfach alternative Vorschläge. Das ist antiwissenschaftlich, antimodern und antidemokratisch.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Demontage der freien Wissenschaft.

Wir aber, meine Damen und Herren, investieren in die Zukunft. Dieser Haushalt trägt die Botschaft: Wir lassen die Betroffenen nicht allein, und wir lassen die Wissenschaft nicht im Stich.

Herzlichen Dank.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Götz Frömming [AfD]: Was für eine Märchenstunde! – Stefan Schröder [AfD]: Einfach nur armselig!)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ayse Asar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ayse Asar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich den Bundeskanzler zitieren: „Innovationspolitik hat für diese Bundesregierung [...] eine hohe – ich neige dazu, zu sagen: die höchste – Priorität.“

(Florian Müller [CDU/CSU]: So ist es! Kluge Worte!)

Die Realität: Der Wissenschaftsetat sinkt zum ersten Mal seit 20 Jahren. Für ein Land, das von Wissen und Innovation lebt, ist das ein Armutszeugnis.

(Beifall des Abg. Karl Bär [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zwei Drittel aller Studierenden gelten wegen hoher Mieten als überlastet. Der Mittelbau hangelt sich von Vertrag zu Vertrag, und Forschende verbringen mehr Zeit mit Anträgen als mit Forschung. So schafft man sicherlich keine Innovation.

Und von Ihnen, Frau Bär, hören wir nur PR. Gestern (C) zum Beispiel kam bei der ESA-Ministerratskonferenz die große Nachricht: Deutscher fliegt 2026 zum Mond. – Die Realität: Erstens. Das steht schon seit Jahren fest.

(Dorothee Bär, Bundesministerin: Das stimmt nicht!)

Zweitens. Wir reden nicht über 2026, sondern über frühestens 2030. Drittens. Unsere Astronauten fliegen nicht auf den Mond, sondern um den Mond herum. Das macht durchaus einen Unterschied.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Das hängt von der Mission ab!)

Und 20 Prozent der Mittel werden bei den bemannten Mondmissionen gekürzt. Passend der Titel heute in der „Zeit“ – ich zitiere –: „Raumfahrtministerin Dorothee Bär verkündet News, die keine sind – mit unhaltbarem Datum. Schöne PR.“

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese PR sehen wir natürlich auch bei der Hightech Agenda. Diese wird ja seit Monaten gefeiert. Aber alle stochern aktuell im Nebel herum und sind komplett frustriert, weil sie nicht wissen: Wie geht es denn voran in Wirtschaft und Wissenschaft? Wie ist überhaupt der Fahrplan? Deswegen hat ja der Haushaltsausschuss auch nicht ohne Grund angemahnt, dass es jetzt endlich ein Konzept geben sollte, und gesagt, dass die Mittel entsprechend gesperrt sind.

In der Zwischenzeit – das haben wir ja gerade gehört – nordet der Ministerpräsident aus Bayern die Parteikollegin entsprechend ein, weil er natürlich die Erwartung hat, dass ein Großteil dieser Mittel nach Bayern geht. Und genau das ist auch ein Problem und eine Gefahr: Wo klare Kriterien fehlen, entscheidet am Ende nicht die Exzellenz, und das schwächt ganz sicher die Innovationsfähigkeit Deutschlands. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Müller [CDU/CSU]: Aber die Ministerin hat doch was anderes zugesagt!)

Es gibt eine noch größere Gefahr. Wir sehen in den USA, wohin es führt, wenn politische Loyalität wichtiger wird als wissenschaftliche Freiheit. Das darf in Deutschland niemals passieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zentraler Gradmesser dafür ist die Balance zwischen unabhängiger Förderung und politisch gelenkten Projektmitteln. Und genau hier droht die Balance zu kippen. Deswegen ist ganz wichtig: Erstens. Wir brauchen eine Stärkung der Grundfinanzierung. Zweitens. Wir brauchen den kompromisslosen Schutz wissenschaftsgeleiteter Verfahren. Der Kanzler hat recht: Innovation muss höchste Priorität haben, aber nicht durch Worte und nicht durch PR, sondern durch Taten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist für die Fraktion Die Linke Sonja Lemke.

Vizepräsidentin Andrea Lindholz

(A) (Beifall bei der Linken)

Sonja Lemke (Die Linke):

Sehr geehrte Zuhörende! Frau Präsidentin! Nachdem wir den Haushalt 2025 sehr verspätet beraten haben, reden wir jetzt endlich über einen in die Zukunft gerichteten Haushalt. Wir können also erwarten, dass wir in diesem Haushalt sehen können, was tatsächlich die Prioritäten der Bundesregierung sind und wie die Regierungsfractionen ihre Akzente in den Haushaltsverhandlungen gesetzt haben. Und das haben Sie erreicht: Mittel in Milliardenhöhe sind gesperrt, weil Sie es im letzten halben Jahr nicht hinkommen haben, ein ausreichendes Konzept für die Verwendung vorzulegen. Na, herzlichen Glückwunsch!

Das betrifft auch Ihr Lieblingsprojekt, die Hightech Agenda, bei der Sie, anstatt sich ernsthaft mit Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu befassen, lieber jedem noch so weit hergeholten Versprechen der Industrie hinterherlaufen. Dass die Bundesregierung sich noch ein bisschen damit gedulden muss, irgendwelchen Fusions- und KI-Start-ups Geld hinterherzuschmeißen, das ist vielleicht gar nicht so schlimm.

Aber weil Sie sich weigern, den Kernhaushalt seriös zu finanzieren, indem Sie die Schuldenbremse abschaffen und Superreiche endlich vernünftig besteuern, sondern stattdessen lieber alles in die Rüstung buttern, wurden jetzt auch laufende Projekte ins Sondervermögen verschoben und werden jetzt unter dem Dach der Hightech Agenda finanziert.

(B) Das betrifft auch sinnvolle und wichtige Vorhaben wie beispielsweise die Nationale Forschungsdateninfrastruktur. Dabei sind der Zugriff auf Daten und die Fähigkeit, sie zu verarbeiten, für die Forschung immer wichtiger, und zwar quer durch alle Fachbereiche. Wir erleben gerade, wie durch den Faschismus in den USA wichtige Forschungsdatenbestände massiv gefährdet sind, und auch auf private Firmen kann man sich offensichtlich nicht verlassen. Deshalb ist gerade jetzt Datenrettung entscheidend und der Ausbau einer öffentlichen Dateninfrastruktur wichtiger denn je.

(Beifall bei der Linken)

Es ist also der richtige Moment, die Nationale Forschungsdateninfrastruktur auszubauen und endlich für eine dauerhafte Finanzierung zu sorgen. Und Sie weisen ihr in der Hightech Agenda nicht nur neue Aufgaben zu, ohne 1 Euro mehr an Mitteln bereitzustellen, sondern sorgen mit Ihren Haushaltstricks auch dafür, dass sogar die Finanzierung für 2026 unsicher ist. Das ist ein katastrophales Signal!

(Beifall bei der Linken)

Es ist gut, dass die Ministerin immer wieder betont, wie wichtig ihr Frauengesundheit ist und dass diese sogar in der Hightech Agenda Erwähnung findet. Nur ist es doch eine riesige Leerstelle, wenn wir gerade bei dem Thema Hightech Agenda nicht darüber reden, wie viel Diskriminierung Frauen gerade in den technischen Berufen und im Forschungssystem erfahren. Es reicht nicht,

einmal im Jahr einen Girls' Day zu veranstalten, wenn Frauen im Studium und in der Forschung tagtäglich Sexismus und Belästigung erfahren. (C)

(Beifall bei der Linken)

Es reicht nicht, dass man Frauen für etwas begeistert, wenn sie hinterher aufgrund von vielfältigen Diskriminierungen ihre Entscheidungen bereuen. Und Belästigungen werden durch eine unsichere Arbeitssituation erleichtert. Sie begünstigt Machtmissbrauch von Vorgesetzten. Auch das trifft besonders Frauen, besonders in den Bereichen, wo es eh schon einen geringen Frauenanteil gibt.

Die unsichere Arbeitssituation wird maßgeblich durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz verursacht. Es benachteiligt besonders Menschen, die schwanger werden können.

(Klaus-Peter Willsch [CDU/CSU]: Sagen Sie doch einfach „Frauen“!)

Denn natürlich überlegt man sich dreimal, ob man in der Wissenschaft bleibt, wenn dadurch eine Familienplanung verunmöglicht wird, weil Perspektiven einfach total unsicher sind.

Dazu benachteiligt es auch Forschende aus dem Ausland, bei denen das Aufenthaltsrecht mit der Arbeitssituation verknüpft ist. Und jede Form von Diskriminierung wird dadurch verschlimmert. Die Abschaffung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist nicht nur wichtig für gute Arbeit, gute Forschung und gute Lehre. Sie trägt auch entscheidend zur Gleichstellung bei. Also gehen Sie das jetzt endlich an!

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Wie sieht die Situation im Moment aus? Schon im Studium gibt es in Ihren Hightechfeldern einen wahn-sinnig geringen Frauenanteil:

(Andreas Mayer [AfD]: Ja, das war schon immer so!)

25 Prozent in der Physik, 22 Prozent in der Informatik und in der Elektrotechnik ganze 15 Prozent – und das im Jahr 2025.

(Nicole Höchst [AfD]: Wollen Sie die alle zwingen, die Frauen?)

Je höher auf der Karriereleiter, desto weiter sinkt der Frauenanteil. Das sehen wir auch in der Wissenschaft deutlich.

Für die Wirtschaft und gerade für die KMUs gibt es weniger genaue Zahlen. Aber dort sieht es wohl noch schlimmer aus, gerade im technischen Bereich. Was dort an Sexismus und Misogynie passiert, das passt wirklich auf keine Kuhhaut.

(Beifall bei der Linken – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Adam Balten [AfD]: Erzählen Sie mal! – Zurufe von der AfD: Oah!)

– Seien Sie lieber still! Mit Sexismus kennen Sie sich ja aus.

Wenn Sie das nicht entschieden angehen, dann wird Ihre Hightech Agenda Geschlechterungleichheiten verstärken. Und das hat dann direkte Auswirkungen darauf,

Sonja Lemke

- (A) wie Technik entwickelt wird, an wen gedacht wird und an wen nicht. Je prekärer die Arbeit in der Forschung ist, je unsicherer die Finanzierung, desto kleiner und elitärer wird der Kreis der Menschen, die es sich leisten können, in der Wissenschaft zu arbeiten. Wenn Sie die Arbeitsbedingungen nicht grundlegend angehen, dann bleibt Wissenschaft eine privilegierte Weiße-Männer-Bude, und das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der Linken – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Was? Bin ich auch schon ein weißer Mann?)

Auch in diesem Haushalt gehen Sie die grundlegenden Probleme des Wissenschaftssystems nicht an. Statt eines Sondervermögens braucht es eine gute, langfristige Grundfinanzierung. Statt eines Weiter-so braucht es endlich gute Arbeitsbedingungen. Statt eines Hangelns von einem Drittmittelprojekt in das nächste braucht es endlich Dauerstellen für Daueraufgaben. Und statt der Hightech Agenda brauchen wir endlich einen Plan für die sozial-ökologische Transformation.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken – Dr. Götz Frömming [AfD]: Professuren für alle!)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist Stephan Albani für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

Stephan Albani (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nach den fünf Minuten in einem Paralleluniversum kommen wir jetzt wieder zur Sachlichkeit zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Drei Dinge braucht ein guter Haushalt. Erstens: Sicherheit und Verlässlichkeit für diejenigen, die ihn leben müssen. Zweitens: Perspektive, wo es hingehen soll. Und das Dritte ist Korrekturfähigkeit.

Kommen wir zur Sicherheit und Verlässlichkeit. In diesem Haushalt haben wir die GMA von abenteuerlichen Höhen wieder in, ich sage mal, ein vernünftiges Normal zurückgeführt, sodass letzten Endes die Planbarkeit und die Sicherheit der Förderlinien für die Menschen in der Wissenschaft wieder gegeben ist. Also erstens: Haken dran.

Zweitens: Perspektive. Wo soll es hingehen? Wir haben mit einem 22 Milliarden Euro umfassenden Haushalt für das BMFTR – und noch mal 18 Milliarden Euro für die Hightech Agenda über die gesamte Legislatur – eine klare Perspektive, wo es hingehen soll. Im Rahmen der Hightech Agenda werden jetzt in sechs Feldern Roadmaps erarbeitet. Es geht am Ende um Impact. Es geht darum: Wie kriegen wir an dieser Stelle zusammen mit den Stakeholdern die Kraft auf die Straße? Das wird in dieser Form erstmalig durchgeführt. Insofern auch zur zweiten Sache: Haken dran.

(Stefan Schröder [AfD]: Schuldenfinanziert!) (C)

Kommen wir zum dritten Teil, zur Korrekturfähigkeit. Hier darf ich in persönlicher Sache – ich habe ja schon einige nette Worte gehört – zu der Tatsache kommen, dass wir mit der Dekade gegen Postinfektiöse Erkrankungen wirklich etwas auf den Weg gebracht haben, was über viele Jahre für viele Menschen intensive Arbeit gewesen ist. Ich danke an dieser Stelle Herrn Lauterbach für die Kooperation, den Haushaltern Svenja Schulze und Carsten Körber, all jenen, die daran mitgewirkt haben, und natürlich auch dem Ministerium, dass wir dies geschafft haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wichtig ist, noch mal deutlich zu machen: Es geht hier um postinfektiöse Erkrankungen. Das ist ein riesiges Feld, zu dem ME/CFS, eine seit über 40 Jahren anerkannte Erkrankung, die außergewöhnlich unterbeforscht ist, aber auch Long Covid oder andere Erkrankungen gehören. „Postinfektiös“ heißt: Ich habe eine Krankheit überwunden und komme danach in eine zweite Erkrankungssituation hinein. Wenn ich – in Anführungsstrichen – „Glück“ habe, ist diese zweite Krankheit bekannt, und eine Therapie ist vorhanden. Wenn ich Pech habe, ist das halt nicht der Fall.

Deswegen ist hier Grundlagenforschung notwendig, die wir jetzt mit einer Dekade, die wiederum notwendig ist, um der Wissenschaft eine Perspektive zu geben, und gleichzeitig mit einer Breite an Finanzierung so aufstellen, dass ein neues Forschungsfeld wirklich angegangen werden kann und dass wir diesen Menschen – es sind mehrere Millionen, die an diesem Formenkreis erkrankt sind – auf diese Art und Weise endlich helfen können. Darüber bin ich sehr, sehr glücklich.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie immer ist Erfolg am Ende 1 Prozent Inspiration und 99 Prozent Transpiration. Das heißt, viele Leute haben hart daran gearbeitet, um diese Dekade auf den Weg zu bringen. Aber wir werden uns jetzt nicht ausruhen. Wir werden das sehr, sehr eng begleiten, sodass die ganzen Neuerungen, die wir hineingebracht haben – angefangen bei einer biomedizinischen Forschungsausrichtung über Strategiekreise und Beteiligungen bis hin zur Gesundheits-Challenge und anderen Dingen –, bei der Umsetzung der Ministerien in den nächsten Jahren dann auch gewährleistet werden.

Wichtig ist mir noch ein letzter Punkt: Das ist Grundlagenforschung. Das heißt, man soll jetzt bitte nicht erwarten, dass in der nächsten Woche gleich etwas dabei herkommt. Das wird seine Zeit brauchen. Aber je länger der Weg ist, umso wichtiger ist, dass man ihn endlich beginnt, und dies haben wir jetzt getan.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Albani

- (A) So ende ich an dieser Stelle wieder mit den legendären Worten von Jean-Luc Picard, Captain der „Enterprise“: „Make it so!“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die AfD-Fraktion Dr. Michael Kaufmann.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Michael Kaufmann (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geehrte Kollegen! Geehrte Besucher auf der Tribüne! Frau Ministerin! Zuerst ein paar Worte an die SPD: Sie haben offenbar weder unser Programm noch unsere Anträge noch unseren Haushaltsentwurf gelesen. Sonst würden Sie hier nicht solche Fake News verbreiten.

(Beifall bei der AfD – Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Leider doch! Dann sagen Sie doch mal, was nicht stimmt! Werden Sie doch mal konkret!)

Aber zum Glück wissen die Bürger inzwischen einzuschätzen, was von der SPD kommt.

Frau Ministerin Bär, im zweiten Anlauf haben Sie es nun geschafft. Ihr Einzelplan bildet endlich zumindest annähernd ab, wofür Ihr Ministerium eigentlich zuständig ist.

(B)

(Florian Müller [CDU/CSU]: Der Kollege hat auf jeden Fall mehr Erkenntnisgewinn als sein Vorredner!)

Dazu kann man Ihnen immerhin gratulieren. Doch je länger man sich diesen Einzelplan anschaut, desto stärker drängt sich der Gedanke auf: Damit können Sie unmöglich zufrieden sein. Ihnen muss bewusst sein, dass Sie Ihre vollmundigen Ankündigungen mit diesem Etat und mit dieser Struktur niemals erfüllen können.

(Beifall bei der AfD)

Schauen wir auf die Fusionsforschung. Sie haben für diese Legislatur großspurig 2 Milliarden Euro versprochen. Doch in den Haushalten 2025 und 2026 findet sich zusammen nicht einmal eine halbe Milliarde. Und nun sollen wir allen Ernstes glauben, dass Sie in den verbleibenden zwei Haushalten jeweils 750 Millionen Euro bereitstellen, mitten in einer Haushaltskrise und mit einer Wirtschaft, die sich im Sinkflug befindet? Das ist unrealistisch, es ist nicht seriös, und es zeigt, wie weit Anspruch und Wirklichkeit bei Ihrer Hightech Agenda auseinanderklaffen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus der SPD-Fraktion. Wollen Sie diese zulassen?

Dr. Michael Kaufmann (AfD):

(C)

Nein, im Moment nicht. Sie können dann am Ende sprechen.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das hier jetzt die neue Mode, oder was?)

Wenn Herr Merz dann auch noch behauptet, die Welt beneide uns um diese Agenda, dann frage ich: Wer soll das bitte sein? Sicher nicht jene Länder, die wirklich Maßstäbe setzen: die USA, China, Südkorea, Japan. Diese Staaten investieren mehr, schneller und effizienter in Forschung und Entwicklung und technologische Souveränität als wir. Nach der Neupriorisierung der Ausgaben durch Präsident Trump geben die USA wesentlich mehr für Forschung aus als die gesamte EU zusammen. Und das sind die Länder, mit denen wir uns messen müssen, wenn wir weiterhin in der ersten Liga spielen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Doch es gibt noch einen gravierenden Unterschied. Dort ist Forschungsförderung technologieoffen. Niemand in den USA oder China kommt auf die Idee, Forschung nur dann zu fördern, wenn sie eine bestimmte politische Mode bedient.

(Dr. Götz Frömming [AfD]: So ist das!)

Sie tun genau das. Sie setzen auf eine ideologische Einschränkung, auf politische Lenkung der Förderung, auf Klima und Nachhaltigkeit – eine Einschränkung, die Chancen vernichtet, Innovation verhindert und Talente vertreibt.

(D)

(Beifall bei der AfD – Florian Müller [CDU/CSU]: Das stimmt überhaupt nicht!)

Warum sollte etwa die Forschung an neuen Materialien nicht gefördert werden, nur weil ihr Nachhaltigkeitsbeitrag nicht in die richtige Schablone passt? Forschung braucht Freiheit, nicht politische Prüfkriterien.

(Beifall bei der AfD – Pascal Meiser [Die Linke]: So frei wie in China hätten Sie es gerne!)

Ihre Werbekampagne, die jetzt allerorten draußen auf den Straßen zu sehen ist, erinnert an die Durchhalteparolen zum Ende der DDR.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na, na, na! Vorsicht!)

Sie beeindrucken niemanden, schon gar nicht die Forscher. In Laboren und Instituten zählen andere Dinge: verlässliche Finanzierung, moderne Infrastruktur, qualifiziertes Personal, Freiräume und weniger Bürokratie.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen es ja echt besser!)

Solange Sie diese Grundlagen nicht stärken, werden weder Plakate noch Hochglanzbroschüren etwas ändern. Also fangen Sie endlich an!

(Beifall bei der AfD)

Deutschland hat keine Zeit zu verlieren. Unsere Forschung braucht Stärke. Unsere Innovationskraft braucht Freiheit. Und unsere Wissenschaft braucht Respekt. Ma-

Dr. Michael Kaufmann

- (A) chen wir Deutschland wieder stark! Das geht leider nicht mit diesem Einzelplan. Deswegen können wir ihm auch nicht zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die SPD-Fraktion Holger Mann.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Holger Mann (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Einzelplan für Forschung, Technologie und Raumfahrt ist ein Bekenntnis zu Innovation, zur Stärkung von technologischer Souveränität und zu nachhaltigem Wachstum. Es wurde schon gesagt: Der Gesamtetat wächst auf 21,8 Milliarden Euro, rund 560 Millionen Euro mehr als noch im Regierungsentwurf vorgesehen.

Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf dem schnelleren Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Anwendung. Denn wir wissen: Innovationen sind die Grundlage für neues Wachstum, höhere Produktivität und auch gute wie sichere Arbeitsplätze.

(Johannes Schraps [SPD]: Sehr richtig!)

- (B) Nur wenn wir also Forschungsergebnisse schneller und erfolgreicher in die Umsetzung bringen, kann Deutschland seine Stellung als Export-, Innovations- und Technologieland behaupten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt stärken wir deshalb den Transfer systematisch, unter anderem mit Milliarden für die Hightech Agenda oder mit erstmals über 250 Millionen Euro für die Agentur für Sprunginnovationen. Im parlamentarischen Verfahren haben wir zudem den zentralen Titel für regionalen Transfer und Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften um 143 Millionen Euro, also um rund 42 Prozent, erhöht. Als Parlamentarier und Sozialdemokraten wollen wir damit auch die Erwartung verbinden, dass mit diesen Mitteln im kommenden Jahr die „Initiative Forschung & Anwendung“ gestartet wird.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Pfeiler unserer Technologieagenda ist die Raumfahrt. Die Raumfahrtindustrie ist ein wichtiger Innovationstreiber für Zukunfts- und Kommunikationstechnologien. Deutschland ist stärkster Akteur in der europäischen Raumfahrt. Mit jetzt 400 Millionen Euro mehr bauen wir diese Stellung aus. Ja, viele sprechen nach der ESA-Konferenz dieser Woche von der nächsten Mondlandung. Ich möchte hier aber mal die strategische Bedeutung der Satellitennavigation hervorheben. Wir fördern mit diesem Haushalt das Galileo-Programm PRS, eine Technologie, die übrigens präziser arbeitet als die uns allen bekannte GPS-Navigation. Es erhöht zudem unsere Informationssicherheit per Verschlüsse-

lung und arbeitet unabhängig von den USA. So sichern (C) 30 europäische Satelliten, die vollständig in unserer Hand liegen, unsere Technologiesouveränität. Dass das strategische Relevanz hat, sollte spätestens seit dem Ukraine-krieg niemand mehr bezweifeln.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Als Berichterstatter für Games freue ich mich über die deutlich gewachsene Produktionsförderung wie aber auch über kleine Förderungen. Dank der Haushälter wird in Zukunft die Initiative „Womanize!“ gefördert, die Frauen in der Computerspielindustrie sichtbarer macht; so fördern wir Rollenvorbilder in einem wachsenden Technologiemarkt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

– Sie von der AfD lachen, typisch!

(Nicole Höchst [AfD]: Nicht nur „typisch“, sondern zu Recht!)

Sehr geehrte Damen und Herren, während wir die Forschung mit Blick auf die großen Zukunftsherausforderungen stärken, will eine Fraktion Fortschritt mit radikalen Kürzungen torpedieren. Es ist schon angesprochen worden: Die AfD-Fraktion beantragte Streichungen von über 4,4 Milliarden Euro im Wissenschaftsbereich.

(Nicole Höchst [AfD]: Ja, wir wollen sparen!)

Sie wollen zum Beispiel den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ komplett streichen, eine der Finanzierungssäulen für Hunderte öffentliche Hochschulen in diesem Land. Aber es sei auch deutlich gesagt: Über den Haushalt greift die AfD die Wissenschaftsfreiheit direkt an; Herr Kaufmann hat es gerade erläutert. Anträge auf massive Kürzungen bei den Geistes- und Sozialwissenschaften begründen Sie damit, dass Ihnen deren angeblich politische Ausrichtung nicht passt. (D)

(Nicole Höchst [AfD]: Sie haben nicht zugehört!)

Ich muss deutlich sagen: Wer Wissenschaft so zensieren oder Forschung zur Lösung der großen Fragen wie „Klimawandel“ oder „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ verhindern will, der legt die Axt an unsere demokratische Gesellschaft, die Verfassung und vor allen Dingen an die Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Sergej Minich [AfD]: Haben Sie sich mal Ihre Umfragewerte angeschaut?)

Die AfD klammert sich dabei an das Gestern und Technologien aus dem letzten Jahrtausend. Wir investieren dagegen in Wasserstoff, KI, Batterieforschung und nachhaltige Mobilität. Wir setzen auf Forschung, auf wissenschaftlichen Wettbewerb und technologische Souveränität.

(Johannes Schraps [SPD]: Das ist der richtige Weg!)

Dieser Haushalt ebnet den Weg in eine sichere, gerechte und innovative Zukunft. Wir werben um Zustimmung.

Vielen Dank.

Holger Mann

(A) (Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist Dr. Andrea Lübcke für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andrea Lübcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 18 Milliarden Euro, so viel Geld will die Bundesregierung in dieser Legislatur für die Hightech Agenda bereitstellen – ein enormer Betrag für ein zentrales Versprechen dieser Bundesregierung. Und wenn es nach Markus Söder geht, soll davon überproportional viel nach Bayern fließen, wie wir alle in der letzten Woche hören konnten.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Darüber würde sich jeder Ministerpräsident freuen!)

Aha! Das ist bemerkenswert. Denn während bundesweit niemand so recht weiß, wie es weitergeht, weiß ausgerechnet der bayerische Ministerpräsident sehr genau, wohin die Milliarden fließen sollen.

Vor genau einem Monat fand die Auftaktveranstaltung zur Hightech Agenda statt. Die Erwartungen waren groß. Herr Kollege Müller, Sie haben ja völlig recht: Deutschland kann mehr, Deutschland will mehr. Deshalb wollten auch alle erfahren, wie der Road-Mapping-Prozess ablaufen soll, wie sie beitragen können, um Deutschland voranzubringen. 30 Tage später – und nichts ist klarer.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Start-ups, Unternehmen, Hochschulen und die Länder – alle warten darauf, sich einbringen zu können. Die Zeit rennt, und vielen, die dringend mutige Entscheidungen brauchen, rennt sie davon. Egal mit wem wir sprechen, kaum jemand ist eingebunden, kaum ein Akteur aus Wissenschaft oder Wirtschaft weiß, wann und wie es tatsächlich bald losgeht. „Sicher bald“, das ist Hoffnung, aber kein Konzept. Und ganz so bald wird es wohl auch nichts werden. Wesentliche Mittel der Hightech Agenda wurden im Haushalt gesperrt, weil selbst die Haushälter der Koalition nicht wissen, wie es weitergeht, und keine Konzepte erkennen, um das Geld freizugeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Wir entsperren nächste Woche!)

Mikroelektronik zur Stärkung der eigenen technologischen Souveränität, die Entwicklung von künstlicher Intelligenz nach unseren Werten, Biotechnologie als zentrale Schlüsseltechnologie für die Gesundheitsforschung von morgen, die Entwicklung von marktreifen Quantentechnologien, der Aufbau von Fusionsökosystemen und klimaneutraler Energie oder die Förderung von Technologien zu klimaneutraler Mobilität – all das braucht Deutschland dringender denn je, all das steht in der Hightech Agenda. Aber für all das ist noch unklar, wann es endlich losgehen kann, weil das Ministerium noch nichts Konkretes vorgelegt hat.

(C) Währenddessen liegen noch ganz andere zentrale Vorhaben des BMFTR brach: das Forschungsdatengesetz, der Roadmap-Prozess für die Forschungsinfrastrukturen, die Stärkung der Bioökonomie sowie der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung und die Initiative für Forschung und Anwendung. Das erfüllt mich mit Sorge, und das ist kein gutes Zeugnis.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bär, kommen Sie endlich ins Machen; denn für eine bloße Ankündigungsagenda, wie es diese Hightech Agenda zurzeit ist, sind die Herausforderungen in Deutschland einfach zu groß.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist für die Bundesregierung Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt:

(D) Vielen herzlichen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie sehen mich in einer sehr aufregenden Woche sehr beseelt hier am Rednerpult stehen. Ich bin gestern spät von der ESA-Ministerratskonferenz zurückkommen, dem obersten Gremium der europäischen Raumfahrtagentur. Es war großartig, dass wir aus Deutschland so starke Signale senden konnten. Wir waren das erste Mal nach 20 Jahren wieder Gastgeber. Es war großartig, dass alle ESA-Mitgliedstaaten, unsere europäischen Länderkolleginnen und -kollegen, aber auch Wertepartner wie beispielsweise Kanada dabei waren. Und die große Nachricht war gestern natürlich, dass erstmals ein Europäer Richtung Mond fliegt und dass es ein Deutscher ist. Und ich finde, das ist ein riesengroßer Grund zur Freude, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es hieß tatsächlich – Frau Kollegin, ich erkläre es gerne noch einmal – „zum Mond“, und es ist natürlich noch nicht bekannt gewesen. Das ist gestern entschieden worden vom ESA-Generaldirektor – ich weiß nicht, was Sie für Informationen haben –; Josef Aschbacher hat es gestern exklusiv verkündet. Es war gestern die große Neuigkeit. Ich bin sehr dankbar, dass er sich für Deutschland entschieden hat.

Raumfahrt ist aber kein Selbstzweck. Die Astronautinnen und Astronauten, die da waren, haben ganz deutlich beschrieben, was wir der Raumfahrt zu verdanken haben: dass wir zum Beispiel wissen, dass der Asteroid Apophis unserer Erde richtig nahe kommt, ausgerechnet an einem Freitag, dem Dreizehnten, 2029, aber hoffentlich nicht zu nahe. Dass dies erforscht werden kann, ist auch der Raumfahrt zu verdanken.

Bundesministerin Dorothee Bär

- (A) Oder: Unser Astronaut Matthias Maurer hat von seiner Mission erzählt und davon, wie er auf der ISS zum Beispiel an Werkstoffen geforscht hat, an einem neuartigen Beton, der helfen kann, Energie und CO₂-Emissionen einzusparen. Ein Riesenerfolg für den Klimaschutz! Auch dafür brauchen wir die Raumfahrt. Darauf können wir heute bauen.

Oder: Die italienische Astronautin hat erklärt, welche Fortschritte in der Medizin durch Forschung im All ermöglicht wurden, zum Beispiel zu Osteoporose. Das kommt uns hier auf der Erde bei der Frauengesundheit zugute. Sie sehen: Raumfahrt ist für alle da.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Es geht jedoch um mehr als nur um Forschung. Es geht um Europas Zukunft und unsere Wirtschaft, aber auch um unsere Sicherheit und Souveränität. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie essenziell Satellitenbilder sind, dass man darauf Zugriff hat, nicht abhängig von anderen ist und dass wir unsere eigenen Satelliten schützen können. All das war Thema auf der ESA-MK.

Und bei so einer Sitzung richten sich die Augen auf Deutschland. Warum? Weil wir ein starkes Land sind, weil von uns erwartet wird, dass wir vorangehen, dass unsere Schultern mehr tragen, natürlich im Schulterschluss mit anderen. Wir sind in Bremen unserer Rolle gerecht geworden, und ich bin sehr dankbar, dass ich für die Bundesregierung 5,4 Milliarden Euro habe zusagen können. Das ist wirklich sensationell, liebe Kolleginnen und Kollegen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Wahnsinn!)

Ich bedanke mich auch beim Bundesverteidigungsministerium. Zum ersten Mal kann ein kleiner Betrag des BMVg mit einfließen. Schließlich hat Sicherheit eine große Bedeutung. Das zeigt, dass es für die gesamte Bundesregierung von großer Wichtigkeit ist.

Was wir heute beschließen, auch mit unserem Haushalt, entscheidet darüber, ob wir ein starkes Land bleiben. Die Hightech Agenda ist mehrfach erwähnt worden. Ich kann nur denjenigen sagen, die zweifeln: Sprechen Sie doch auch mal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den Ländern. Insbesondere bei den Grünen in den jeweiligen Landesregierungen möchte ich mich für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken. Die sehen es ein bisschen anders und sind auch euphorischer als Sie hier im Bundestag. Aber das macht nichts. Ihre Kolleginnen und Kollegen in den jeweiligen Landesregierungen unterstützen uns extrem. Daher nicht nur an die Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und SPD, sondern auch an die Länderkollegen der Grünen ein herzliches Dankeschön für die gute Unterstützung!

Vor allem möchte ich mich beim Haushaltsausschuss ganz herzlich für die Unterstützung bedanken. Der Haushaltsausschuss hat gemeinsam mit dem Ministerium einen tollen Entwurf vorgelegt. Stellvertretend geht mein Dank an dieser Stelle zum einen an die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Lisa Paus, die die Sitzungen mit großer Ruhe und Gelassenheit geführt hat; das ist ja auch nicht immer so ganz einfach.

- (C) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum anderen geht mein Dank an meine Kolleginnen Svenja Schulze und meinen Kollegen Carsten Körber, aber auch an Sie, Frau Piechotta, für die gute, konstruktive Zusammenarbeit. Das ist wichtig. Uns eint, dass es uns um die Sache geht. Es geht uns darum, dass die Inhalte stimmen. Ich freue mich sehr, dass das so gut funktioniert hat.

Auch dass der Umbau des Hauses fertig ist, freut mich, ebenso dass sehr positiv aufgenommen wurde, dass mit Thomas Reiter jetzt ein waschechter Astronaut unsere Raumfahrtabteilung leitet. Ich kann sagen, dass er in den letzten drei Tagen in Bremen schon extrem hilfreich war. Es ist großartig, so tolle Männer bei uns im Haus zu haben, die sehr unprätentiös sind und schon richtig Schwung in die Raumfahrtabteilung gebracht haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Frau Kollegin, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion.

Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt:
Ja, selbstverständlich.

(D)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Herr Dr. Frömming, bitte.

Dr. Götz Frömming (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben eben, wie ich finde, völlig zu Recht betont, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der freien Wirtschaft ist. Politik allein kann wenig bewirken.

Nun gibt es ja verschiedene Möglichkeiten für Gespräche zwischen der Politik und der freien Wirtschaft. Eine dieser Möglichkeiten ist in den letzten Wochen in die Schlagzeilen geraten. Ich meine den Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee. Sie selbst waren dort zu Gast, oder?

(Florian Müller [CDU/CSU]: Zur Sache!)

Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt:
Nein, da war ich noch nie.

Dr. Götz Frömming (AfD):

Zumindest steht das noch so auf der Webseite.

Ich wollte Sie ganz konkret fragen:

(Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Das hat nichts mit dem Haushalt zu tun!)

Werden Sie denn an dem nächsten Ludwig-Erhard-Gipfel 2026 teilnehmen?

Dr. Götz Frömming

- (A) (Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Das hat nichts mit der Sache zu tun!)

Halten Sie das für einen geeigneten Weg, um uns in Forschung, Technologie und Raumfahrt voranzubringen, oder besser nicht?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Man sieht, dass Sie hinter dem Mond sind!)

Dorothee Bär, Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt:

Das Ziel der Bundesregierung ist natürlich immer, überall jede Möglichkeit zu nutzen, über die Arbeit, die wir leisten, zu sprechen. Ich finde es ein bisschen merkwürdig, dass die AfD diese Frage jetzt in der Haushaltsdebatte stellt. Aber daran sieht man auch, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Fakt ist: Ich hatte eine Anfrage. Ich habe mir vorbehalten, im nächsten Jahr teilzunehmen. Ich habe das jetzt unter den Vorbehalt der Prüfung der Bayerischen Staatsregierung gestellt. Grundsätzlich ist es aber wichtig, zu Gipfeln zu gehen und darüber zu sprechen. Mein geplanter Beitrag ist – sollte ich denn hingehen –, groß Werbung für die Hightech Agenda Deutschland zu machen. Ob das so stattfindet, kann ich Ihnen zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen. Ihre Frage lässt mich etwas mit Befremden zurück, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir wieder zum Wichtigeren, nämlich zur Gesundheitsforschung. Wir starten 2026 die Nationale Dekade gegen Postinfektiöse Erkrankungen. Ich möchte mich persönlich und im Namen aller, die in meinem Haus Verantwortung tragen, bei Stephan Albani und Karl Lauterbach bedanken, dass wir es in einem so guten, konstruktiven Miteinander machen konnten, dass wir die ungeklärten Fragen für die an Long Covid bzw. ME/CFS Erkrankten und für viele weitere Patientinnen und Patienten in Angriff nehmen können. Insgesamt steht eine halbe Milliarde Euro dafür zur Verfügung. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Signal.

Mit dieser frohen Botschaft will ich Sie schon mal einstimmen auf das Wissenschaftsjahr 2026. Dann dreht es sich um die Medizin der Zukunft. Ich freue mich auf jeden Fall schon darauf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Aber es geht nicht nur um das Neue. Wir behalten natürlich auch im Auge, was sich bewährt hat, etwa das Netzwerk Universitätsmedizin sowie den Pakt für Forschung und Innovation. Auch am BAföG sind wir dran, um Leistungen zu verbessern und es digitaler zu machen. Wir tun alles, damit das zum nächsten Wintersemester klappt.

(C) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir können heute einen sehr guten Haushalt verabschieden. Denn genau das ist der vorgelegte Haushalt mit seinen insgesamt 23,9 Milliarden Euro. 23,9 Milliarden Euro für Forschung und Innovation, diese Rekordsumme ist ein Arbeitsauftrag an mich, an das ganze BMFTR. Ich habe ein herausragend aufgestelltes Haus. Deswegen: Vielen herzlichen Dank an alle meine Kolleginnen und Kollegen im BMFTR, an meine tolle Abteilung Z und an alle Haushälter! Ich habe ein sensationelles Team. Die Arbeit macht nie einer oder eine allein, sondern die machen 1 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein herzliches „Vergelt's Gott“!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die AfD-Fraktion Adam Balten.

(Beifall bei der AfD)

Adam Balten (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Brandmaueristen!

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Um Gottes willen!)

(D) Ich wünsche allen eine gesegnete Vorweihnachtszeit. Zu dieser Zeit gibt es ja oft Pralinen – schön verpackt, ansprechend präsentiert. Aber Sie kennen das Dilemma: Manch eine Praline ist ziemlich lecker, einige haben aber einen durchaus fiesen Beigeschmack.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was essen Sie denn?)

Manch eine bitterböse Zunge würde sogar behaupten: Einige sind pfui. Ihr Haushaltsplan gleicht einer solchen Pralinenpackung: Nett verpackt und nett beschrieben, sieht auf den ersten Blick ganz gut aus, ist aber vollgestopft mit Klima- und Genderideologie und überteuert dazu.

(Beifall bei der AfD – Stephan Albani [CDU/CSU]: Oh!)

Ich nenne Ihnen genau zwei Beispiele, millionenschwer.

Erstens: Strategien zur Durchsetzung von Chancengerechtigkeit für Frauen in Wissenschaft und Forschung. Sie wollen mit der Förderrichtlinie „Geschlechteraspekte im Blick“ Vielfalt und Geschlechter in Forschung und Innovation hineinpressen. Das meinen Sie doch wohl nicht ernst, oder?

(Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

Zweitens: globaler Wandel und Klimaforschung. Darin enthalten wieder der Klimaimperialismus in Afrika zur klimaangepassten Landnutzung. Sie reden also Afrikanern eine Klimakatastrophe ein und verschwenden dafür unser Steuergeld. Und das hat nichts mit echter Forschung, Technologie und Raumfahrt zu tun.

Adam Balten

(A) (Beifall bei der AfD)

Sinn und Zweck eines Haushalts ist es doch, unserer Heimat den technologischen Anschluss zu ermöglichen; denn den verlieren wir gerade.

Genau so viel tolles Potenzial hat Deutschland zu bieten: autonomes Fahren, Drohnentechnologie, Nukleartechnologie und Minireaktoren, KI-Forschung und kleine Sprachmodelle – ja, dort können wir sogar noch aufholen –, Materialforschung, Beschichtung, Membrantechnologie und Chemie – diese Industrie verlässt übrigens gerade unser Land –, Förderung von Hidden Champions unter den kleinen und mittelständigen Unternehmen, Ausbildung und Förderung von Intelligenz und nicht von irgendwelcher Gender- und Klimahysterie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Das alles würde ein Haushalt der AfD für Forschung und Technologie fördern. Unter der Knute Ihrer Brandmauerkoalition passiert aber das Gegenteil.

Erstens. Wir verlieren den Anschluss. Der ifo-Index sinkt auf nur 88 Punkte, Tendenz sinkend.

Zweitens. Wir verlieren an Innovationskraft. Auf der WIPO-Innovationsskala sind wir auf Platz elf abgestürzt.

Drittens. Die Fachkräfte verlassen das Land. 270 000 Fortzüge im Jahr 2024. Das sind nur die Fachkräfte, die es sich leisten können, fortzuziehen.

(Sergej Minich [AfD]: Die echten Fachkräfte gehen! Die vermeintlichen kommen!)

(B) Am Beispiel der Stadt Rastatt können Sie sehen, was uns bald erwartet: Statt der erwarteten 100 Millionen Euro Gewerbesteuererinnahmen war es – raten Sie mal; da Sie sowieso schon so viel rumlabern! –

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

1 Million Euro. 1 Million Euro statt 100 Millionen Euro! Ihre BIP-Wachstumsprognose und Steuereinnahmenplanung für die Haushaltsfinanzierung 2026 ist somit Wunschdenken.

Das süßeste Geschenk, welches Sie den Bürgern zu Weihnachten machen können, ist, diese Koalition platzen zu lassen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Sie können mit der AfD einen soliden Haushaltsplan für 2026 aufbauen, der Forschung, Innovation und Fortschritt wirklich fördert, und das sogar in der aktuellen Wirtschaftskrise. Werfen Sie den ganzen ideologischen Ballast mit unserer Hilfe raus! Arbeiten Sie mit uns zusammen! Profitieren Sie von unserem Fachwissen!

(Zurufe von der CDU/CSU)

5 Milliarden Euro können wir hier mit dem Haushaltsplan der Alternative für Deutschland einsparen. Kommen Sie also zur Vernunft! Arbeiten Sie mit uns zusammen für Deutschland!

(Beifall bei der AfD)

Ich habe noch eine kleine Anmerkung. Schreien Sie nicht rum, sparen Sie sich das lieber auf für Gießen!

Also: Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich mitteilen, lieber Herr Kollege, dass wir in diesem Parlament nicht „labern“, sondern miteinander diskutieren und miteinander sprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Ich finde, „labern“ wird dem Parlament nicht gerecht.

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die SPD-Fraktion Dr. Karl Lauterbach.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Karl Lauterbach (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin Bär! Zunächst einmal: Der Haushalt setzt die richtigen Schwerpunkte: künstliche Intelligenz, Quantenforschung und Fusion. Das stellt keinen Selbstzweck dar, sondern es sind die Grundlagen für ein besseres und längeres Leben. Es sind die Grundlagen dafür, dass wir die großen Zukunftsprobleme, die wir nicht einfach leugnen können, lösen können: den Klimawandel, die Belastung unseres Planeten, nachhaltiges Wachstum. Wir brauchen ein neues Wirtschaftsmodell. All diese großen Probleme müssen wir mit neuen Technologien lösen. Da setzt dieser Haushalt an. Man kann noch über Kleinigkeiten reden; aber dass die Grundrichtung richtig ist, dürfte unumstritten sein. Dafür bin ich auch, ehrlich gesagt, dankbar; denn wir sind spät dran.

(D)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Die Kollegen von der AfD spielen gerne das BAföG gegen Hightech oder gegen die Quantenforschung aus. Nur so viel dazu: Der BAföG-Empfänger von heute ist der Quantenforscher von morgen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können es uns nicht erlauben, auf diese Talente zu verzichten.

Von Ihnen hat man nichts zur großen Bildungsungerechtigkeit in Deutschland gehört. Dass die Chancen im Bildungssystem so stark von der Herkunft abhängen, das müssen wir abwenden. Dafür ist die geplante BAföG-Reform eine wichtige Grundlage. Ich lade auch die demokratischen Oppositionsfaktionen ein, uns da zu unterstützen. Von dieser Reform versprechen wir uns viel.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema „Frauen in der Wissenschaft“. Sie machen hier Programme, die Frauen in der Wissenschaft fördern, verächtlich. Ich kann Ihnen sagen: Frauen, die heute gefördert werden, können die Quantenforscherinnen und die Nobelpreisträgerinnen von morgen sein.

Dr. Karl Lauterbach

- (A) Dieses Gegeneinanderausspielen, dieser Hass und diese Hetze bringen uns nicht weiter bei der Lösung irgendeines Problems.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu dem Programm Nationale Dekade gegen Postinfektiöse Erkrankungen sagen. Es gab hier Versäumnisse. In der Pandemie ist es zu Hunderttausenden zusätzlichen Fällen von ME/CFS-, Post-Covid- und Post-Vac-Erkrankten gekommen. Wir haben diesen Menschen nichts angeboten. Betroffen sind oft Kinder, junge Menschen, junge Frauen, ganze Familien. Sie alle werden aus dem Leben gerissen und haben keine Perspektive. Ein Programm, um an einer Perspektive für diese Menschen zu forschen, ist weltweit einmalig und eine große Leistung des Deutschen Bundestages. Ich danke dem Kollegen Stephan Albani und den Kolleginnen Wiebke Esdar und Svenja Schulze, aber auch der Bundesministerin für die Unterstützung. Das ist ein gemeinsames Projekt. So müssen Projekte aus dem Parlament heraus entstehen. Ich freue mich, dass wir gemeinsam viel erreicht haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die Unionsfraktion Fabian Gramling.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Fabian Gramling (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor einer Woche war der Vorlesestag. Dieser Tag wurde 2004 ins Leben gerufen, um Menschen wieder für Geschichten zu begeistern. Ich selbst habe eine kleine Tochter. Wenn ich ihr Geschichten vorlese, dann sehe ich in ihren Augen das Funkeln, die Begeisterung und auch die Fantasie und die Träume, die sie bei diesen Geschichten erlebt. Diese Unbefangenheit und diesen Optimismus brauchen wir in Deutschland wieder. Die kindliche Fähigkeit, beim Zuhören eigene Bilder zu erschaffen, müssen wir heute wieder lernen. Denn aus den Geschichten von heute entsteht die Technologie von morgen. Aus der Fantasie von Kindern wird die Innovationskraft unserer Gesellschaft geschöpft.

Genau diese Haltung und diese Neugierde verkörpert unsere Ministerin Dorothee Bär; das haben wir heute wieder bei ihrer Rede erlebt. Wenn Doro Bär über die Hightech Agenda und über Raumfahrt spricht, dann spürt man ihre Begeisterung im Raum. Deswegen ein ganz herzliches Dankeschön für diesen Einsatz, Frau Ministerin!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Genau das ist auch notwendig; denn vor wenigen Tagen hat das „Handelsblatt“ geschrieben: Deutschland ist in der Forschung top; aber beim Transfer von der Wissen-

schaft in die Wirtschaft hakt es noch. – Genau daran (C) arbeiten wir gerade mit dem Innovationsfreiheitsgesetz. Wir wollen Freiheit für die Forschung und weniger Bremsklötze bei der Umsetzung und Transformation. Wir wollen das Wissen in unserem Land von den Hörsälen und von den Forschungseinrichtungen an die Werkbank bringen und damit Arbeitsplätze, Wertschöpfung und am Ende auch Wohlstand generieren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das ist auch absolut notwendig. In den letzten sieben Jahren hatte Deutschland kumuliert eigentlich ein Nullwachstum. Der Vergleich mit anderen Ländern zeigt: In Amerika zum Beispiel gab es in dieser Zeit 15 Prozent Wachstum. Hätten wir nur die Hälfte davon erreicht, würde das bedeuten, dass wir 50 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen pro Jahr hätten. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig und wie entscheidend Innovation für die Wertschöpfung und den Wohlstand in unserem Land ist.

Deswegen ist es wichtig, dass wir heute mit diesem Forschungshaushalt einen Investitionshaushalt verabschieden werden. In den Beratungen haben wir den Etat um mehr als eine halbe Milliarde Euro erhöht. Insgesamt stehen rund 18 Milliarden Euro für die Hightech Agenda zur Verfügung.

Entscheidend ist jetzt aber, dass dieses Geld bei den sechs Zukunftsfeldern – dazu gehören die Kernfusion, das Quantencomputing und die Mikroelektronik – ankommt. Und auch wenn das nicht jedem Kollegen hier im Haus gefällt: Ich bin fest davon überzeugt, dass die Region, die Kernfusion mit Quantencomputing zusammenbringt und in Anwendung bringt, die nächsten Jahrzehnte erst mal dominieren wird. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier mit Technikbegeisterung dabei sind. Das ist bei der Quantentechnologie so, das ist bei der Kernfusion so, und das gilt genauso für die Raumfahrt. Raumfahrt ist kein Hobby für irgendwelche Träumer, sondern eine absolut strategische Notwendigkeit – die Ministerin hatte es schon ausgeführt –; denn am Ende wird im All auch unsere Sicherheit von morgen mitentschieden. Deswegen dürfen wir dieses Feld nicht anderen überlassen. (D)

Wenn wir über Forschung, über Innovationen und auch über Raumfahrt sprechen, dann sprechen wir über Chancen. Wir sprechen über Souveränität, und am Ende sprechen wir auch über den Schutz unserer freien und liberalen Demokratie. Deswegen möchte ich an dieser Stelle ein großes Danke sagen an alle Haushälter, die bei den Beratungen mitgeholfen haben, an das Ministerium, an die Frau Ministerin. Deutschland investiert in Forschung, in Technologie, in Raumfahrt. Damit bringen wir Deutschland wieder ein Stück weiter nach vorne.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die AfD-Fraktion Stefan Schröder.

(Beifall bei der AfD)

(A) Stefan Schröder (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Herr Lauterbach, wenn Sie über die „demokratischen Fraktionen“ sprechen – Sie, der das Leben Tausender Menschen mit seiner Impfpolitik langfristig zerstört hat –, wenn Sie dann noch die Linken von der Mauermörderpartei, der SED, ansprechen, dann bin ich froh, dass ich nicht dazugehöre. Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Unverschämte! – Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Dann das Zweite. Herr Kollege Körber, Herr Kollege Albani, Sie haben es ja immer so mit „Star Trek“-Vergleichen: Wenn Sie sich mit „Star Trek“ auskennen, dann wissen Sie ja: 2026 hat im „Star Trek“-Universum der Dritte Weltkrieg begonnen. Ihre Politik hat mit der Ukrainepolitik Gutes dazu beigetragen.

(Lachen des Abg. Florian Müller [CDU/CSU] – Florian Müller [CDU/CSU]: Mein Gott! Jetzt kommen wir aber wirklich im Paralleluniversum an!)

Darauf können Sie stolz sein.

(Oliver Kaczmarek [SPD]: Hoffentlich sind Sie bald fertig! – Dr. Ralf Stegner [SPD]: Was ist in Ihrer Kindheit eigentlich schiefgegangen?)

(B) – In meiner Kindheit nicht, in Ihrer vielleicht; aber bei der SPD bin ich voll überzeugt, dass das so ist.

Kommen wir zur Forschung. Das Forschungsministerium finanziert auch „Star Trek“-Spiele: „Star Trek Voyager“, habe ich jetzt gesehen, wird mitfinanziert; sehr interessant. Aber wenn ich mir dann eine Kernaufgabe wie zum Beispiel sichere Energie anschau: In Fusion, eine der Schlüsseltechnologien, wie Sie sagen, investieren wir 0,5 Milliarden Euro, 500 Millionen Euro. Beim Vergleich mit anderen Ländern sieht man: Allein die USA investieren 8 Milliarden Euro in Fusionsprojekte. Was sollen wir dann mit 0,5 Milliarden Euro? Wo soll da der erste Fusionsreaktor auf deutschem Boden herkommen? In Großbritannien wird gerade der erste private Fusionsreaktor gebaut. Die sind schon dran. Bei uns sind es noch Roadmaps – so hat es Herr Albani gesagt –, die entstehen sollen.

(Florian Müller [CDU/CSU]: Das steht im Konzept! Haben Sie da überhaupt mal reingeguckt?)

Wir fabulieren über Roadmaps, woanders wird gebaut. Das ist deutsche Schlüsseltechnologie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Im Forschungshaushalt stehen 22 Milliarden Euro. Und für die Fusionsforschung – ein Randthema; ich habe es gerade gesagt –: kein Fahrplan, kein Kraftwerksziel, keine Koordination mit der Industrie. So verspielt man Zukunft. So verpasst man Märkte.

Frau Kemmer, ich hatte Sie in der letzten Sitzung nach dem Isotop Tritium gefragt. Die interessante Antwort von Ihnen: Gucken Sie in unseren Aktionsplan Fusion; da steht alles drin. – Das habe ich getan. Wissen Sie, wie oft das Wort „Tritium“, eines der wichtigsten Isotope für Kernfusion, in Ihrem Papier vorkommt? Ein Mal.

(Zurufe der Abg. Stephan Albani [CDU/CSU] und Daniel Baldy [SPD])

Und da wird erklärt, was es ist – nicht, wo es herkommt, nicht, wie es verwendet wird. Also, wenn Sie schon damit um sich werfen, sollten Sie Ihr eigenes Positionspapier dazu kennen.

(Beifall bei der AfD)

Dabei wissen wir längst: Fusion hat die Möglichkeit, einen Energieertragsfaktor von über 100 zu erzielen. Die ersten Experimente dazu sind äußerst erfolgversprechend. Sie erzeugt keine CO₂-Emissionen und kein radioaktives Material. Deswegen verstehe ich nicht, warum nur 0,5 Milliarden Euro investiert werden. Wenn es eines Ihrer größten Ziele ist, dann verlange ich auch, dass dort wesentlich mehr eingestellt wird. Aus diesem Grund können wir diesen Entwurf leider nur ablehnen.

Recht vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Und den Schluss in dieser Debatte macht für die Unionsfraktion Adrian Grasse.

(Beifall bei der CDU/CSU – Florian Müller [CDU/CSU]: Als Letztes kommt der Höhepunkt!)

Adrian Grasse (CDU/CSU):

So ist das. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat darf ich die Debatte zum Einzelplan 30 heute abschließen. Forschungspolitik ist Standortpolitik. Sie ist Wirtschaftspolitik, sie ist Sicherheitspolitik, und Forschung ist Gesellschaftspolitik. All das vereint der vorliegende Einzelplan des BMFTR mit klugen, nachhaltigen und sicherheitspolitisch notwendigen Prioritäten; denn gute Forschungspolitik braucht Verlässlichkeit.

Als Koalition ist es uns gelungen, wichtige Schwerpunkte zu setzen. Als zuständiger Berichterstatter möchte ich den Aufbau zweier Kompetenznetzwerke hervorheben: eines für jüdische Gegenwartsforschung und ein zweites für unabhängige Chinawissenschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Beide Initiativen stehen sinnbildlich für das, was moderne Forschungspolitik leisten muss: Orientierung geben, Resilienz schaffen und Freiheit sichern.

Wir erleben in Deutschland einen dramatischen Anstieg antisemitischer Vorfälle, insbesondere seit dem 7. Oktober 2023. Noch immer wird jüdisches Leben in Forschung und Wissenschaft vor allem historisch be-

(C)**(D)**

Adrian Grasse

- (A) trachtet und zu selten als das, was es eigentlich ist: ein lebendiger, vielfältiger Teil unserer Gesellschaft, den wir als große Bereicherung empfinden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Karl Bär [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist der geplante Aufbau eines Kompetenznetzwerks für jüdische Gegenwartsforschung ein längst überfälliger Schritt, für den wir 2 Millionen Euro im kommenden Jahr und weitere 6 Millionen Euro in den Folgejahren bereitstellen.

Meine Damen und Herren, ich habe kürzlich jüdische Studenten getroffen, die mir vom Begegnungsprojekt „Meet a Jew“ des Zentralrats der Juden berichtet haben. Sie haben eindrücklich geschildert, wie Sie in ihrem Alltag neben offenen Anfeindungen Distanz und Ausgrenzung erleben, wie sie aus Selbstschutz die eigene Herkunft und sogar ihren eigenen Vornamen verschweigen. Ich sage hier an dieser Stelle ganz deutlich: Das dürfen wir in Deutschland nicht hinnehmen. Deshalb unterstützen wir als Union dieses Kompetenznetzwerk ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu den unabhängigen Chinawissenschaften. China ist Handelspartner und Wettbewerber, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Forschung. Wir reden viel über technologische Souveränität, über Abhängigkeiten, über wirtschaftliche Risiken. Aber dazu brauchen wir zunächst etwas ganz Grundlegendes: Chinakompetenz. Es mangelt in Deutschland allein an Dolmetschern für die chinesische Sprache. Damit besteht eine Abhängigkeit von chinesischen Übersetzern. Daher müssen wir unsere Chinakompetenz endlich systematisch und koordiniert aufbauen und ausländische Einflussnahmen, wie etwa über die Konfuzius-Institute, abbauen. Das treiben wir voran mit dem Aufbau eines neuen Kompetenznetzwerks, für das im Jahr 2026 zusätzliche 800 000 Euro und in den Folgejahren 5,4 Millionen Euro eingeplant sind.

Beide Netzwerke stehen sinnbildlich für eine Forschungspolitik, die nicht nur Exzellenz fördert, sondern auch gesellschaftliche Verantwortung wahrnimmt. Damit setzen wir auf klare Leitplanken für sichere Forschungs- und Datenzugänge, für Unabhängigkeit und Transparenz und für eine solide, langfristige Finanzierung dieser Netzwerke.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Damit schließe ich jetzt die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 30 – Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Das sind die Unionsfraktion und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle übrigen Fraktionen. Der Einzelplan 30 ist damit angenommen.

Ich rufe jetzt auf den Zusatzpunkt 6:

(C)

Einspruch gegen eine Ordnungsmaßnahme gemäß § 39 der Geschäftsordnung

Das ist der Einspruch gemäß § 39 der Geschäftsordnung des Abgeordneten Martin Reichardt gegen den ihm in der 43. Sitzung erteilten Ordnungsruf. Der Einspruch wurde als Unterrichtung verteilt. Der Bundestag hat über den Einspruch ohne Aussprache zu entscheiden. Ich darf daher gleich zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt für den Einspruch des Abgeordneten Martin Reichardt? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle übrigen Fraktionen. Der Einspruch ist damit zurückgewiesen.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt I.21:

hier: **Einzelplan 32**
Bundesschuld

Drucksache 21/2832

Die Berichterstattung haben die Abgeordneten Christian Haase, Dr. Michael Ependiller, Dr. Thorsten Rudolph, Dr. Sebastian Schäfer und Ines Schwerdtner.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen daher auch gleich zur Abstimmung über den Einzelplan 32 – Bundesschuld – in der Ausschussfassung. Könnten Sie sich bitte während der Abstimmung hinsetzen? Denn sonst kann ich nicht sehen, wer dafür und dagegen stimmt. – Wer stimmt dafür? – Das sind die Unionsfraktion und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die AfD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Der Einzelplan 32 ist damit angenommen. (D)

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt I.22:

hier: **Einzelplan 60**
Allgemeine Finanzverwaltung

Drucksache 21/2060

Die Berichterstattung haben die Abgeordneten Christian Haase, Mechthilde Wittmann, Andreas Mattfeldt, Florian Obner, Dr. Yannick Bury, Dr. Michael Ependiller, Wolfgang Wiehle, Dr. Thorsten Rudolph, Ruppert Stüwe, Bettina Hagedorn, Andreas Schwarz, Dr. Sebastian Schäfer, Lisa Paus, Katrin Uhlig und Ines Schwerdtner.

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 60 – Allgemeine Finanzverwaltung – in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Das sind die Unionsfraktion und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die AfD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Der Einzelplan 60 ist damit angenommen.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt I.23:

hier: **Haushaltsgesetz 2026**

Drucksachen 21/2062, 21/2063

Vizepräsidentin Andrea Lindholz

- (A) Die Berichterstattung für das Haushaltsgesetz 2026 sowie für den Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029 haben die Abgeordneten Christian Haase, Dr. Michael Ependiller, Dr. Thorsten Rudolph, Dr. Sebastian Schäfer und Ines Schwerdtner.

Zu dem Haushaltsgesetz 2026 liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD sowie ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Eine Aussprache in der zweiten Beratung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung in der zweiten Beratung. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 21/2062 und 21/2063, den Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2026 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Änderungsanträge und beginnen mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 21/2986.

(Stephan Brandner [AfD]: Der ist sehr gut!
Super Antrag!)

Wer stimmt für den Änderungsantrag? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle übrigen Fraktionen. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 21/2955. Wer stimmt für den Änderungsantrag? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Unionsfraktion und die SPD. Wer enthält sich? – Das ist die AfD-Fraktion. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(B)

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2026 in der Ausschussfassung. Wer stimmt dafür? – Das sind die Unionsfraktion und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind alle übrigen Fraktionen. Das Haushaltsgesetz 2026 ist damit in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen jetzt zum Finanzplan des Bundes 2025 bis 2029 auf den Drucksachen 21/601 und 21/602. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 21/2064, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind die Unionsfraktion, die AfD-Fraktion, die SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Beschlussempfehlung ist damit angenommen.¹⁾

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt II:

Dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 – HG 2026)**

Drucksachen 21/600, 21/602, 21/2002, 21/2010, 21/2011, 21/2012, 21/2014, 21/2832, 21/2060, 21/2061, 21/2062, 21/2063

¹⁾ Anlage 2

- (C) Zu der dritten Beratung des Haushaltsgesetzes 2026 wurden ein Entschließungsantrag der Fraktion der AfD, zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke eingebracht.

Über das Haushaltsgesetz 2026 stimmen wir später noch namentlich ab.

Für die Aussprache wurde eine Dauer von 90 Minuten vereinbart.

Ich eröffne hiermit die Aussprache. Und der erste Redner in dieser Debatte ist für die AfD-Fraktion Dr. Michael Ependiller.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Michael Ependiller (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und an den Bildschirmen! Die Bürger draußen im Land, die uns diese Woche zugesehen haben, kommen aus dem Kopfschütteln über dieses Parlament nicht mehr heraus.

(Christian Görke [Die Linke]: Genau! Über Ihre Reden!)

Ich habe diese Woche eine Menge Mails und Anrufe in meinem Büro erhalten, wo mich die Leute gefragt haben: Herr Ependiller, warum begreifen die das nicht? Warum begreifen die nicht, was hier passiert? Und warum machen die denn einfach nichts? – Das ist leider sehr zutreffend zusammengefasst.

- (D) Ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir hier auch seit acht Jahren aus dem Kopfschütteln nicht mehr herauskommen.

(Tino Chrupalla [AfD]: So ist es!)

Wenn hier so getan wird, als wären die Probleme, die Deutschland jetzt hat, etwas Neues oder als wäre Putin schuld, dann ist das nichts als Augenwischerei.

(Beifall bei der AfD – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Ach so?)

Denn der wirtschaftliche Abschwung, der sich jetzt zuspitzt, war einer mit Ansage. Dass uns jetzt die sozialen Sicherungssysteme zusammenbrechen, ist ebenfalls ein Zusammenbruch mit Ansage. Und während wir Ihnen hier acht Jahre lang erzählt haben, dass das so passieren wird, haben Sie uns „Nazis“ genannt und sind weiter wie besessen auf den Abgrund zugerast.

Auch diese Woche haben wir das wieder ähnlich erlebt. Alice Weidel und Tino Chrupalla sprechen über Deutschland und darüber, was jetzt dringend notwendig ist. Und Friedrich Merz redet in Floskeln über die Europäische Union und das Ausland. Das Wort „Nazi“, mit dem Sie uns sonst immer beschimpft haben, haben Sie jetzt durch das Wort „Putin-Freunde“ ersetzt – wenig originell und übrigens schon genauso ausgelutscht.

(Beifall bei der AfD – Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Aber ziemlich richtig! – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genauso faktenbasiert! – Zurufe

Dr. Michael Ependiller

- (A) der Abg. Dr. Klaus Wiener [CDU/CSU] und Bettina Hagedorn [SPD])

Sie alle, die Sie hier immer für sich in Anspruch nehmen, Hüter der Demokratie sein zu wollen, sind damit weiterhin ihre fleißigsten Zerstörer.

(Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie weisen das nicht mal zurück!)

Das gilt umso mehr in dieser Woche, in der von Herrn Klingbeil und der SPD über die Grünen und die Linken bis hin zur Union sämtliche Altparteien es wagen, einem Unternehmerverband zu erzählen, mit wem er sprechen darf und mit wem nicht.

(Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man muss sich mal vorstellen, wo wir hier gelandet sind.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ja, die wollen nichts zu tun haben mit Demokratiefeinden! Das ist der Punkt! – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gehen Sie eigentlich noch zu Rossmann?)

Aber so läuft das: Die unbestrittenen Absurditäten von heute sind die akzeptierten Parolen von morgen.

(Beifall bei der AfD)

Dass die Politiker der anderen Parteien die Dreistigkeit haben und es sich erlauben, derartig übergriffig zu werden, liegt daran, dass in der Vergangenheit Politiker wie Bärbel Bas eben nicht ausgelacht und nicht inhaltlich gestellt wurden. Der typische Bürgerliche zeichnet sich nämlich durch höfliche Zurückhaltung aus.

(B)

(Dr. Inge Gräßle [CDU/CSU]: So wie Sie, wa? – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Ependiller!)

Er schaut vielleicht etwas betreten zu Boden, wenn jemand Unsinn erzählt,

(Dr. Hendrik Hoppenstedt [CDU/CSU]: Sie denken jetzt gerade an Herrn Brandner, oder?)

und macht bestenfalls später am Büfett eine kleine Randbemerkung zu seinem Nebenmann in der Warteschlange. Genau so wird der Wahnsinn dann aber salonfähig. Und zack haben Sie eine Wirtschaftspolitik, in der zwei plus zwei gleich fünf ist, und eine Energiepolitik, die mit Physik und Logik nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir Deutschland wieder nach vorne bringen wollen, müssen wir uns alle darauf einstellen, dass das nicht leicht wird und dass es auch nicht bequem wird. Wir werden dieses Land nicht vom Sofa aus retten. Wir werden dieses Land auch nicht bei einem Grillabend mit Freunden retten, wo sich die meisten schon gar nicht mehr trauen, ihre wahre Meinung zu sagen, weil ja einer etwas dagegen haben könnte.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Oh! Mimimi! – Svenja Schulze [SPD]: Was haben Sie denn für Freunde?)

Wir werden dieses Land nur retten, wenn wir richtig hart arbeiten und wieder lernen, nicht bei jedem bisschen Gelärre (C)

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Mimimi-AG ist das heute!)

oder Onlineshitstorms von irgendwelchen Tastaturhelden gleich wieder umzufallen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben nur Meinung und keine Ahnung!)

Wir in der AfD haben das gelernt. Wir haben Harmonie und Ruhe zugunsten der Wahrheit und des Streitens für das, was wir für richtig halten, aufgegeben. Das ist auch notwendig, weil es anders einfach nicht funktioniert.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden mit diesem ganzen politischen Unsinn, der dieses Land und diese Wirtschaft lähmt, Schluss machen.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau! Sie wollen mit der Demokratie Schluss machen!)

Und genau das ist übrigens der Grund, warum vor allem die links-grüne Seite dieses Hauses die Unternehmer jetzt so aggressiv angeht; denn wenn hier die Brandmauer fällt, Frau Paus, dann werden viele Leute uns persönlich kennenlernen und mehrere Feststellungen machen: Erstens. Sie werden feststellen, dass die AfD gar nicht so schlimm ist,

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir kennen Sie doch!)

(D)

und übrigens auch nicht so konzeptlos, wie immer behauptet wird. Und zweitens werden die Leute feststellen, dass wir Lösungen haben, die das Land nach vorne bringen. Und dann ist links tatsächlich vorbei.

(Beifall bei der AfD – Dr. Kirsten Kappert-Gonthier [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann ist unsere Demokratie vorbei! – Stephan Brandner [AfD]: Das wird Zeit!)

Abgesehen von dieser sehr positiven Zukunftsversion will ich mich am Ende meiner Rede und am Ende dieser Haushaltsberatungen noch mal herzlich bei meiner Fraktion und meinen Haushälterkollegen bedanken. Wir haben seit Sommer wirklich hart an unserem Entlastungs- und Sparpaket gearbeitet,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Und viel Unsinn produziert!)

das wir heute mit einem Entschließungsantrag vorstellen; das ist übrigens die Drucksache 21/2908, da kann man gerne mal reinschauen. Wir haben auch in Zukunft noch eine ganze Menge Arbeit vor uns, aber mit euch als Truppe mache ich mir da keine Sorgen, dass das klappen wird. So werden wir das Land dann schon wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

(A) Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich, Herr Kollege Dr. Esendiller, damit hier kein falscher Eindruck entsteht, darauf hinweisen: Egal von welcher Fraktion hier ein Nazivergleich oder die Bezeichnung als Nazi erfolgen würde, sei es von Ihrer Fraktion oder von einer anderen Fraktion, dann würde das von hier oben gerügt werden und wurde auch gerügt. Ich will es also nicht so stehen lassen, dass man hier jemanden als Nazi bezeichnen kann oder Nazivergleiche ungerügt bringen kann. Diesen Eindruck haben Sie mit Ihrer Rede erweckt, und diesen Eindruck will ich hiermit mit Deutlichkeit zurückweisen.

Der nächste Redner in dieser Debatte ist für die SPD-Fraktion Dr. Thorsten Rudolph.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Thorsten Rudolph (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es immer wieder erstaunlich, wie man selbst bei einem so unschuldigen Thema wie dem Haushalt Verschwörungstheorien erzählen kann, aber Ihnen gelingt das problemlos.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Michael Esendiller [AfD]: Was heißt unschuldig? 631 Milliarden sind keine Kleinigkeit, Herr Kollege! – Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(B)

Ich möchte mich zunächst bedanken bei Christian Haase und den Kolleginnen und Kollegen der Union für die gute Zusammenarbeit, bei Dennis Rohde und seinem Team vom BMF für die jederzeit konstruktive Begleitung, bei Lisa Paus, die uns durch die, glaube ich, längste Bereinigungssitzung aller Zeiten geführt hat und natürlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der AG Haushalt für den großartigen Einsatz und die tolle Arbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Ines Schwerdtner [Die Linke])

Besonders bedanken möchte ich mich auch bei den Mitarbeitenden im Ausschussesekretariat, die dort hinten sitzen,

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

in den MdB-Büros und besonders bei meinem Team, der AG Haushalt der SPD-Fraktion. Ohne Ihre, ohne eure Unterstützung wäre das, was wir in den letzten fünf Monaten mit zwei Haushalten geschafft haben, nicht möglich gewesen. Das war eine fantastische Teamleistung.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Mit dem Haushalt 2025, mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität und mit dem Haushalt 2026 haben wir die Grundlage für einen neuen Aufbruch gelegt. Und wir sehen es bereits: Die Konjunktur zieht langsam an,

(Zuruf von der AfD: Wo? Wo?)

(C)

die Stimmung im Land hellt sich langsam auf, und das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit. Genau das sollte uns Ansporn für unsere weitere Arbeit sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn wir auf die Diskussionen dieser Woche zurückblicken, dann ist, glaube ich, eines klar geworden: Wir sind Zeugen eines tiefgreifenden historischen Umbruchs. Sicherheitspolitisch müssen wir uns darauf einstellen, dass die USA nicht mehr wie früher die Sicherheit Europas garantieren. International erleben wir die Rückkehr der Großmachtpolitik. Der Klimawandel verlangt eine tiefgreifende Transformation unserer Wirtschaft. Und unsere Gesellschaft altert, mit allen Folgen, die das für die sozialen Sicherungssysteme hat. Dazu kommen noch die technologischen Entwicklungen: KI, Quantencomputing. Sie stellen uns vor neue, ganz grundlegende Fragen. Dieser komplexen Realität, dieser Welt im Umbruch können wir nur mit Entschlossenheit und Mut begegnen, und wir müssen Sicherheit, Stabilität und Zukunftsfähigkeit für dieses Land bereitstellen. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Jörn König [AfD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Zeiten des geopolitischen, technologischen und gesellschaftlichen Umbruchs setzen wir mit den Zukunftshaushalten 2025 und 2026 ein starkes Signal für den Aufbruch. Wir modernisieren unser Land, wir stärken unsere Wirtschaft, wir übernehmen Verantwortung für Europas Sicherheit, und wir sorgen für den sozialen Zusammenhalt. Das genau ist der Kern unserer sozialdemokratischen Politik: Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb investieren wir erneut 120 Milliarden Euro in Schulen, Brücken, Bahnstrecken, digitale Infrastruktur, Wohnungsbau. Wir hebeln mit dem Deutschlandfonds privates Kapital: für kommunale Energieinfrastruktur, für Start-ups, für eine sichere Rohstoffversorgung. Wir entlasten die Unternehmen mit dem Investitionsbooster, mit Steuersenkungen, mit Strukturreformen und mit Bürokratieabbau.

Deshalb stärken wir die Bundeswehr und stellen im Haushalt 2026 insgesamt 108 Milliarden bereit: für Systeme an Land, in der Luft und zur See, für Weltraumfähigkeiten, Digitalisierung, Bekleidung und Munition. Wir stärken auch die innere Sicherheit, beispielsweise durch den Aufbau einer Drohnenabwehr.

Deshalb setzen wir in diesen unruhigen Zeiten ganz gezielt auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt: mit dem Sanierungsprogramm für Frauenhäuser, Programmen gegen häusliche Gewalt, einem neuen Forschungsprogramm zur Frauengesundheit, der Forschungsdekade zu postinfektiösen Erkrankungen

(D)

Dr. Thorsten Rudolph

(A) (Johannes Schrap [SPD]: Alles wichtige Dinge!)

wie Long Covid, über die wir eben in der Debatte viel gehört haben, der Stärkung des Verbraucherschutzes, der Stärkung der Integrations- und Sprachkurse, der Stärkung der psychosozialen Beratung. Dazu kommt noch die zweite Tranche der Sportmilliarde, ein Sonderprogramm zur Sanierung der kommunalen Schwimmbäder, das Förderprogramm „Deutschland lernt Schwimmen“ und vieles, vieles mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt schafft die Voraussetzungen für Wachstum und Innovationen, er sorgt für Sicherheit, innen wie außen, und eröffnet neue Chancen für ein gerechteres und solidarischeres Land. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik bedeutet eben nicht, nur das kommende Jahr im Blick zu haben, sondern die richtigen Weichen für die nächsten Jahre zu stellen. Genau das tun wir. Ich bin mir sicher, die Menschen werden die Veränderungen Schritt für Schritt spüren, weil wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir sind in den Beratungen tief in die Details eingestiegen; das ging bis zur „Zukunftswerkstatt Schwein“ im Landwirtschaftsetat. Wenn man sich diesen ganzen Haushalt insgesamt anguckt, dann muss man sagen: Das ist die Zukunftswerkstatt Deutschland. 2026 wird ein Jahr des Aufbruchs, und dieser Haushalt legt das Fundament dafür.

(B) Dieser Haushalt ist mehr als eine Zahlentabelle, er ist ein Zukunftsversprechen: für Sicherheit, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Andrea Lindholz:

Die nächste Rednerin in dieser Debatte ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Lisa Paus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was für ein Marathon: zwei Haushalte, neue Regeln wie die Bereichsausnahme für den Bereich Verteidigung, das Sondervermögen, ganze neue Ministerien. Seit der Wahl hat der Haushaltsausschuss de facto durchgetagt, und als amtierende Ausschussvorsitzende möchte ich dafür am Ende dieses Jahres ein ganz, ganz herzliches Dankeschön sagen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der AfD und der Linken)

und das natürlich zuvorderst den Mitarbeitenden des Ausschussesekretariats, die wahrlich Tausende an Vorgängen bearbeitet haben, aber trotzdem immer ansprechbar, immer verlässlich gewesen sind. Danke, Herr Troche und das ganze großartige Team! Danke, danke, danke!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD, der AfD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Mein Dank geht auch an die Ausschussmitglieder, die hier sitzen, an die ganzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dazugehören, und auch an all die Mitarbeitenden in den Ministerien, die das Ganze möglich gemacht haben.

Am Ende waren es 42 Stunden Beratungen in großer Runde, fast immer in guter Atmosphäre und sachorientiert, und dann kamen noch mindestens so viele Stunden bei den Berichterstattergesprächen in den Ministerien dazu. Die Bereinigungssitzung für diesen Haushalt, Herr Rudolph, war nicht die längste, aber sie war mit 16 Stunden definitiv eine, die dieser Kategorie würdig gewesen ist. Sie dauerte am Ende bis um 05:40 Uhr am Freitagmorgen, übrigens genauso lange wie damals beim ersten Ampelhaushalt.

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, genau!)

Das gehört zur Geschichte auch noch mit dazu.

(D) Meine Damen und Herren, wir haben diese Herausforderung als Haushaltsausschuss sehr, sehr gerne gemeistert. Denn faire Verfahren, die Mehrheits- und Minderheitsrechte sichern, ein Streit in der Sache, wie zum Beispiel bei der „Zukunftswerkstatt Schwein“, aber Respekt gegenüber der Person – das sind Grundvoraussetzungen für Vertrauen in den Haushalt und in die Demokratie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber gerade in diesen Zeiten ist es noch mal wichtig, auch das zu betonen.

Gute Verfahren garantieren aber leider noch nicht ein gutes Ergebnis. Da ist es schon bitter, als Mitglied einer Oppositionsfraktion, wie ich es bin, so nah mitverfolgen zu müssen, wie Sie es gemacht haben. Mitzuverfolgen, wie die schwarz-rote Koalition in den vergangenen Monaten Chancen, aus ihren riesigen zusätzlichen Verschuldungsmöglichkeiten, dem größten Haushalt ever, etwas Gutes für unser Land zu machen, Stück für Stück verspielt hat. Mitzuverfolgen, wie die bayerische Regionalpartei CSU zur FDP dieser Koalition wurde,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Oßner [CDU/CSU]: Na, na, na, na, Frau Vorsitzende!)

wie Markus Söder für milliardenteure Wahlgeschenke Wachstum, Zukunft, Generationengerechtigkeit des ganzen Landes verspielt. Mitzuverfolgen, dass die Infrastruktur nicht so erneuert werden kann, wie die Wirtschaft, wie die Städte und Gemeinden, wie wir alle es brauchen, weil wegen der Wahlgeschenke nur die Hälfte

Lisa Paus

- (A) der zusätzlichen Schulden für das Sondervermögen in zusätzliche Investitionen gehen, mitverfolgen zu müssen, wie stattdessen die Klimaziele angezählt werden, aufgehoben werden.

Und die Schulden steigen, statt sich durch wirtschaftliches Wachstum zu refinanzieren, von jetzt gut 60 Prozent auf über 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sachverständigenrat, Bundesbank, alle Wirtschaftsforschungsinstitute sind entsetzt, wie ein Bundeskanzler Merz, der für sich selbst Wirtschaftskompetenz in Anspruch nimmt, so fahrlässig die Wachstumschancen Deutschlands bis 2030 halbiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und als Sahnehäubchen senkt unser Privatpilot und Bundeskanzler Merz die Luftverkehrsteuer, während der Preis für das Deutschlandticket auf 63 Euro pro Monat steigt.

Diese Regierung hätte die Chance gehabt, mit zusätzlichen Investitionen beides zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit von heute und die Zukunftsfähigkeit von morgen. Generationengerecht und klimagerecht, das gehört zusammen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider hat die Regierung diese Chance verspielt. Schade.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

- (B) Für die CDU/CSU-Fraktion darf ich Florian Oßner das Wort erteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Florian Oßner (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem heutigen Haushaltsbeschluss stellen wir unter Beweis: Deutschland ist wieder zurück auf der Weltbühne, ist handlungsfähig – sowohl sicherheits- als auch wirtschaftspolitisch.

(Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und wir beweisen, dass wir die Prioritäten richtig setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deutschland steht vor existenziellen Herausforderungen: Aggressoren und Extremisten testen die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie. Global befinden wir uns in einem intensiven Wettbewerb um Investitionen, um Innovationen und um die klügsten Köpfe. Das alles bedarf einer stabilen Regierung, und diese Regierung aus CDU, CSU und SPD schafft mit diesem Haushalt

(Zuruf des Abg. Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die Voraussetzungen für Stabilität und Ordnung in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C)

Die Welt um uns herum verändert sich gravierend: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Deepfakes und gezielte Desinformation. All das richtet sich auch gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und unseren Lebensstil. Deshalb sage ich hier ganz klar: Ohne Sicherheit gibt es keinen Wohlstand. Ohne Verteidigungsfähigkeit gibt es keinen Frieden. Und ohne Wehrhaftigkeit gibt es keine Freiheit. – Wir müssen wieder in der Lage sein, uns selbst zu schützen – politisch, wirtschaftlich und militärisch. Diesen Kurs setzen wir mit diesem Haushalt konsequent fort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Um Gottes willen! – Dr. Michael Espendiller [AfD]: Sie überschulden uns damit!)

Aber Sicherheit bedeutet nicht nur äußere Verteidigung, sondern auch innere Stabilität und Wehrhaftigkeit. Der Innenetat ist mit 16 Milliarden Euro ein echter Sicherheitshaushalt, der zeigt, dass wir Behörden nicht nur loben, sondern auch ausstatten. Wir investieren in die Bundespolizei, den Verfassungsschutz, den Bundesnachrichtendienst.

(Zuruf der Abg. Dr. Irene Mihalic [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das THW erhält zudem eine massive Verstärkung seines Bauprogramms, über 200 Maßnahmen können dadurch umgesetzt werden. Wir erhöhen die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse. Damit stärken wir auch unsere Kommunen, die überall im Land auf verlässliche Einsatzstrukturen angewiesen sind. Unser Bundesminister Alexander Dobrindt macht hier eine richtig formidable Arbeit.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir senken die Stromkosten; in vier Jahren sind das über 26 Milliarden Euro Entlastung für Mittelstand, Handwerk, Industrie und private Haushalte. Und mit dem Deutschlandfonds schaffen wir ein zukunftsorientiertes Wachstumsprogramm. Wir stärken Rohstoffketten und hebeln damit auch privates Kapital für neue Technologien. Das ist Zukunftspolitik par excellence für Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Hightech Agenda gibt unserem Land einen Innovationsschub, den es dringend braucht. Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, Fusionstechnologien, „Zukunftswerkstatt Schwein“ – überall investieren wir gezielt in Spitzenforschung und machen Deutschland wieder zu einem globalen Technologiestandort ersten Ranges. Das sollte auch unser Anspruch sein, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Florian Oßner

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der Linken: Wie wäre es mal mit der Wirklichkeit?)

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht auch moderne Verkehrswege. Straßen, Brücken, Schienen, Wasserwege, das sind die Lebensadern unserer Volkswirtschaft. Wir erhöhen die Pendlerpauschale; davon profitiert jeder, der arbeiten geht.

(Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Umverteilung von unten nach oben!)

Wir beschleunigen zudem Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das ist ein Gamechanger, der den jahrzehntelangen Investitionsstau endlich auflösen kann.

(Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pendlerpauschale löst nicht den Investitionsstau!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, keine Frage: Wir haben auch noch eine wichtige Aufgabe vor uns: die notwendige Sozialstaatsreform. Denn neben den wichtigen, jetzt genannten Investitionen müssen wir auch verzichtbare Ausgaben am Ende einsparen. Dieser Haushalt ist aber erst mal ein Signal an unsere Bürgerinnen und Bürger, an all diejenigen, die Verantwortung tragen, die arbeiten, die dieses Land jeden Tag am Laufen halten. Wir verstehen die oft hohe Erwartungshaltung. Wir machen mit diesem Haushalt den Staat wieder funktionsfähig, wir machen ihn verlässlich, und wir machen ihn ein Stück weit stärker.

- (B) (Dr. Michael Ependiller [AfD]: Sie machen ihn pleite!)

Deshalb möchte ich mich am Ende dieser Haushaltsberatungen den Dankesbezeugungen meiner Vorredner anschließen und von ganzem Herzen Danke sagen an alle Haushälter, an deren Mitarbeiter, die viel Arbeit gehabt haben, die Ministerien, alle Fachressorts und nicht zuletzt an das großartige Team des Ausschussessekretariats. Sie haben formidable Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der AfD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Wir verabschieden heute den Haushalt 2026. Er steht für ein Deutschland, das Verantwortung übernimmt, ein Deutschland, das nach vorne schaut, und ein Deutschland, das den Menschen wieder Mut macht.

Herzliches „Vergelts Gott!“ fürs Zuhören!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die Fraktion Die Linke darf ich Ines Schwerdtner das Wort erteilen.

(Beifall bei der Linken)

Ines Schwerdtner (Die Linke):

Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherguppen! Bevor wir hier über Milli-

arden sprechen, will ich von einem Gespräch erzählen: (C) Eine alleinerziehende Mutter sitzt in meiner Sozialsprechstunde in Lichtenberg und beginnt, zu weinen; es geht um die Krankenkassenbeiträge. Ein anderer Mann erzählt zitternd vom Jobcenter und seiner Angst vor den Sanktionen, weil er psychisch krank ist. Dieser Haushalt entscheidet über genau diese alltägliche Angst. Er entscheidet darüber, ob eine Mutter die kaputte Waschmaschine ersetzen kann, ob es an Weihnachten noch für ein Geschenk für die Kinder reicht.

Wir reden hier immer von „Haushalt“, als wäre das ein technisches Dokument. Aber das ist es nicht. Ein Haushalt ist ein moralischer Text. Er zeigt, wessen Leben Priorität hat und wessen Leben als nachrangig behandelt wird. Und er ist zutiefst politisch. Jede einzelne Zeile ist eine Entscheidung darüber, wem wir Sicherheit geben und wen wir im Regen stehen lassen.

Und schauen wir uns ehrlich an, was in diesem Land als unantastbar gilt: Milliarden für Panzer und neue Rüstungsprogramme, großzügige Steuererleichterungen für Konzerne, Steuerprivilegien für die Superreichen. Und was gilt als verhandelbar? Die Bildung unserer Kinder, die Infrastruktur unserer Kommunen, Pflege, Wohnen – die Grundlagen eines würdevollen Lebens. Ihr Haushalt zeigt nicht, was Sie sich leisten können – er zeigt, was Sie sich leisten wollen.

(Beifall bei der Linken)

Und er zeigt vor allem, wen Sie bereit sind zu opfern. Und wenn wir verstehen wollen, warum diese Prioritäten so gesetzt werden, dann müssen wir uns anschauen, wie dieser Haushalt zustande kommt – in der finalen Haushaltssitzung zum Beispiel: Sie findet dann statt, wenn die meisten Menschen in diesem Land schlafen oder schon wieder aufstehen müssen, um ihre Schicht zu beginnen.

An dieser Stelle möchte ich mich wie die anderen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich die Nacht und viele Tage davor mit diesem Haushalt rumgeschlagen haben, herzlich bedanken. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine folgende Kritik richtet sich ausdrücklich nicht an sie, sondern an Sie, die Koalition. Sie drücken knapp 525 Milliarden Euro in einer Nacht durch – und tun so, als wäre das normal. Nachts um vier, wenn niemand mehr richtig versteht, worüber wir überhaupt entscheiden; alle müde.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Ich war nie müde!)

Aber genau das ist der Punkt: Es ist eine Machtdemonstration. Sie zeigen, dass Sie es können – und dass die Öffentlichkeit draußen bleiben soll. Und mitten in dieser Sitzung kommt dann plötzlich ein neuer Antrag im Etat des Bundeskanzleramts, beim Kulturstatsminister Weimer. Perfektes Timing für Dinge, die keiner merken soll. Im Kleingedruckten stehen dann 2 Millionen Euro für ein Künstlerdorf in Schöppingen. Nicht irgendeins, sondern genau im Wahlkreis von Jens Spahn.

(D)

Ines Schwerdtner

- (A) (Heidi Reichinnek [Die Linke]: Nein! – Sören Pellmann [Die Linke]: Alles Zufall! – Weitere Zurufe von der Linken)

Ein Projekt, das von der früheren Staatsministerin und CDU-Parteigröße Monika Grütters geführt wird,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Und, haben Sie zugestimmt?)

also ein Paradebeispiel für funktionierende CDU-Netzwerke. So ein Zufall! Dieselben Netzwerke, die Millionen für Prestigeprojekte finden, aber nicht für die „Zukunftswerkstatt Schwein“. Liebe geht raus an mein Patenschwein Borsti!

(Beifall bei der Linken sowie der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heidi Reichinnek [Die Linke]: „Borsti“! – Tino Chrupalla [AfD]: Das essen wir auch noch!)

Damit eins klar ist – ich will nicht für Missverständnisse sorgen –: Wir sind nicht gegen Kultur, wir sind auch nicht gegen dieses Kulturprojekt.

(Dr. Thorsten Rudolph [SPD]: Nachmittags um 16 Uhr beraten! Falsche Geschichte!)

Im Gegenteil: Kunst braucht Förderung, und dafür setzen wir uns ein. Aber ich sage Ihnen, was mich daran stört. Mich stört, dass Sie hier von Verantwortung sprechen und dann so eine Nummer abziehen.

(Dr. Thorsten Rudolph [SPD]: 16 Uhr nachmittags!)

- (B) – Ja, die Sitzung hat begonnen, und der Antrag kam rein. Wir können das gerne alle noch mal nachprüfen.

(Dr. Thorsten Rudolph [SPD]: Um 16 Uhr, nicht mitten in der Nacht, wie Sie erzählt haben! Falsche Geschichte! Fake News!)

– Ja, und trotzdem kam der Antrag, nachdem die Sitzung bereits begonnen hatte. Es war keine Zeit mehr, überhaupt die Anträge zu lesen.

Letzte Woche war ich in Karlsruhe. Die Stadt muss die nächsten beiden Jahre jeweils 80 Millionen Euro kürzen. Von dem als Wundermittel angepriesenen Sondervermögen kommt dort – Überraschung! – gar nichts an. Die Stadt kürzt an allen Ecken und Enden und schließt 80 Spielplätze, um 5 000 Euro pro Jahr zu sparen. Das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen: 80 Spielplätze werden in den nächsten Jahren dichtgemacht, weil sie nicht gewartet werden können, um 5 000 Euro zu sparen. Und wir schieben an einem Nachmittag 2 Millionen Euro mal spontan über den Tisch, weil es jemand von der CDU so wollte. Das erklären Sie mal den Familien in Karlsruhe!

(Beifall bei der Linken)

Es sind genau diese Momente, in denen die Menschen das Vertrauen verlieren – weil es so aussieht, als gäbe es zwei Klassen von politischen Vorhaben: die der Menschen mit Einfluss und die der Mehrheit. Und dann stellen Sie, Herr Spahn – Sie sind jetzt nicht hier; ich sage es trotzdem –, sich in der Generaldebatte hierhin und reden von Verantwortungsethik gegenüber dem Land. Aber was

heißt das in der Praxis? Übernehmen Sie Verantwortung für die Milliarden, die Sie mit Ihren Maskendeals versenkt haben? Ausgerechnet Sie? (C)

(Beifall der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage von Bündnis 90/Die Grünen zulassen?

Ines Schwerdtner (Die Linke):

Ja.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Da ist auch noch eine aus der AfD!)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Und es gibt eine zweite Nachfrage aus der AfD. Erst mal Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Sebastian Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ist Ihnen bekannt, dass Baden-Württemberg einen sehr kommunalfreundlichen Übertrag bei den Mitteln des Sondervermögens beschlossen hat und die Stadt Karlsruhe 204 Millionen Euro vom Land erhält? Es gab ja leider keine Zusätzlichkeitsvoraussetzungen, und es gab auch keine Mindestquote; aber Baden-Württemberg übergibt fast 70 Prozent der Mittel unmittelbar an die Kommunen. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der Linken)

Ines Schwerdtner (Die Linke):

Vielen Dank für die Nachfrage, Herr Kollege. – Das ist mir wohl bekannt.

(Dr. Inge Gräßle [CDU/CSU]: Sie waren gerade so schön in Fahrt!)

Trotzdem: Ich war gerade in Karlsruhe, wo die drei Gemeinderäte der Linken davon berichteten, wie in der Gemeinderatssitzung genau dieser Kürzungshaushalt jetzt beschlossen wird. Wann das Geld genau ankommt, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Ich weiß aber, dass es eine große Bewegung, eine Demonstration gegen diesen Kürzungshaushalt gibt. Ich hoffe, dass es wieder zurückgenommen wird. Ich hoffe, dass die Menschen auf die Straße gehen, um zu zeigen: Diese Spielplätze könnt ihr nicht haben.

Das Sondervermögen muss bei den Menschen ankommen; das haben wir immer gesagt. Trotzdem ist es falsch, das zu verschweigen.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Frau Abgeordnete, es gab eine zweite Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion.

(A) **Ines Schwerdtner** (Die Linke):
Ja, bitte.

(Zuruf von der AfD: Respekt!)

Maximilian Kneller (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. Frau Schwerdtner, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben viel über Haushalt und über Moral gesprochen. Am Wochenende kommt es jetzt zu einer besonders amoralischen Belastung des Bundeshaushaltes,

(Zuruf von der Linken)

unter anderem auch durch einen Großeinsatz der Bundespolizei in Gießen, da sie dort kriegsähnliche Zustände erwartet.

(Lachen bei Abgeordneten der Linken – Zurufe von der Linken)

– Das finden Sie vielleicht witzig.

(Sören Pellmann [Die Linke]: Trennt euch doch von den Faschisten!)

Die Leute wurden aufgefordert, Sonderblutkonserven zu spenden, und es wurden Sonderintensivbetten aufgebaut, weil man eben kriegsähnliche Zustände erwartet. Die Stadt wird komplett abgeriegelt. Hotelbetriebe, generell Betriebe, stellen ihren Betrieb ein und rammeln ihre Fensterscheiben zu.

Ihre Fraktion hat diese Woche mehrfach dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen.

(B)

(Beifall bei der Linken – Sören Pellmann [Die Linke]: Zu Recht! Zu Recht! – Peter Boehringer [AfD]: Wahnsinn!)

Sie ruft auch regelmäßig „Alerta, alerta Antifacista!“. Ich will Ihnen aber jetzt hier noch mal die Gelegenheit geben, sich ganz eindeutig von Gewalt und auch von Gewalt gegen Polizisten zu distanzieren –

(Zurufe von der SPD und der Linken)

das schaffen Ihre Fraktionskollegen nicht immer –, um auch an dieser Stelle den Bundeshaushalt zu schonen, der dadurch, dass Ihre Freunde dahin fahren und sich wahrscheinlich nicht an die Anweisungen der Polizei halten, wieder sehr stark belastet werden wird.

(Zurufe von der SPD und der Linken)

Deswegen gebe ich Ihnen hier die Chance, den Haushalt insofern zu entlasten, als Sie Ihre Freunde dazu aufrufen, sich am Wochenende friedlich zu verhalten. Und da wollte ich Sie fragen, ob Sie das tun würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und der Linken)

Ines Schwerdtner (Die Linke):

Das hat zwar jetzt unmittelbar nichts mit diesem Haushalt zu tun,

(Zurufe der Abg. Stephan Brandner [AfD] und Dr. Michael Ependiller [AfD])

trotzdem möchte ich gerne antworten, dass es das Recht ist, friedlich zu demonstrieren, friedlich zu protestieren gegen die Gründung eines Jugendverbandes einer Partei, von der Teile als gesichert rechtsextrem gelten.

(Beifall bei der Linken, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch dieser Jugendverband wird vermutlich genauso viel menschenverachtendes, genauso viel schreckliches und genauso viel gewaltbereites Potenzial haben wie der Jugendverband davor. Deswegen finde ich es richtig, dagegen zu protestieren.

(Beifall bei der Linken sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Carsten Brodessa [CDU/CSU])

Ich fahre fort. Wenn Sie hier also gemeinsam Haushalte beschließen, die die Mehrheit verunsichern, dann stärken Sie damit am Ende genau jene Kräfte, von denen Sie behaupten, sie aufhalten zu wollen. Wer immer nur unten kürzt und die Reichen verschont, baut keine Brandmauer gegen rechts, er baut eine Startrampe. Für die Mutter in meiner Sozialsprechstunde ist es nämlich egal, ob die Kürzung bei der Sozialarbeit von Herrn Merz oder von Herrn Klingbeil kommt. Für die Gemeinde ist auch egal, welche Parteifarbe im Kanzleramt hängt, wenn sie am Ende denselben Kürzungsbrief aus Berlin bekommt.

Ja, es ist richtig und notwendig, der AfD und ihrem Menschenhass, auch bei ihrem Jugendverband, klar entgegenzutreten. Aber Demokratie sollte mehr sein, als gegen die AfD zu sein.

(D)

(Stephan Brandner [AfD]: Ja, da haben Sie recht! – Zuruf des Abg. Dr. Michael Ependiller [AfD])

Echte Demokratie heißt: Die Prioritäten der Mehrheit stehen an erster Stelle, die Prioritäten der Menschen, die jeden Tag den Reichtum dieses Landes schaffen,

(Beifall bei der Linken)

und nicht die Sonderinteressen Ihrer gierigen reichen Freunde, die die politische Macht in ihren Händen konzentrieren.

(Beifall bei der Linken)

Wenn Ihnen eine funktionierende Demokratie wirklich wichtig wäre, dann würden wir nicht um drei Uhr morgens über Dinge entscheiden, die Millionen Menschen betreffen. Dann würden wir solche Sitzungen öffentlich abhalten, vor den Augen der Menschen, die am Ende die Rechnung bezahlen müssen.

(Zuruf der Abg. Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann würden diese Menschen mitentscheiden.

(Beifall bei der Linken – Zuruf der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Echte Verantwortung würde heißen, die Milliardäre in die Pflicht zu nehmen, eine Vermögensteuer einzuführen, Rekordgewinne der Rüstungskonzerne richtig zu besteuern, große Erbschaften endlich anzutasten. Echte Verantwortung heißt, nicht Hunderte Milliarden in Aufrüstung

Ines Schwerdtner

- (A) zu stecken, während unsere Nachbarn aus ihren Wohnungen gedrängt werden. Echte Verantwortung heißt, dieses Geld in das zu investieren, was ein Land wirklich trägt: bezahlbaren Wohnraum, gute Schulen, funktionierende Kitas, Pflege und starke Kommunen. Dafür steht Die Linke.

(Beifall bei der Linken)

Ich bin nicht in dieses Parlament gewählt worden, um brav eine Schuldenbremse zu verwalten, die das Leben der Menschen härter macht. Ich bin hier, weil Millionen jeden Monat an ihre Grenzen stoßen – an die Grenzen ihres Kontostands, ihrer Zeit, ihrer Kraft und ihrer Geduld. Ich habe mein Mandat nicht von den Immobilienkonzernen.

(Florian Oßner [CDU/CSU]: Mein Gott!)

Ich habe es von Menschen, die jeden Tag ehrlich kämpfen. Und genau dieses Mandat verpflichtet mich, klar zu sagen, was so viele hier bereits wissen: Dieses Land ist reich genug – reich genug, dass niemand Angst haben müsste, reich genug, dass niemand zwischen Miete, Essen und Heizung wählen müsste, reich genug, dass niemand drei Jobs braucht, um über die Runden zu kommen.

(Zuruf von der AfD)

Die Wahrheit ist: Es fehlt nicht an Geld. Es fehlt am Willen, nach oben zu greifen und nicht weiter nach unten zu treten.

(Beifall bei der Linken – Zuruf von der Linken:
Hört! Hört!)

- (B) Genau deshalb sage ich Ihnen ohne Umschweife: Auf welcher Seite Sie, Herr Merz, Herr Klingbeil, und alle anderen tatsächlich stehen, erkennt man nicht an dem, was Sie hier sagen, sondern an dem, was Sie hier beschließen.

(Dr. Inge Gräßle [CDU/CSU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Und wenn wir darüber reden, auf wessen Seite Sie stehen, dann schauen wir uns doch auch mal die Parteitage von Ihnen allen an. CDU, CSU, SPD und Grüne – bei Ihnen sieht man auf den ersten Blick, wie Sie die Demokratie verstehen. Denn bei Ihnen entscheidet nicht, wer am meisten von Politik betroffen ist. Bei Ihnen entscheidet, wer am meisten zahlt. Sie lassen sich vom reichsten Deutschen, dem Milliardär Schwarz, sponsern –

(Widerspruch der Abg. Bettina Hagedorn [SPD] – Zurufe von der CDU/CSU)

einem Mann, der mehr besitzt als 5 Millionen Menschen in diesem Land zusammen. Sie lassen sich von Amazon, von der Deutschen Bank, Bayer, Energiekonzernen und der Auto- und Immobilienlobby gleich ganze Parteitage schmücken.

(Zuruf des Abg. Florian Oßner [CDU/CSU])

Das ist ein politisches System, in dem Geld mehr Gewicht hat als demokratische Stimmen. Und das sieht man an Ihrer Politik.

(Beifall bei der Linken – Widerspruch bei der SPD)

- (C) Genau deshalb nehmen wir keine Unternehmensspenden an. Wer vom reichsten Mann Deutschlands finanziert wird, der macht keine Politik für die alleinerziehende Mutter in Lichtenberg, sondern für diejenigen, die an ihr verdienen.

Und genau deshalb ist Ihr Gerede von funktionsfähiger Demokratie so hohl; denn in Wahrheit fürchten Sie sich vor echter Demokratie. Sie fürchten sich vor einer Demokratie, in der die Menschen selbst entscheiden, wohin das Geld geht. Und wenn diese Mehrheit ihre eigene Stärke nutzt, dann ist sie mächtiger als Ihre Netzwerke und Ihre Geldgeber. Dann holen sich die Menschen das zurück, was ihnen zusteht: ihre Zeit, ihre Löhne, ihre Wohnung und ihre Demokratie.

(Stephan Brandner [AfD]: Hört sich wie Klassenkampf an!)

Und genau davor sollten Sie Angst haben.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die Bundesregierung darf ich dem Bundesminister der Finanzen Lars Klingbeil das Wort erteilen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Lars Klingbeil, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich diese Schlussrunde zum Haushalt 2026 nutzen, um auch ein paar Dinge zum Koalitionsausschuss zu sagen, der von gestern Abend bis heute Nacht getagt hat und weitreichende Entscheidungen getroffen hat, die gut für unser Land sind. Ich möchte auf ein paar Dinge noch mal eingehen, weil sie unmittelbar auch mit dem zu tun haben, was wir uns mit dem Haushalt vorgenommen haben: dass wir unser Land auf Wachstumskurs bringen, dass wir Arbeitsplätze in diesem Land sichern und unser Land voranbringen.

Ein wichtiges Ergebnis dieses Koalitionsausschusses ist es, dass wir einen Konflikt beendet haben, den es seit Jahren in diesem Land gibt, und zwar um die Frage: Wie geht es weiter in der Automobilindustrie, wie geht es weiter mit der Elektromobilität? Ich will das hier für mich sehr deutlich sagen, und das hat auch unsere Gespräche immer geprägt: Wir haben in den Mittelpunkt die Interessen der Beschäftigten in der Automobilbranche gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Es ist wichtig, dass Menschen, die die große Sorge haben, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen in der Industrie,

(Peter Boehringer [AfD]: Ja, Ihre geänderten Rahmenbedingungen! – Stephan Brandner [AfD]: Aufgrund Ihrer desaströsen Politik von der SPD, Herr Klingbeil!)

dennoch die Sicherheit haben und wissen: Diese Bundesregierung setzt sich ein. Trotzdem – das will ich hier betonen – war für uns immer klar: Die Klimaschutzziele gelten. Wir lassen nicht zu, dass Industrie und Klima gegeneinander ausgespielt werden.

Bundesminister Lars Klingbeil

(A) (Zuruf des Abg. Tino Chrupalla [AfD])

Für uns ist aber auch klar: Dekarbonisierung heißt nicht Deindustrialisierung.

(Stephan Brandner [AfD]: Sondern?)

Wir kämpfen hier in Deutschland um jeden Industriearbeitsplatz.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Nicht besonders erfolgreich!)

Und das haben wir mit den Beschlüssen von heute Nacht deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Und das zweite Ergebnis: Im Rahmen eines Paketes für die Automobilindustrie haben wir auch beschlossen, wie künftig die Förderung in der Elektromobilität aussehen kann. 3 Milliarden Euro nehmen wir in die Hand, um gerade kleine und mittlere Einkommen an die Elektromobilität heranzuführen. Das ist unter Gerechtigkeitsaspekten wichtig; das ist aber auch wichtig, um die Automobilindustrie zu stärken. Und wenn wir dann heute Nacht noch eine Einigung erzielt haben hinsichtlich der Verlängerung der Kurzarbeitsregelungen, dann sage ich auch: Das ist für viele Industrieunternehmen in der Phase der Transformation ein wichtiges Signal.

(Stephan Brandner [AfD]: Wohin transformieren Sie denn? – Zuruf des Abg. Dr. Michael Ependiller [AfD])

(B) Wir wollen sichere Arbeitsplätze; aber wir wissen auch, wie Zölle, wie Protektionismus in China gerade zu großer Unsicherheiten führen.

Deswegen ist es richtig, dass wir diese Beschlüsse heute Nacht für unser Land und für die Menschen in diesem Land gefasst haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich auch etwas zur Rente sagen. Wir alle in der Koalition sind uns bewusst, dass das nächste Jahr eines wird, in der wir viele Entscheidungen zu treffen haben.

(Zuruf von der AfD: Fehlentscheidungen!)

Es geht um die Staatsmodernisierung. Es geht um die Tragfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme, es geht auch um den Haushalt 2027, der uns vor Herausforderungen stellen wird. In all diesen drei Bereichen haben wir Reformbedarf. Wichtig ist aber das klare Signal an die Menschen in unserem Land, dass die Rente tragfähig ist. Das will ich hier auch angesichts der Debatten der letzten Wochen sagen, dass mir manchmal zu viel über Konflikte und über Prozesse und zu wenig über die Menschen geredet wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Ihnen das zu viel ist, ist klar!)

Wenn wir sehen, dass die Durchschnittsrente bei 1 400 Euro liegt, dass Frauen eine Durchschnittsrente von 980 Euro haben,

(Zuruf des Abg. Stephan Brandner [AfD])

(C) dass es bei den älteren Menschen in Ostdeutschland 74 Prozent der Menschen gibt, die nur die gesetzliche Rente haben, dann zeigt das doch, wie wichtig es ist, dass es Stabilität im Rentensystem gibt. Das zeigt es doch!

(Beifall bei der SPD)

Manchmal wundere ich mich über Kommentare und über so manche Talkshows, bei denen ich den Eindruck habe, dass es der Person, die da sitzt, vielleicht egal ist, ob man 400 Euro mehr oder weniger Rente hat. Aber das ist nicht die Lebensrealität von so vielen Menschen in diesem Land. Deswegen ist es richtig, dass diese Koalition deutlich sagt: Wir stehen zu den Beschlüssen in der Rentenpolitik. Wir sorgen für stabile Renten. Und dafür haben wir den Weg heute im Koalitionsausschuss geebnet, und dafür sage ich ein großes Dankeschön.

(Beifall bei der SPD – Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das denn die Mehrheit?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt hat erneut Rekordinvestitionen. Wichtig ist aber auch, dass jetzt die Investitionen schnell fließen, dass wir Tempo machen, dass wir Bürokratie runterfahren, dass wir Genehmigungen hochfahren und dass wir dafür sorgen, dass die Rekordinvestitionen, dass die Milliarden in unserem Land verbaut werden.

(D) Ich will allen ein großes Dankeschön sagen, die bei zwei Haushalten, 2025 und 2026, mitgewirkt haben: die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, hier im Bundestag, im Haushaltsausschuss, in den Regierungsfractionen, in den Ministerien. Vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen will ich erwähnen, die teilweise keine Sommerpause hatten, die rund um die Uhr gearbeitet haben und die gezeigt haben, dass wir in der Politik handlungsfähig sind. Dafür ein großes Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich will mich bei Herrn Haase und bei Thorsten Rudolph, den zuständigen Sprechern, bedanken für das gute Miteinander. Ich bin manchmal dann auch beeindruckt, wie sehr in die Tiefe gegangen wird: Von A wie „Abgabenordnung“ bis Z wie „Zukunftswerkstatt Schwein“ werden dort die wildesten Themen miteinander diskutiert im Haushaltsausschuss. Dafür meinen größten Respekt und die Anerkennung. Ich bin dankbar für die gute Zusammenarbeit. Wir bringen Deutschland gemeinsam voran.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die AfD-Fraktion darf ich Peter Boehringer das Wort erteilen.

(Beifall bei der AfD)

Peter Boehringer (AfD):

Herr Präsident! Der Haushalt 2026 ist geprägt von Buchungstricks, der massenhaften Verschiebung von

Peter Boehringer

- (A) Kernaufgaben des Bundes in schuldenfinanzierte Sondervermögen. Die Verschuldung des Bundes beträgt nun sagenhafte 183 Milliarden Euro; das entspricht einer Verschuldungsquote von fast 30 Prozent. Ein bislang völlig undenkbarer Wert!

Die Finanzlücke ab 2027 ist noch gewaltiger. Es bräuchte utopische 8 Prozent Wachstum, Herr Klingbeil, um sie zu schließen. Doch man kann mit schuldenfinanzierten Staatssubventionen kein gesundes und nachhaltiges Wachstum erkaufen.

(Beifall bei der AfD)

Die Wirtschaftsministerin verbreitet dazu lyrische Durchhalteparolen:

„[...] wenn wir Ballast abwerfen, uns öffnen für neue Technologien, unsere Energieversorgung optimieren, bereit sind, mehr zu leisten und die Zähne zusammenzubeißen, und auf ein starkes Team Europa setzen, hat Deutschland alle Chancen auf [...] Zukunft.“

Wow!

Kommen wir zurück vom Märchen zur Realität. Die Schuldenorgie finanziert riesige Waffenkäufe für fremde Staaten. Ganz aktuell, heute Vormittag im EU-Ausschuss besprochen, sind etwa absurde zusätzliche 140 Milliarden Euro über die EU für die Ukraine im Gespräch. Also einfach mal so ein Betrag, Herr Klingbeil, der größer wäre als unser Zuschuss zur Rentenversicherung, der bislang größten Haushaltsposition, für einen Krieg, der längst beendet gehört!

(B)

(Beifall bei der AfD)

Am 25. Februar 2021 sagte ich hier anlässlich des ersten EU-Schuldensündenfalls: Es

„soll dieser Wahnsinn [...] dauerhaft gemacht werden. [...]

Es geht um eine Veränderung des Charakters der EU hin zu einem [...] Staat. Über den Umweg ‚EU-Verschuldung‘ bekommt die EU ein [...] [faktisches] Besteuerungsrecht in Form des Zugriffs auf Steuerressourcen [...] [der] Mitgliedstaaten, deren Parlamente dann [...] keine Mitsprache mehr haben werden über die jahrzehntelang zu tilgenden EU-Kredite. Der [...] Vorschlag“

– sagte ich damals –

„präjudiziert einen illegalen Zustand eines EU-Staats mit eigenem Megabudget.“

(Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Bettina Hagedorn [SPD])

Die EU ist aber nach höchster Rechtsprechung kein Staat, und sie darf ohne Volksabstimmung über eine Aufgabe der deutschen Staatlichkeit auch niemals einer werden.

(Beifall bei der AfD)

Herr Oßner, weil Sie gerade von der FdGO gesprochen haben: Hier wird der Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung tatsächlich verlassen. Inzwischen macht die EU die einmalige Ausnahme – die einmalige Ausnahme! – wegen der „Jahrhundertpandemie“ Corona zur Regel. Immer mehr EU-Visionen sollen auf Pump finanziert werden: die Ukrainekriegskredite, Catalyst, wie ein Programm heißt, Krisenmechanismus – alles EU-Schuldenprogramme über Hunderte Milliarden Euro, behaftet durch die deutschen Bürger. Alles vertragswidrig und ökonomisch fatal! Sogar das regierungsnahe „Handelsblatt“ schreibt, dass die Kommission „immer mehr wie ein souveräner Staat“ agiere.

(C)

Wenn Geld supranational kreditgeschöpft wird und Strukturen in Brüssel zentralisiert werden, dann wird aber die EU immer mächtiger. Inzwischen will die ungewählte Ursula von der Leyen gar einen eigenen Geheimdienst bei sich ansiedeln.

Die EU beansprucht immer mehr Gestaltungskompetenz, auch in nicht vergemeinschafteten Politikbereichen – aktuell sehr stark in der Außen- und Verteidigungspolitik und gerne auch extraterritorial, etwa in der Ukraine. Und: Die EU ignoriert geltendes Recht auch bei der illegalen Masseneinwanderung. Sie sitzt in Sachen Rechtsstaatlichkeit im Glashaus.

(Beifall bei der AfD)

Die Maastricht-Kriterien sind zwar weiterhin in Kraft, sie werden aber permanent von Dutzenden Ländern gebrochen. Heute verletzen 16 der 25 Euromitgliedstaaten die Gesamtschuldenobergrenze und eine ganze Reihe auch das jährliche Defizitkriterium, darunter Frankreich mit gewaltigen 6 Prozent. Konsequenzen: überhaupt keine. Das ist das Recht in der EU.

(D)

Auch in der Erweiterungspolitik verletzt die EU ständig die rechtsgültigen Kopenhagener Kriterien. Ohne jede Rücksicht auf wirtschaftliche und juristische Voraussetzungen eröffnet Brüssel mit Hochdruck Erweiterungsgespräche mit den Armenhäusern Albanien, Moldawien, Kosovo oder mit Bürgerkriegsländern wie Bosnien-Herzegowina und sogar mit Kriegsbeteiligten wie der Ukraine. All das regelmäßig auf Basis von Datenmanipulation und von nirgendwo kodifizierten geostrategischen Kriterien.

Nicht zuletzt: der Brüsseler Plansozialismus. Die EU-devoten Kleinparteien Rot, Grün und Schwarz bringen das alte Moskauer Sowjetsystem über Brüssel zu uns.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die CDU/CSU-Fraktion darf ich Jan Metzler das Wort erteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jan Metzler (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zweite Bundeshaushalt in der Abschlussrunde nach acht Wochen ist Ausdruck einer bewegenden Zeit. Es ist auch eine Art

Jan Metzler

- (A) Novum. Der Bundeshaushalt im Jahr 2026 hat ein Gesamtvolumen von 524 Milliarden Euro. Die Investitionsquote liegt bei 20 Prozent und ist im Vergleich zu den Jahren zuvor doppelt so hoch. Eine Bereinigungssitzung hat das Ganze in der Grundlage finalisiert: 15,5 Stunden, 1 000 Deckblätter, 750 Änderungsanträge. Deswegen ist es mir an dieser Stelle ein Wichtiges, stellvertretend all denjenigen Danke zu sagen, die das gemeinsame Fundament gelegt haben, und zwar unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bundeshaushalt gibt Halt in diesen bewegenden Zeiten. Er trägt diesen bewegenden Zeiten Rechnung. Er tut es in einem breiten Spektrum einzelner Maßnahmen. Ich möchte drei Aspekte herausgreifen.

Im Bereich Verteidigung gilt für uns: Wir müssen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen. Deswegen ist all das, was wir für die Bundeswehr bei Ausrüstung tun, ein wichtiger Bestandteil dahin gehend, dass wir die Sicherheit unseres Landes gemeinschaftlich mit unseren Partnerinnen und Partnern wirksam verteidigen können. Es geht aber über diesen Aspekt der grundsätzlichen Ausrüstung hinaus. Ich bin froh, dass man Aspekte wie beispielsweise Drohnenabwehr, aber auch die Verteidigung im Cyberraum aufgegriffen hat. Auch das trägt dieser veränderten Zeit Rechnung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Ein zweiter Aspekt, der mir ein Herzensthema ist, wie vielen anderen Kolleginnen und Kollegen auch, liegt im Bereich des Inneren. Da möchte ich explizit den Bereich THW herausnehmen. Für das THW sind 200 Liegenschaften perspektivisch mit den entsprechenden Maßnahmen, die wir uns mit den Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt ins Stammbuch geschrieben haben, für die Zukunft gesichert. Ich möchte ehrlich und freiweg gestehen: Das ist aus der Perspektive des THW eine historische Komponente. Deswegen danke ich stellvertretend dem Kollegen Gerster und dem Kollegen Klaus-Peter Willsch für diese Grundlage.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus möchte ich aber auch einen wirtschaftlichen Aspekt ansprechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was wir mit diesem Haushalt tun, kann zwei Dinge nicht ersetzen: private Investitionen und die notwendige Strukturreform in unserem Land. Gleichzeitig ist es so, dass man mit diesem Bundeshaushalt Akzente setzt im Bereich von Hightech Agenda, KI, Quantencomputing bis hin zum Zukunftsfonds, bis hin zum Rohstofffonds, bis hin zum Energiefonds. Es geht darum, neben diesen staatlichen Ausgaben jetzt den privaten Teil zu aktivieren. Mich persönlich hat es auch mit einer großen Motivation gepackt, im Kanzleramt den Investitionsgipfel zu erleben. Das ist die Klammer, die dieses Land perspektivisch, wirtschaftlich wieder fitmachen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(C)

Deswegen gilt eins: Es gilt, dass wir mit diesem Haushalt die Klammer setzen, wenn es darum geht, Halt zu geben auf der einen Seite, Wachstum anzuregen auf der anderen Seite und gleichzeitig an einen Punkt zu gelangen, bei dem ich eines feststellen darf: Ich glaube, wir werden erst in ein paar Jahren Abstand genau begreifen, was diese Zeiten alles verändert haben.

(Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dass Sie es nicht verstanden haben, das zeigt dieser Haushalt!)

Dieser Bundeshaushalt ist ein Anspruch dahin gehend, dass er sich gegen diesen Epochenbruch stemmt. Diese Zeit ist aktuell eine Bewährungsprobe, in der wir gemeinsam leben. Ich kann als Teil dieser Koalition sagen: Wir werden diese Bewährungsprobe bestehen – zum Wohle dieses Landes

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

und zum Wohle der Europäischen Union, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für Bündnis 90/Die Grünen darf ich Dr. Paula Piechotta das Wort erteilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Am Anfang dieser Woche, als die Debatte gestartet ist, hat Lars Klingbeil an diesem Pult gesagt, er möchte es nicht länger hören, dass die Menschen in diesem Land so schlechtgeredet werden. Ich höre das aber, ehrlich gesagt, nicht. Niemand hier hat die Menschen in diesem Land schlechtgeredet.

(Dr. Inge Gräble [CDU/CSU]: Doch! Ganz viele!)

Das Einzige, was noch und nöcher passiert, ist, dass die Wirtschaftsverbände in diesem Land, dass die Sachverständigen, dass das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und – ja – auch wir als Opposition sagen: Das, was diese Regierung macht, ist tatsächlich schlecht. – Das muss man sich auch gefallen lassen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil die Umfragen gute Hinweise geben, dass die Bevölkerung das haargenau so sieht.

Das liegt ein Stück weit auch darin begründet, was Friedrich Merz in Oppositionszeiten gemacht hat. Der hat sich hier als Erlöserfigur präsentiert.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Paula Piechotta

- (A) Der hat gesagt, er wird alles besser machen. Und er hat die Ampel deswegen noch schlechter geredet, als sie war, weil er vor diesem Hintergrund noch mehr strahlen konnte. Aber er hat so viele unehrliche Versprechen gemacht, dass er jetzt in sich zusammenfällt wie ein Soufflé. Ich sage Ihnen eins: Aus unehrlicher Oppositionspolitik wurde unehrliche Regierungspolitik, die die ganzen Versprechen gar nicht einhalten konnte. Aus unehrlicher Regierungspolitik wird jetzt instabile Regierungspolitik, weil Sie ja nicht mal Ihre eigenen Leute noch zufriedenstellen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sehen wir hier jeden Tag in jeder Sitzungswoche.

Diese Leute hier haben ja offensichtlich auch bei Ihnen keine Autorität mehr. Was lassen Sie sich denn noch sagen von Friedrich Merz, Lars Klingbeil und Masken-Spahn? Offensichtlich halten Sie es auch nicht mehr für notwendig, hier überhaupt noch zu sitzen. Das würde ich mir übrigens als Koalitions Haushälter auch nicht bieten lassen. Natürlich können wir dann darüber sprechen, dass wir im Haushaltsausschuss auch was Gutes für das „Zukunftsprogramm Schwein“ gemacht haben. Aber an der Stelle ist das Parlament doch eigentlich dafür da, ein Korrektiv zu sein für diese Regierung.

Das sage ich Ihnen auch als jemand, der die Ampel von innen erlebt hat. Ich ärgere mich heute, dass wir damals als Parlament nicht stärker korrigierend eingegriffen haben. Wir hätten das als Parlament, wir hätten das auch als Haushaltsausschuss besser hingekriegt. Aber das, glaube ich, ist auch der große Lerneffekt aus dem letzten Mal. Sie müssen das besser machen.

- (B) Wenn die Regierung so schwach ist, wenn Lars Klingbeil und Friedrich Merz Deutschland jetzt auch mit diesem Bundeshaushalt in eine Zeit führen, wo tatsächlich steigende Neuverschuldung mit sinkendem Wirtschaftswachstum zusammentrifft, ist das eine Negativspirale. Da muss man nur in andere europäische Länder schauen. Da sieht man, wie schwer es ist, da wieder rauszukommen. Auch da gehört es sich, dass ein Haushaltsausschuss noch selbstbewusster als hier ohnehin schon auftritt. Da gibt es deutlich Luft nach oben, liebe Haushälterinnen und Haushälter der Koalition.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Sie haben gute Sachen gemacht. Sie haben zum Beispiel anders als die Regierung es geschafft, ein zusätzliches Bahnprojekt in den Haushalt zu schreiben: die Sachsen-Franken-Magistrale. Vielen Dank an Florian Oßner und Uwe Schmidt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Florian Oßner [CDU/CSU]: Sehr wichtig!)

Das ist deutlich besser als alles, was die Regierung da gebracht hat.

Sie haben es auch geschafft, das THW auszufinanzieren. Sie haben es auch geschafft, viele Kulturprojekte im Land tatsächlich zu retten, zu denen der Bundestag schon mal gesagt hatte, sie würden gefördert, aber Herr Weimer plötzlich beschlossen hat, dass sie nicht mehr gefördert

- (C) werden. Auch die haben Sie gerettet. Aber darüber müssen Sie mehr reden. Das zeigt Ihnen doch auch: Da ist eine ganz große Lücke, die Sie schließen müssen.

Jetzt sage ich ganz ehrlich:

(Stephan Brandner [AfD]: Jetzt werden Sie ganz ehrlich, am Ende der Rede!)

Die Ampel sieht mit jeder Woche dieser Regierung besser aus. Das ist aber nicht Ausdruck davon, dass damals alles so toll war,

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Ist das jetzt Realsatire?)

sondern das zeigt, wie desolat der aktuelle Zustand ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Friedrich Merz hat uns damals zugerufen: „Sie können es nicht!“ Wir müssen jetzt zurückrufen: Er kann es noch viel weniger!

Was ist der Ausweg aus dieser Situation? Wir sehen ja gerade: Die Menschen trauen Ihnen nichts mehr zu.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Ihnen erst recht nicht!)

Das sehen wir in den Umfragen. Die glauben uns, wenn wir sagen: Sie machen es schlecht. – Die glauben uns aber auch noch nicht, dass wir es besser machen würden. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Zurufe von der AfD: Ja!)

- (D) Und was ist dann der Ausweg? Der Ausweg kann eben nicht sein, dass Sie hier rechts regieren, sondern wir brauchen eine positive Aufbruchstimmung für dieses Land, und die kann nur aus diesem Parlament kommen.

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Frau Kollegin.

Dr. Paula Piechotta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kommt in diesem Leben nicht mehr von dieser Regierungsbank.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Ganz schön verzerrte Wahrnehmung!)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die SPD-Fraktion darf ich Svenja Schulze das Wort erteilen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Svenja Schulze (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch mal darauf hinweisen, über was wir hier eigentlich diskutieren: einen Haushalt mit Rekordinvestitionen in unsere Zukunft.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Rekordschulden für die Zukunft!)

Svenja Schulze

- (A) Das ist kein Zeichen von Schwäche dieser Regierung; das ist ein Zeichen von Stärke, dass wir das jetzt endlich nach vorne bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir investieren in die Zukunft des Landes – endlich. Mit der Hightech Agenda zum Beispiel werden ganz gezielt Schlüsseltechnologien finanziert werden können. Das ist die Grundlage für die Wirtschaft hier; das wissen wir doch. Wir waren deshalb immer besser, weil „Made in Germany“ Technologien schneller nach vorne gebracht hat. Da müssen wir wieder hinkommen. Dazu werden jetzt wirklich Mittel in die Hand genommen.

Der Haushaltsausschuss hat den Haushalt noch besser gemacht. Es gibt eine große Bandbreite an Verbesserungen: von nachhaltiger Schweinehaltung durch die „Zukunftswerkstatt Schwein“ bis hin zu mehr Investitionen in die Raumfahrt. Doch ein Investitionshaushalt schaut auch über rein wirtschaftliche Aspekte hinaus. Das sieht man ganz deutlich an zwei Beispielen.

Das erste Beispiel: Es wird endlich mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert. Das ist eine gute Nachricht für die vielen Menschen im Land, die Wohnungen suchen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, auch wenn Sie das nicht hören wollen: Da verändert sich endlich was, da kommt was nach vorne, da wird Geld in die Hand genommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der Linken)

- (B) Das zweite Beispiel, das ich hier hervorheben will, ist dieses umfangreiche Maßnahmenpaket gegen häusliche Gewalt. Wir müssen darüber reden. Die Gewalt hat in unserer Gesellschaft enorm zugenommen, vor allen Dingen diejenige gegen Frauen. Alle zwei Minuten wird in Deutschland jemand Opfer häuslicher Gewalt. Darüber darf man nicht länger schweigen. Deswegen bin ich froh, dass wir die Informationskampagnen, dass wir die Beratungsangebote ausweiten können, dass wir die Kommunen mit 150 Millionen Euro bei der Sanierung und dem Ausbau von Frauenhäusern unterstützen können. Das ist wirklich wichtig, das war meiner Fraktion wichtig, und ich bin sehr froh, dass wir das hier gemeinsam auf den Weg bringen konnten.

Es ist für uns vollkommen klar: Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, müssen einen sicheren Zufluchtsort finden, an dem sie Hilfe, an dem sie Schutz erfahren. Dafür können wir jetzt eine ganze Menge tun. Ich will an dieser Stelle noch mal ganz besonders den Ministerinnen Stefanie Hubig und Verena Hubertz danken, die sich für dieses Thema wirklich sehr eingesetzt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir investieren. Es wird endlich etwas verändert. Liebe Grüne, dazu haben Sie ja auch beigetragen. Ich verstehe gar nicht, warum Sie jetzt darüber nicht mehr reden wollen. Das ist eine wirkliche Veränderung, die wir hier auf den Weg bringen. Sie sichert Freiheit in unserem Land durch die großen Investitionen in die Rüstung. Sie investiert in die Sicherheit, in die Gerechtigkeit. Das ist

ein Haushalt, der den Weg in die Zukunft ebnet, ein kluger, ein sozial gerechter Investitionshaushalt. Deswegen werbe ich noch mal um Ihre Zustimmung. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die AfD-Fraktion darf ich das Wort Kay Gottschalk erteilen.

(Beifall bei der AfD)

Kay Gottschalk (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Wie immer: Liebe Steuerzahler! Zunächst mal, Herr Rudolph, kann ich Sie aufklären: Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Wirtschafts- und vor allen Dingen Sozialpolitik. Deswegen dürfen wir hier so reden und werden auch so reden. Wir lassen uns von Ihnen an dieser Stelle sicherlich weder die Meinung noch den Mund verbieten.

(Beifall bei der AfD)

Herr Oßner, die Frage ist vielmehr: Wenn Deutschland auf der weltpolitischen Bühne zurück ist, als was? Als Laiendarsteller oder als finanzieller Hofnarr?

(Florian Oßner [CDU/CSU]: Als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt!)

Ich würde eher sagen: Bei dem, was Sie hier verordnen und tun – das haben wir dargestellt –, sind Sie finanzielle Hofnarren geworden. Das ist schrecklich. (D)

(Beifall bei der AfD – Florian Oßner [CDU/CSU]: Stellt sich die Frage, wer der Hofnarr ist!)

Frau Schwerdtner, Sie waren immerhin so demokratisch, großes Lob, dass Sie eine Zwischenfrage aus unseren Reihen zugelassen haben. Aber das, was ich gehört habe, ist eben alter Sozialismus, mit dem Sie die DDR gegen die Wand gefahren haben. Das Geld, das Sie gerne den Menschen geben wollen, muss zunächst mal verdient werden.

(Zuruf der Abg. Ines Schwerdtner [Die Linke])

Das haben Sie hier alle im Parlament bei Ihrer Transformation vergessen. Sie sind schuld an der Misere, kein anderer.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben Deutschland – ich will das mal untersuchen – gegen die Wand gefahren. Auf der Einnahmeseite zocken Sie wirklich die Steuerzahler ab mit 1 Billion Euro. Großes Kompliment, dass Sie dieses Geld immer noch bei diesem Protagonisten aufbringen. Und womit finanzieren Sie das? Das verschweigen Sie immer so schön: aus der inflationsgetriebenen Umsatzsteuer, aus den Lohnzuwächsen und natürlich aus der weiter steigenden Energiesteuer, meine Damen und Herren.

Trotzdem reicht es nicht für Ihre Ausgaben. Kein Wunder: Gaza, Ukraine, Regenwald, Transformation, Radwege, das Klima in Afrika und sonst was noch: Dafür ist Deutschland immer vorne Zahlmeister. Dann ist

Kay Gottschalk

- (A) für die Dame in Lichterfelde eben kein Geld mehr da. Das vergessen Sie immer hier zu erwähnen, Frau Schwerdtner.

(Beifall bei der AfD)

Die fetten Jahre in Deutschland sind vorbei – das muss man den Menschen sagen –: durch Ihre Demontage der Stahlindustrie, der Kohleindustrie, der Braunkohleindustrie, der Chemieindustrie und jetzt sogar der Autoindustrie. Da sitzen die Schulden, meine Damen und Herren, nicht dort. Dort sitzen die, die Ihre Arbeitsplätze, Ihre Rente und Ihre soziale Sicherheit retten wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

16 Jahre Kohl, 16 Jahre Merkel. Man muss sagen, die Sozialisten waren, entweder grün oder rot, immer mit an Bord. Und was haben diese Leute erreicht? Die Sozialkassen: leer. Das Rentenniveau: unterdurchschnittlich. Die Wirtschaft: am Boden und die Infrastruktur noch mehr. All das haben Sie zu verantworten. Also quaken und stöhnen Sie hier nicht rum! Schauen Sie in den Spiegel, dann sehen Sie die Schuldigen!

(Beifall bei der AfD)

Der Gipfel der Frechheit, die Sie hier bieten, ist, dann auch noch zu sagen – das habe ich eben von Ihnen gehört –, es sei solide. Sie verschulden Deutschland mittlerweile auf das Niveau der Rotweinstaat, nämlich auf 80 Prozent vom BIP in 2029. Das heißt, wir sind in 2029 – die Regierung, die dann aufräumen muss, tut mir fast schon leid – handlungsunfähig geworden. Das ist Ihre Politik. Das ist die finanzielle Wahrheit an dieser Stelle.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Was Sie hier vorlegen, ist kein Investitionsprogramm – das haben meine Kollegen schon dargelegt –, sondern Sie stopfen Löcher im Kernhaushalt mit diesen Sondervermögen, die immer noch Schulden bedeuten.

Was ich wirklich gelernt habe – und das befremdet mich –: Bis 2029 soll der Bund rund 164 Milliarden Euro investieren. Nach Abzug der Länderanteile – das haben Sie hier nämlich nicht erwähnt – verbleiben 122 Milliarden Euro. Da Sie aber die 271 Milliarden Euro, Herr Klingbeil, als neue Schulden aufnehmen, haben wir – das ist ein neues Wort; ich hätte nie gedacht, dass ich das bei der Union noch lerne – eine Zweckentfremdungsquote in Deutschland von 40 Prozent. Das ist bilanzielle Trickserie. Wirecard und die Vorstände dort würden wirklich vor Neid erblassen bei dem, was Sie hier an den Tag legen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit, bitte.

Kay Gottschalk (AfD):

Ich komme zum Ende. – Sie haben diesen Haushalt zum Verschiebeparkplatz verkommen lassen und sollten sich an dieser Stelle wirklich schämen.

(Zuruf von der Linken: Ende!)

- Sie haben sich an den Menschen dort oben und an der Wirtschaft versündigt. Wir werden dem nicht zustimmen. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die CDU/CSU-Fraktion darf ich Lukas Krieger das Wort erteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Lukas Krieger (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jeder Haushalt stellt uns vor die Frage, wie wir den Staat in den kommenden Jahren finanziell handlungsfähig halten. Wir setzen im Haushalt 2026 mit Rekordinvestitionen von rund 118 Milliarden Euro in Infrastruktur, Forschung, Digitalisierung und Hightech Agenda zentrale Wachstumsimpulse und stärken die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland. Spätestens nach dem 28-Punkte-Plan, den die Trump-Administration vorgelegt hat, muss klar sein: Wir sind für unsere Sicherheit selbst verantwortlich. Daher ist es auch richtig und wichtig, dass wir die Bundeswehr bis 2029 mit rund 600 Milliarden Euro ausstatten.

Gleichzeitig ist uns als CDU/CSU klar: Die wirklichen haushalterischen Herausforderungen kommen ab 2027. Das sagt jedes Gutachten, das sagt der Bundesrechnungshof, und das sagt der Sachverständigenrat. Wir nehmen das ernst. Denn: Die Ausgaben wachsen strukturell schneller als die Einnahmen. Der Anteil der gesetzlich gebundenen Ausgaben nimmt jedes Jahr zu. Die demografische Entwicklung stellt alle solidarischen Systeme vor große Herausforderungen. Wenn wir nicht gegensteuern, könnte der politische Handlungsspielraum des Bundes in den nächsten zehn Jahren auf 3 Prozent des Bundeshaushalts schrumpfen.

Die zentrale Größe bei den Ausgaben ist der Sozialetat, insbesondere der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung. Er liegt 2026 bei über 127 Milliarden Euro. Nach derzeitigen Planungen steigt er innerhalb weniger Jahre auf über 150 Milliarden Euro. Solange dieser Mechanismus ungebremst weiterläuft, ist jede Debatte über Investitionen belastet, weil sie finanziell von der Dynamik des Sozialstats überrollt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Matthias Miersch [SPD])

Der Engpass bei den Investitionen liegt nicht im politischen Willen, sondern in der Haushaltsstruktur. Der Bund muss in Infrastruktur, Digitalisierung und Forschung investieren, wenn Deutschland wirtschaftlich stabil bleiben soll. Doch diese Bereiche sind – anders als Rente, Gesundheitskosten und Versorgungsausgaben – nicht gesetzlich dynamisiert, steigen also nicht automatisch. Investitionen müssen jedes Jahr aktiv erkämpft werden, und für sie muss Platz im Haushalt freigeräumt werden. Solange dieses Ungleichgewicht besteht, verlieren Investitionen im Wettbewerb um knappe Mittel zu

(D)

Lukas Krieger

- (A) oft. Ein Haushalt, der investiv handlungsfähig bleiben soll, muss deshalb an Strukturen arbeiten, nicht nur an Einzelansätzen.

Konsolidierung wird häufig als reine Sparmaßnahme beschrieben. Tatsächlich ist Konsolidierung die Voraussetzung dafür, politisch überhaupt noch gestalten zu können. In den vergangenen Jahren hat der Bund zahlreiche Programme und Doppelstrukturen aufgebaut, die Kosten erhöhen und Entscheidungen verlangsamen. Eine systematische Überprüfung ist daher keine Sparmaßnahme, sondern Voraussetzung für einen leistungsfähigen Staatshaushalt. Hier haben wir erste Schritte gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.
Dr. Matthias Miersch [SPD])

Nur ein Haushalt, der konsolidiert ist, erlaubt strategische Entscheidungen. Das heißt in unserer Lage: Ausgabeprioritäten so setzen, dass Zukunftsaufgaben nicht unter den Tisch fallen; Dynamiken im Sozialetat durch Reformen so anpassen, dass wir uns immer eine auskömmliche Rente leisten können, auch für die kommenden Generationen; Projekte beenden, die Mittel binden, aber keinen nachhaltigen Effekt auf unser zentrales Ziel „wirtschaftliches Wachstum“ haben; die Verwaltung so organisieren, dass sie nicht jedes Jahr teurer wird, unabhängig von ihrem Auftrag. Wer Digitalisierung sinnvoll nutzt, kann durch Effizienzgewinne auch Kosten beim Personal einsparen. Keiner dieser Punkte löst das Problem allein. Aber zusammen erzeugen sie die finanzielle Luft, die ein zukunftsfähiger Staat braucht.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt 2026 ist kein Endpunkt, sondern ein Ausgangspunkt. Die eigentliche Aufgabe besteht darin, die strukturellen Verschiebungen im Bundeshaushalt ernst zu nehmen und mutige Entscheidungen zu treffen, bevor wir dazu gezwungen werden.

Zusammengefasst: Investitionen dürfen nicht von der Ausgabendynamik verdrängt werden. Soziale Sicherungssysteme müssen finanzierbar bleiben. Der Staat muss effizienter arbeiten, wenn er sich finanziell nicht selbst blockieren soll. Diese drei Punkte entscheiden darüber, ob der Bundeshaushalt ein Instrument der Gestaltung bleibt oder zu einer Sammlung unveränderbarer Pflichterfüllungen wird.

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es fehlt noch der Punkt „teure Wahlgeschenke“! – Zuruf des Abg. Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Parlament als Haushaltsgesetzgeber muss Zukunftswerkstatt sein. Eine Schweinerei wäre es, wenn wir diese Chance verpassen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für Bündnis 90/Die Grünen darf ich Dr. Sebastian Schäfer das Wort erteilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Sebastian Schäfer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor welchem Hintergrund haben wir diese Woche die Haushaltsdebatte geführt? Wenn ich in meinen Wahlkreis Esslingen in Baden-Württemberg schaue, dann sehe ich da eine ziemlich brutale Realität. Unser Landkreis ist einer der wirtschaftsstärksten Landkreise in Deutschland, ein Zentrum des Maschinenbaus, aber natürlich auch tief vernetzt in der Wertschöpfungskette beim Automobilbau. Im letzten Jahr ist die Arbeitslosigkeit im BA-Bezirk Esslingen/Göppingen um fast 15 Prozent gestiegen. Und das berücksichtigt viele Menschen nicht, die im Moment in Transfergesellschaften stecken. Die Lage ist mehr als ernst.

Leider ist Esslingen kein Einzelfall. Gerade unsere industriellen Kerne, die so viel beigetragen haben zum Wohlstand dieses Landes, stehen allesamt vor gigantischen Herausforderungen.

(Dr. Inge Gräble [CDU/CSU]: Aber Sie haben es doch verursacht! Das ist ja unfassbar! – Peter Boehringer [AfD]: Sie sind doch selbst der Verursacher! – Jörn König [AfD]: Sie bejammern gerade die eigene Politik!)

Unsere Industrie war in der Vergangenheit auch deshalb so erfolgreich,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: ..., weil die Grünen nicht regiert haben! – Peter Boehringer [AfD]: ..., weil die Grünen nicht da waren!)

weil der Export richtig gut lief. Jetzt erleben wir einen zweiten Chinaschock. Wir sehen, wie wettbewerbsfähig chinesische Unternehmen geworden sind, auch weil dieser Wettbewerb ganz oft alles andere als fair ist. China nutzt Industriepolitik mit aller Brutalität, kontrolliert Rohstoffe und zentrale Lieferketten und nutzt diese Macht gezielt aus. Es ist China gelungen, in zentralen Zukunftsbereichen wie Greentech eine starke Position zu erreichen. China verdient heute mehr Geld mit dem Export von Umwelt- und Klimatechnologien

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: ..., die Deutschland bezahlt!)

als die Vereinigten Staaten mit dem Export von fossilen Energieträgern.

Das Chaos in der Handelspolitik mit den Vereinigten Staaten wird so schnell nicht verschwinden. Unsere Unternehmen tun ihr Möglichstes, um sich anzupassen. Aber dafür sind die Volten des US-Präsidenten zu schnell und die Folgen zu dramatisch, von der Lage in der Ukraine ganz zu schweigen. Der Internationale Währungsfonds hat gerade darauf hingewiesen, dass Deutschland von den G7-Ländern am härtesten vom demografischen Wandel getroffen sein wird in den nächsten fünf Jahren.

Was also wäre jetzt zu tun mit diesem Haushalt? Investieren in Forschung, in Bildung, in Klimaschutz, in die Wertschöpfung der Zukunft!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Sebastian Schäfer

- (A) Nur so erzielen wir die volkswirtschaftlichen Renditen, die Verschuldung überhaupt sinnvoll machen. Aber Sie scheitern kläglich trotz der gigantischen Mittel, die aus dem Sondervermögen zur Verfügung stehen, weil Sie – und auch darauf weist der Internationale Währungsfonds hin – mit diesem Haushalt die falschen Prioritäten setzen, insbesondere in der Steuerpolitik. Was Markus Söder da entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat, bringt für das Wachstum gar nichts. Das wird jetzt alles auf Pump finanziert. Im Gegensatz zur Subventionierung für den Agrardiesel, die Sie jetzt erneut und natürlich auch auf Pump einführen, hätte eine „Zukunftswerkstatt Schwein“ ja sogar sinnvoll sein können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das sind doch nur Fußnoten. Das reicht einfach nicht.

Ich kann mich nur dem IWF anschließen: umwelt-schädliche Subventionen abschaffen, Lücken bei der Erbschaftsteuer schließen, die Umsatzsteuer endlich richtig reformieren, Strukturreformen. Das hätte am Ende alles positive Wachstumswirkungen und würde die Schuldenaufnahme klug reduzieren. Dafür bräuchte es ein selbstbewusstes Parlament, einen selbstbewussten Haushaltsausschuss.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Ich bin schon selbstbewusst!)

- (B) Aber Sie beschneiden die eigenen Kontrollrechte. Sie schwächen die parlamentarische Kontrolle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade eben haben Sie einen Antrag abgelehnt, zumindest die Stellen beim Bundesrechnungshof doch zu behalten. So bleibt Rekordverschuldung, während das Wachstum verpufft. Dabei brauchen wir nichts mehr als Zukunft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Zukunft ist für alle gut!)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die SPD-Fraktion darf ich Felix Döring das Wort erteilen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Felix Döring (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Rekordinvestitionen in Höhe von 118 Milliarden Euro in diesem Jahr gleicht die Arbeit im Haushaltsausschuss in diesem Jahr der einer echten Zukunftswerkstatt. Schwein gehabt? Sicherlich nicht.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Kirsten Kappert-Gonther [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(C) Denn die Motivation war eine höchst politische. Wir sorgen mit diesen Rekordinvestitionen dafür, dass die Bagger wieder rollen, dass die Schulen digitaler werden, dass die Züge pünktlich fahren. Das ist ein gutes Signal für unser Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nachdem das erledigt ist,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

will ich auf Folgendes aufmerksam machen: Am Dienstag war der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen. 266 000 Opfer häuslicher Gewalt gab es in Deutschland allein in diesem Jahr – ein Aufwuchs von 10 000 im Vergleich zum Jahr davor. Im absoluten Großteil der Fälle wurden die Taten durch Partner, Ex-Partner oder Familienangehörige verübt, und der absolute Großteil davon sind Männer – übrigens nicht in erster Linie Männer mit Migrationsgeschichte, sondern einfach Männer.

Deshalb – um der falschen Erzählung von rechts hier klipp und klar zu widersprechen –: Wenn man schon nach einem Merkmal sucht, das mit einer hohen Wahrscheinlichkeit einhergeht, gewalttätig gegenüber Frauen oder insgesamt gewalttätig zu sein, dann eignet sich der Penis 20-mal besser als der Pass.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heidi Reichinnek [Die Linke] – Zuruf des Abg. Sven Wendorf [AfD])

(D)

Oder anders formuliert: De facto liegt das größte Risiko für Frauen beim Besuch eines Weihnachtsmarkts in Deutschland im Jahr 2025 darin, danach zu Hause einem gewalttätigen und nach fünf Glühwein betrunkenen Dieter, Karl-Heinz oder Andreas ausgesetzt zu sein.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Peter Boehringer [AfD]: Vornamen geben sie normalerweise nicht raus! – Zuruf des Abg. Andreas Mattfeldt [CDU/CSU])

Das ist die traurige Realität, mit der wir uns aber nicht zufriedengeben wollen. Das Gewalthilfegesetz greift ab 2027 und trägt dazu bei, dass wir die Istanbul-Konvention Schritt für Schritt umsetzen.

(Beifall der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber weil uns das noch nicht reicht, haben wir darauf hingewirkt, mit diesem Haushalt noch mal 150 Millionen Euro für die Sanierung von Frauenhäusern zur Verfügung zu stellen

(Johannes Schrap [SPD]: Sehr gut!)

und Projekte wie die StoP gegen Partnergewalt oder die Tarn-App für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, zu fördern. Auch das ist ein richtiger und wichtiger Schritt

Felix Döring

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Florian Oßner [CDU/CSU])

und einer von vielen wichtigen Schwerpunkten im parlamentarischen Verfahren zum Haushalt 2026.

In diesem Sinne: Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und tschüs!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die AfD-Fraktion darf ich Jörn König das Wort erteilen.

(Beifall bei der AfD)

Jörn König (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Steuerzahler! Diese Bundesregierung wird im Jahr 2026 sage und schreibe 631 Milliarden Euro ausgeben. Davon werden 183 Milliarden Euro durch neue Schulden und Sonderschulden finanziert. Das ist in etwa so, als wenn man monatlich 4 500 Euro netto verdient, aber 6 300 Euro netto im Monat ausgibt. Das kann man eine Weile machen; aber dann kommt er, der Gerichtsvollzieher mit dem Kuckuck.

Realsatire ist, dass die Koalition meint, es würde sich mit den ausgewiesenen 118 Milliarden Euro Investitionen um einen Investitionshaushalt handeln. 183 Milliarden Euro Schulden, aber nur 118 Milliarden Euro Investitionen bedeuten, dass die Bundesregierung Staatskonsum in Höhe von 65 Milliarden Euro mit neuen Schulden finanziert. Das ist unwirklich, unseriös und unverantwortlich.

(B)

(Beifall bei der AfD)

Wie gesagt, irgendwann kommt der Gerichtsvollzieher mit dem Kuckuck. Mit einer Investitionsquote von 18,7 Prozent soll es sich, wie schon behauptet, um einen Investitionshaushalt handeln. Das kann man so sehen und kann dabei übersehen, dass die DDR am Ende der 80er-Jahre eine Investitionsquote von 18,8 Prozent hatte. Wie die DDR geendet ist, wissen wir alle: Es kam der Gerichtsvollzieher mit dem Kuckuck.

(Stephan Brandner [AfD]: Ja, und Die Linke blieb!)

Es ist und bleibt ein Schuldenhaushalt mit fast 30 Prozent neuen Schulden.

Auf diese riesigen neuen Schuldenberge werden wir Schuldzinsen zahlen müssen, laut Bundesrechnungshof etwa 12 Prozent des Haushalts. Deutschland zahlt Zinsen, und Staaten wie Singapur bekommen Zinsen. Etwa 20 Prozent der Staatsausgaben Singapurs werden aus Erträgen von Staatsfonds gedeckt. Dabei könnte Deutschland auch einen Staatsfonds betreiben; diese Regierung will nur nicht.

Was wird passieren? Bisher war Deutschland mit Schuldenbremse und geringer Verschuldungsquote der Stabilitätsanker des Euro. Wenn Deutschland jetzt auch südeuropäisches Finanzgebaren zeigt, wird das Vertrauen in den Euro erodieren,

(Beifall bei der AfD)

(C)

erst ganz langsam und dann immer schneller. Dabei hat der Euro in den gut 20 Jahren seiner Existenz schon über 90 Prozent seiner Kaufkraft gegenüber Gold verloren. Was der Bürger im Alltag nur als schleichende Teuerung spürt, sieht man an Gold brutal offen: Der Euro wird immer wertloser. Der Euro wird sterben. Und Sie, diese kleine Koalition, werden der Totengräber des Euro sein. Der Gerichtsvollzieher mit dem Kuckuck wird zu Ihnen kommen.

(Beifall bei der AfD)

Gibt es eine Alternative?

(Stephan Brandner [AfD]: Ja! – Kathrin Michel [SPD]: Nein!)

Ja. Die Alternative für Deutschland hat mit Einsparungen in Höhe von 125 Milliarden Euro gezeigt, dass man die Schuldenbremse einhalten kann und gleichzeitig Bürger wie Wirtschaft um 50 Milliarden Euro entlasten kann. Die Regierung will nur nicht. Es ist möglich; diese Regierung will nur nicht.

Dieses Geld nutzen wir für unsere Steuerreform 25, die die fleißigen Bürger entlastet. Wir werden alle Steuerausnahmen streichen. Hohe Freibeträge werden vor allem Gering- und Mittelverdiener entlasten.

(Zuruf von der SPD)

Vermögende zahlen heute schon auf Kapitaleinkommen nur 25 Prozent Steuer, was völlig unsozial ist und eine totale Benachteiligung von Arbeitseinkommen darstellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Carsten Brodessa [CDU/CSU])

(D)

Mit einem Steuersatz von 25 Prozent ohne Ausnahmen entlasten wir vor allem den Mittelstand und geben Gering- und Mittelverdienern die gleichen Möglichkeiten, wie sie Großverdiener und Reiche heute schon haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die CDU/CSU-Fraktion darf ich Dr. Klaus Wiener das Wort erteilen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Haushalte binnen weniger Wochen, das ist ein starkes Zeichen für Tatkraft und Entschlossenheit von Parlament und Regierung und natürlich auch von Mitarbeitern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Thorsten Rudolph [SPD])

Zu den Details des Haushalts wurde in dieser Woche bereits alles gesagt. Daher möchte ich die Schlussdebatte nutzen, um eine grundsätzliche Frage aufzugreifen, die hier immer wieder anklingt: Können wir uns Schulden in dieser Größenordnung überhaupt leisten?

Dr. Klaus Wiener

- (A) (Dr. Michael Ependiller [AfD]: Nein! – Peter Boehringer [AfD]: Das ist doch keine ernstzunehmende Frage!)

– Ich komme gleich dazu. – Viele Bürgerinnen und Bürger äußern darüber ihre Sorge – zu Recht, wie ich finde –, insbesondere die junge Generation. Deshalb die gute Nachricht vorweg: Grundsätzlich können wir uns die geplanten Schulden in Höhe von sogar 850 Milliarden Euro bis 2029 leisten.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: 860! Die hatten Sie noch erhöht in der Bereinigungssitzung!)

Die von Teilen der Opposition, insbesondere von der AfD, immer wieder gezeichneten finanziellen Untergangsszenarien sind schlicht übertrieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Peter Boehringer [AfD]: Die Geschichte wird über sie richten! – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Sie erhöhen die Bundesschuld um 50 Prozent in vier Jahren! So viel haben wir in 75 Jahren nicht an Schulden aufgenommen!)

An der Stelle will ich an Ihre Wortwahl hier erinnern – ich schreibe mir das ja immer gerne mit –: „Unsinn“, „Schuldenorgie“, „illegaler Zustand“, „ökonomisch fatal“, „Geltendes Recht wird gebrochen“, „Plansozialismus“, „finanzielle Hofnarren“.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

- (B) Vielleicht denken Sie noch mal über Ihre Sprache nach.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Peter Boehringer [AfD]: Nein, das tun wir nicht! Das tun wir keine Sekunde! – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Vielleicht denken Sie über Ihr Regierungshandeln mal nach!)

Also: Warum können wir uns diese Schulden leisten?

(Georg Schroeter [AfD]: Wer glaubt denn noch der CDU?)

Zum einen, weil wir von einem vergleichsweise niedrigen Verschuldungsniveau aus starten. Deutschland hat aktuell 63 Prozent gemessen am BIP. Im internationalen Vergleich ist das wenig: Frankreich hat 115 Prozent,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Und wie geht es Frankreich gerade?)

die USA haben 125 Prozent, und in Japan liegt es sogar bei 230 Prozent. Selbst mit den neuen Schulden erreichen wir bis zum Jahr 2029 nur knapp 80 Prozent –

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Warum haben Sie das vor der Wahl nicht erzählt?)

Herr Gottschalk hat die Zahl ja auch selber genannt – und damit weiterhin deutlich weniger als vergleichbare Industrieländer.

Zudem: 80 Prozent hatten wir schon mal. Das war im Jahr 2010, nach der Finanzkrise. Und auch damals ist die Welt fiskalisch nicht untergegangen.

Vizepräsident Bodo Ramelow:

(C)

Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion, vom Kollegen Gottschalk, zulassen?

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU):

Also, eine lasse ich zu. Aber es ist Freitag; die Leute wollen nach Hause.

(Beifall des Abg. Daniel Baldy [SPD] – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Wir haben Zeit!)

Herr Gottschalk, eine!

(Dr. Wiebke Esdar [SPD]: Der hat schon geredet! – Dr. Anja Reinalter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der hat doch schon geredet!)

– Ja, stimmt eigentlich.

Kay Gottschalk (AfD):

Sehr verehrter Herr Präsident, vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Dr. Wiener, vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben recht: Wir wollen den ersten Advent feiern, also nur eine Frage. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie unsere Situation jetzt mit der Situation Frankreichs mit einer Verschuldung von knapp 120 Prozent des BIP und der Situation Italiens mit einer Verschuldung von 144 Prozent des BIP – trotz Maastricht-Kriterien, die Sie doch ausgehandelt haben, um den Bürgern einen finanziell stabilen Euro zu garantieren – vergleichen und sagen: „Es ist ja nicht so schlimm“?

(D)

Und darf ich dann dem entnehmen, dass wir eigentlich auch 125 Prozent Verschuldung beim BIP ganz locker haben können? Herr König hat ja dargelegt: Wenn Sie die Entwicklung des Euro mit der des Goldpreises vergleichen, dann stellen Sie fest, dass genau das der Grund ist, warum Frau Schwerdtner sagt, wir könnten uns nichts mehr leisten. Der Euro ist eben eine Weichwährung geworden. Oder habe ich Sie falsch verstanden?

Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU):

Ja, in der Tat, da haben Sie mich tatsächlich falsch verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Denn es geht hier ja vor allem um eine Frage: Wenn hier immer wieder Untergangsszenarien von der AfD gezeichnet werden, muss man sich doch mal die Frage stellen, ob das Schuldenniveau von 80 Prozent – bei der Wirtschaftsleistung, die wir haben, und dem Niveau der Zinsen, die wir zahlen müssen – ein Niveau ist, bei dem die finanzielle Stabilität geschweige denn die Bonität Deutschlands wäre?

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Ja!)

Und genau das ist es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Das stimmt nicht! Sie machen immer mehr Schulden!)

Dr. Klaus Wiener

- (A) Bei einem Niveau von 80 Prozent sind wir weiterhin ein Land mit hoher Bonität.

Ich will das während meiner Redezeit auch noch weiter ausführen. So aufschlussreich diese internationalen Vergleiche auch sind, doch sind sie immer nur Momentaufnahmen. Wichtiger ist jedoch die Frage, ob ein Land seine Schulden auch dauerhaft tragen kann. Der Internationale Währungsfonds – das klang hier auch schon mehrfach an – hat in einem „Future Workshop“ – ich nenne mal den englischen Namen – ein Modell entwickelt, das vor allem von zwei Faktoren abhängt, nämlich vom Zinsniveau und vom Wirtschaftswachstum. Fürtet man so ein Modell mit plausiblen Daten für Deutschland,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Wo sind denn die „plausiblen Daten“?)

so kann man beileibe nicht erkennen – und auch das sage ich auch noch mal in Ihre Richtung –, dass die Schulden in Deutschland aus dem Ruder laufen oder gar explodieren.

(Peter Boehringer [AfD]: Bei Kohl und Waigel waren es 60 Prozent! Wenn das Kohl und Waigel sähen!)

Auch unter diesem Blickwinkel ist das eine gute Nachricht und kein Untergangsszenarium, die Sie hier immer wieder zeigen und mit denen Sie den Menschen Sand in die Augen streuen. Aber das ist die reine Mathematik.

- (B) Mindestens genauso entscheidend ist das Vertrauen der Finanzmärkte in die Rückzahlungsfähigkeit eines Landes. Geht das verloren, kann selbst bei moderater Verschuldung eine Krise entstehen. Spätestens seit der Staatsschuldenkrise 2012 wissen wir das alle. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wovon hängt dieses Vertrauen im Kern ab? Vor allem davon, dass ein Land bei niedriger Inflation wirtschaftlich wächst. Das ist der mit Abstand wichtigste Faktor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Genau deshalb ist es so wichtig, dass wir die zusätzlichen Mittel, die uns jetzt zur Verfügung stehen, gezielt in Investitionen lenken. Deswegen will ich an dieser Stelle auch noch mal daran erinnern: Satte 20 Prozent der Ausgaben fließen unter dem Strich in Investitionen. Das ist ein Rekordwert. Ich bin der Meinung, das muss auch über 2026 hinaus genau so bleiben.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle [CDU/CSU] und Svenja Schulze [SPD])

Wenn ich „Investitionen“ sage, dann meine ich nicht die Definition, wie sie haushalterisch oftmals gerne verwendet wird, sondern ich meine das streng im ökonomischen Sinne.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Dann unterscheiden Sie zwischen Brutto- und Nettoinvestitionen! Das machen Sie nicht! Damit frisieren Sie Ihre Zahlen!)

Bei jeder zusätzlichen Ausgabe, die wir in den kommenden Jahren tätigen, müssen wir uns auf jeder Verwaltungsebene – also im Bund, bei Ländern und Kom-

munen – die Frage stellen: Ist diese Ausgabe geeignet, das Wachstumspotenzial unseres Landes zu heben? Nur darum darf es gehen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn uns das gelingt, dann sind auch die neuen Schulden kein Problem.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Und wenn das nicht gelingt?)

Ich will aber auch nach den beiden guten Nachrichten drei Punkte mahnend ansprechen. Erstens. Die Defizite, die wir gerade machen, können natürlich keine Dauerlösung sein. Zweitens – das klang ja schon mehrfach an – brauchen wir Strukturreformen.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Ja, wo sind die denn? Wir sind schon im Winter!)

Machen wir sie nicht, haben wir fiskalische Strohfeuer, und das Wachstum geht nach Ende der Programme wieder auf null zurück. Drittens. Natürlich müssen wir auch auf der Ausgabenseite genau hinschauen,

(Stephan Brandner [AfD]: Ah! – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Wann wollen Sie damit anfangen? 2030?)

und zwar stärker als bisher, wenn ich das hier mal in aller Offenheit so sagen darf. So können wir dann auch die finanziellen Spielräume schaffen, um für zukünftige Herausforderungen und Krisen gewappnet zu sein; denn die werden sicher kommen. Keiner kann davon ausgehen, dass wir nicht auch in Zukunft Herausforderungen haben, von denen wir heute noch nichts wissen. (D)

All das war für den Haushalt 2026 wichtig, und das muss auch für die Haushalte nach 2026 unser Leitmotiv und unser Maßstab sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Für die AfD-Fraktion darf ich Stephan Brandner das Wort erteilen.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Brandner (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schwein gehabt, dass ich hier als letzter Redner der AfD noch etwas „blaue Vernunft“ in diese Debatte einbringen darf. Rund 30 Stunden Debatte liegen in den letzten Tagen hinter uns, ein Viertel davon Redezeit für die Alternative für Deutschland, ein Viertel Realismus, Fakten, Patriotismus, gute Politik für Deutschland, alternative Politik für Deutschland. Einen kompletten Alternativhaushalt haben wir unter der Führung von Michael Ependiller, unserem Haushaltschef, vorgelegt, bei dem ich mich namens der Fraktion und auch namens aller fleißigen Deutschen dafür herzlich bedanke.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Brandner

- (A) Würde dieser Alternativhaushalt angenommen, würden die Ausgaben in Deutschland um rund 125 Milliarden Euro gesenkt. Die alte Schuldenbremse, die Sie zu Beginn der Wahlperiode mit einem Finanzputsch unter Absingen schmutziger Lügenlieder ausgemerzt hatten, würden wir einhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abg. Steffen Bilger [CDU/CSU] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aber aufgrund der Zusammenschlüsse hier in diesem Haus, die ja bekanntlich keine politischen Mehrheiten sind, sondern eine deutschland- und bürgerfeindliche Seilschaft, war es das leider wieder einmal für unser Land.

Der Bundeshaushalt 2026 – Ihr Haushalt, nicht unser Haushalt, das möchte ich noch mal klarstellen – steht kurz vor der Verabschiedung und damit im schlechtesten Sinne für die Fortsetzung Ihrer deutschen demokratischen Politik. Das wissen Sie genau. Das, was Sie hier machen, ist ein hilfloses Weiter-so, ein Mit-Vollgas-gegen-die-Wand-Fahren, ein Das-war-es-eigentlich-mit-Deutschland. Bis 2029 1 Billion Euro Neuverschuldung: Das muss man sich vorstellen. Auf die Schulden, die in unserer Republik in den vergangenen 76 Jahren angehäuft wurden, legen Sie in den nächsten vier Jahren die Hälfte noch mal obendrauf.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Wiener [CDU/CSU])

- (B) Wer das auch nur ansatzweise versteht, muss zwingend Ihren Haushalt ablehnen, weil er unsere Republik weiter ruiniert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die Untergangsspirale dreht sich immer weiter. Man könnte sagen: „Ja, gut, wenn das für deutsche Interessen, für den deutschen Bürger wäre, dann ist das in Ordnung.“ Ist es aber nicht. Nur ein Bruchteil davon kommt beim deutschen Bürger an. Die Bürger zahlen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten monatlich Milliarden Euro alleine dafür, dass die Zinsen bedient werden. Die Black-Rocker werden sich wahrscheinlich darüber freuen. Und irgendwann müssen die Schulden ja auch mal getilgt werden. Das passiert nicht.

Was passiert mit dem Geld? Zig Milliarden Euro sind direkt oder indirekt für Waffen und für die Ukraine vorgesehen. Herr Merz sprach am Mittwoch von einer 170-Milliarden-Euro-Infrastrukturspritze für die Ukraine. Ich hoffe, er hat sich da versprochen und meinte 170 Millionen Euro. Das macht die Sache auch nicht viel besser, aber immerhin. Zum Dank wird uns dann von der Ukraine Korruption spendiert,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das sagen gerade Sie!)

und die Ukraine sprengt unsere Infrastruktur in die Luft. Tolle Freunde haben Sie sich da ausgesucht.

Zig Milliarden Euro – 1 Milliarde Euro pro Woche – werden an die Europäische Union überwiesen. Nur 1 Milliarde Euro kommt alle vier Wochen von der Europäischen Union zurück. Damit werden von der Leyen und

(C) ihr Stab gemästet. Das ist Ihre deutschlandfeindliche Politik, die die deutschen Bürger, den deutschen Staat massiv verschuldet, die deutsche Bürger in die Haftung nimmt und Interessen von irgendjemandem in aller Welt vertritt, aber jedenfalls nicht von uns.

(Beifall bei der AfD)

Zig Milliarden Euro für Multikulti, für Vielfaltswahn, verbunden mit dem Dank der hier Hereingeholten mit Hunderttausenden von Verbrechen, die begangen werden usw. usf;

(Zuruf der Abg. Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der Kanzleramtsanbau ist ein Milliardenbau, das Bundespräsidentenschlösschen ein Millionenbau; der Bundestag wird teurer, obwohl er weniger Abgeordnete hat und, und, und: Sie sind nicht in der Lage, zu sparen. Sie wollen nicht sparen. Sie werden unser Land weiterhin ruinieren und den Bürgern eine Schutt- und Schotterlandschaft hinterlassen. Das ist schade für dieses Land.

Wir stehen für ein besseres Deutschland. Wir kämpfen für ein Deutschland, das prosperiert, das sicher bleibt, meine Damen und Herren. Das ist der Grund für die tägliche Arbeit der Alternative für Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir wollen Frieden, Wohlstand, Gerechtigkeit: ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt. Kämpfen – das tun wir heute hier, morgen in Gießen und überhaupt für den Bürger immer wieder. Das verspreche ich von hier aus. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Als letzte Stimme in dieser Aussprache hören wir von der CDU/CSU-Fraktion Frau Dr. Inge Gräßle.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Inge Gräßle (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut, dass ich jetzt noch drankomme!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Ina Latendorf [Die Linke])

Ich habe mir schon gedacht: „Jetzt noch mal sechs Minuten“, und: „Meine tollen Unionskollegen haben in der Sache schon alles gesagt, was ich dazu noch sagen wollte“,

(Florian Oßner [CDU/CSU]: Nur nicht so gut!)

abgesehen von der „Zukunftswerkstatt Schwein“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Inge Gräßle

- (A) Aber gut, dass ich noch drankomme, weil wir uns jetzt mal mit den Argumenten – den sogenannten Argumenten – der AfD auseinandersetzen.

(Florian Oßner [CDU/CSU]: Ah, genau! – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Endlich fangen Sie an! Nach acht Jahren! – Stephan Brandner [AfD]: Stellen Sie uns inhaltlich!)

Wenn ich auf die Beratungswoche zurückblicke, dann sehe ich: Beratung hat was mit Ratgeben zu tun. Also: Was haben wir denn an Rat von Ihnen gekriegt?

Sie haben schwerpunktmäßig wieder viele Schuldige gesucht.

(Stephan Brandner [AfD]: Die brauchen wir gar nicht zu suchen!)

Ich war ganz enttäuscht: Ausnahmsweise waren jetzt mal nicht Angela Merkel

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Das hatten wir am Dienstag!)

oder alternativ der Kulturstatsminister Weimer und/oder die Flüchtlinge die Schuldigen – oder auch alle drei. Jetzt ist es die Europäische Union.

Ich kann Ihnen nur sagen: Offensichtlich hat das Schütteltrauma, von dem der Kollege eingangs gesprochen hat, bei Ihnen echt gewirkt. Acht Jahre Schütteltrauma – das verstehe ich sofort – wirken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Stephan Brandner [AfD]: Was für ein Schütteltrauma?)

(B)

Ihre Finanzvorschläge sind haarsträubend, Herr Brandner, weil sie Rechtsbruch bedeuten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Gehen Sie mal ins Detail! Schießen Sie los! – Stephan Brandner [AfD]: Ja, sagen Sie mal! Welche denn?)

Sie bauen auf Rechtsbruch, und – das möchte ich vor allem den Zuschauerinnen und Zuschauern hier und an den Bildschirmen und der Weltpresse sagen – nur auf Rechtsbruch.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Rechtsbruch? Was haben Sie denn bei Corona gemacht? Was haben Sie bei Corona gemacht?)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion zulassen?

(Zuruf: Nein!)

Dr. Inge Gräßle (CDU/CSU):

Der soll mir jetzt erst mal zuhören.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Danke.

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Dann heißt das nein.

(C)

Dr. Inge Gräßle (CDU/CSU):

Nein, genau.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sperren Sie mal Ihre Lauscher auf!

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Ich höre zu! – Stephan Brandner [AfD]: Na, dann kommen Sie doch mal mit Fakten! Nicht nur mit Wort-hülsen!)

Also, Ihr Programm bedeutet Bruch mit dem europäischen Recht, Bruch mit dem internationalen Recht und Bruch mit dem Völkerrecht.

(Stephan Brandner [AfD]: Was? Wo denn?)

Die Zahlungen an die Europäische Union, die Sie ja absenken, reduzieren wollen,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Ja!)

bedeuten für uns – was? Na? Den Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Bingo!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unser Exportmarkt verbirgt sich genau dahinter.

Wir haben damit ein großartiges Geschäft gemacht, (D) weil wir so viele exportorientierte Firmen haben.

(Peter Boehringer [AfD]: Trotz der CDU! Nicht wegen der CDU! Trotz des Euro! Nicht wegen des Euro!)

Die Arbeitsplätze hängen daran. Wir erwirtschaften ein Viertel unseres BIPs – ein Viertel ist ein riesiger Teil – im Binnenmarkt. Deswegen: Den brauchen wir unbedingt. Den wollen Sie abschaffen. Viel Vergnügen!

(Peter Boehringer [AfD]: Nein! Das will keiner! Das ist auch eine glatte Lüge!)

Ihr Wirtschaftsmodell ist: Wir schneiden uns gegenseitig die Haare.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Was?)

So hat übrigens auch der Front National angefangen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist Ihr Wirtschaftsmodell, das Sie hier aufziehen. Sie führen die Menschen in die Irre.

(Peter Boehringer [AfD]: Nein, Sie tun das doch gerade, Frau Gräßle! – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Wer hat denn vor der Wahl die Schuldenbremse verteidigt?)

Das hatten wir doch schon mal. Ihre Vorgänger haben schon mal dieses Volk hinter die Fichte geführt.

Dr. Inge Gräßle

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

Da haben wir ganz schlechte Erfahrungen gemacht – ganz schlechte!

(Peter Boehringer [AfD]: Machen Sie nur so weiter!)

Also, Sie sind wie der Elefant im Porzellanladen: Sie machen so ganz nebenbei lange gehegte und gepflegte wichtige Prozesse und Politiken unwiederbringlich kaputt.

(Stephan Brandner [AfD]: Welche denn? – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Sie machen das Land kaputt!)

Wenn die Europäische Union auseinanderfällt,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Ah!)

werden wir nicht mehr die Kraft haben, sie zusammenzufügen, nie mehr.

(Peter Boehringer [AfD]: O Gott! Das bringt uns alleine heute 140 Milliarden, die wir nicht an die Ukraine zahlen! – Stephan Brandner [AfD]: Wie kommen Sie denn darauf?)

Und es ist kompliziert und ganz schwierig, sie zusammenzuhalten. Das ist total schwierig. Deswegen: Meine Hochachtung und meine besten Wünsche an Sie alle! Es muss gelingen, die Europäische Union zusammenzuhalten.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Das klappt nur mit deutschem Steuergeld, oder was?)

Ja, wir alle müssen Kompromisse schließen. Ich möchte Ihnen jetzt gar nicht sagen, welche Kompromisse ich mit meinen Kollegen der SPD schließen musste.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage aus der AfD-Fraktion zulassen?

Dr. Inge Gräßle (CDU/CSU):

Kann er nicht mal die Lauscher aufsperrn?

(Peter Boehringer [AfD]: Ich habe sie ja aufgesperrt! Deshalb kommt ja die Frage!)

Nein. – Hören Sie mal zu! Dann lernen Sie was.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Stephan Brandner [AfD]: Das verlängert Ihre Redezeit!)

Ihr Programm ist der Untergang dieses Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken – Florian Oßner [CDU/

- CSU]: Sehr richtig, sehr richtig! – Stephan Brandner [AfD]: Unser Land ist schon ganz unten!)

Sie sind leichtfertig – leichtfertig! Sie reden einfach fahrlässig daher. Sie provozieren unsere Nachbarn.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Was hat denn der Kanzler mit Brasilien gemacht?)

Und Sie provozieren übrigens im internationalen Umfeld eine Situation, wo alle, die als Facharbeiter nach Deutschland kommen könnten, sagen: Um Gottes willen! Vielleicht ist das gar keine gute Idee.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Weil wir an die EU nicht mehr so viel Geld überweisen? – Weiterer Zuruf von der AfD: Hauptsächlich wegen Ihrer Wirtschaftspolitik!)

Sie führen dieses Land in die Isolation, und dadurch treiben Sie es in die Arme Russlands.

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Was? – Stephan Brandner [AfD]: Entweder isoliert oder in die Arme Russlands! Da müssen Sie sich schon entscheiden!)

Das erfüllt für mich die klassischen Kriterien des Vaterlandsverrats. Leute, das ist Vaterlandsverrat! Mit uns nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der Linken)

- Jetzt haben die Grünen so nett geklatscht. Aber ich muss euch trotzdem noch was sagen. (D)

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na klar!)

Liebe Freunde von den Grünen – Freundinnen, wer auch immer –,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Ach, das sind Ihre Freunde! – Stephan Brandner [AfD]: Oh! Wer solche Freunde hat! – Peter Boehringer [AfD]: Hört! Hört!)

wenn die Demokraten nicht zusammenhalten, dann wird das nichts.

(Heidi Reichinnek [Die Linke]: Sagen Sie das mal Ihrer eigenen Fraktion!)

Also, warum müssen wir hier aufeinander einprügeln? Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben das Beste daraus gemacht, ganz ehrlich.

(Lachen des Abg. Peter Boehringer [AfD] – Dr. Michael Ependiller [AfD]: Das ist alles? – Stephan Brandner [AfD]: Wir waren stets bemüht!)

Auch ich hätte den einen oder anderen Verbesserungsvorschlag.

(Beifall der Abg. Isabel Mackensen-Geis [SPD] – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Dr. Inge Gräßle

- (A) Wir haben im Haushaltsausschuss das Beste daraus gemacht.

(Zuruf des Abg. Florian Oßner [CDU/CSU])

Aber eines geht gar nicht: dass man uns fehlende Courage unterstellt,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Doch!)

die fehlende Bereitschaft, Dinge zu verändern,

(Dr. Michael Ependiller [AfD]: Was ändern Sie denn?)

oder die fehlende Bereitschaft, die Dinge anders zu machen. Das ist ein guter Haushalt, das ist eine tolle Geschichte,

(Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Glaubwürdigkeit leidet gerade, Inge! Mach es nicht schlimmer!)

weil wir damit Investitionen bekommen und weil wir damit den Turnaround für die Wirtschaft hinkriegen.

(Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Du weißt es doch besser, Inge! Du weißt es besser!)

Deswegen ist das eine gute Sache.

Glück auf und schönes Wochenende! Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Zu einer Kurzintervention darf ich das Wort dem Abgeordneten Martin Reichardt von der AfD erteilen.

(Zurufe von der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Martin Reichardt (AfD):

Ich möchte Sie als Angehörige einer der regierungs-tragenden Fraktionen etwas fragen. Wir haben hier von der SPD-Fraktion eine maßlose Hetzrede gegen Männer gehört,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Dr. Paula Piechotta [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fühlen Sie sich angesprochen?)

offensichtlich stark komplexbehaftet. Ich möchte Sie bitten, vielleicht einmal dazu eine Aussage zu machen, ob diese Hetze gegen Männer auch Unionspolitik ist,

(Lisa Paus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Vortrag von Statistik! Das waren Fakten und keine Hetze!)

ob Sie allen Ernstes ausblenden, dass wir seit 2015 einen dramatischen Anstieg der Gewalt gegen Frauen haben, und die statistischen Zahlen negieren:

(Marcel Bauer [Die Linke]: Meine Damen und Herren, es spricht die fragile Männlichkeit!)

Zwei Drittel der Frauen, die in Frauenhäusern sind, haben Migrationshintergrund. Auch ein erheblicher Teil der Täter hat Migrationshintergrund; sie sind weit überproportional vertreten. Da möchte ich von Ihnen gerne wissen, ob der Unsinn, der da von der Sozialdemokratie erzählt worden ist, auch die Meinung der Union ist.

(Beifall bei der AfD – Dr. Till Steffen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schämen Sie sich! – Heidi Reichinnek [Die Linke]: Warum haben Sie denn nicht den Kollegen von der SPD gefragt? Warum haben Sie den Mann nicht gefragt? Warum fragen Sie eine Frau? Feigling! – Dr. Sebastian Schäfer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat nichts mit ihrer Rede zu tun!)

Dr. Inge Gräßle (CDU/CSU):

Danke für die Frage. – Nein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Linken)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf darauf hinweisen, dass der verehrte Kollege Jakob Maria Mierscheid von der SPD seine Rede zum Thema „Zukunftswerkstatt Schwein“ zu Protokoll gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und der Linken sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D)

Wir kommen zur Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2026 auf den Drucksachen 21/600, 21/602, 21/2002, 21/2010, 21/2011, 21/2012, 21/2014, 21/2832, 21/2060, 21/2061, 21/2062 und 21/2063. Es ist namentliche Abstimmung verlangt, und ich darf darauf hinweisen, dass mehrere **Erklärungen** zur Abstimmung hinterlegt worden sind.¹⁾

Die Abgeordneten hier im Saal bitte ich, noch einen Moment zu bleiben, da wir noch über vier Entschließungsanträge abstimmen müssen.

Sie haben zur Abgabe Ihrer Stimme 20 Minuten Zeit. Die Plätze an den Urnen sind besetzt; es ist 14:27 Uhr. Um 14:47 Uhr werden wir die Urnen schließen. Ich eröffne hiermit die Schlussabstimmung über das Haushaltsgesetz 2026. Auf das bevorstehende Ende der namentlichen Abstimmung werde ich dann kurz vorher noch einmal hinweisen.²⁾

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließungsanträge und beginnen mit dem Entschließungsantrag der Fraktion der AfD

(Stephan Brandner [AfD]: Sehr guter Antrag!)

auf Drucksache 21/2908. Wer stimmt dafür? – Das ist die AfD-Fraktion. Die Gegenprobe! – Das sind alle anderen. Ich darf fragen, ob sich jemand der Stimme enthält. – Das kann ich nicht erkennen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

¹⁾ Anlage 3

²⁾ Ergebnis Seite 5271 D

Vizepräsident Bodo Ramelow

- (A) Wir kommen zu den zwei Entschließungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Entschließungsantrag auf Drucksache 21/2902. Wer stimmt dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Linke, SPD-Fraktion, CDU/CSU-Fraktion und AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Kann ich keine erkennen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Entschließungsantrag auf Drucksache 21/2903. Wer stimmt dafür? – Das ist Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – AfD-Fraktion, CDU/CSU-Fraktion, SPD-Fraktion und Die Linke. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Schließlich kommen wir zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 21/2904. Wer stimmt dafür? – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich darf darauf hinweisen: Wir befinden uns in der namentlichen Abstimmung. Ich darf Sie bitten, in Ruhe Ihrer Abstimmungspflicht nachzukommen.

Ich wende mich jetzt mal an die Zuschauer auf den Tribünen. Damit Sie nicht das Gefühl haben, hier würde Langeweile aufkommen, auch wenn es für Sie so aussehen mag: Es findet eine namentliche Abstimmung statt. Das heißt, die Abgeordneten befinden sich alle draußen in der Lobby; da wird abgestimmt. Um 14:47 Uhr schließe ich die Urnen und damit den Wahlvorgang. Die Stimmen werden danach etwa zehn Minuten lang ausgezählt, und dann steht das Ergebnis der Abstimmung über den Haushalt für das Jahr 2026 fest. Damit haben wir dann einen Bundeshaushalt, auf dessen Rechtskraft die ganze Bundesrepublik – die Bundesländer und auch die kommunale Familie – vertrauen kann. Das findet hier in den letzten Minuten statt. Mehr wird heute im Plenarsaal nicht mehr passieren. Wir im Präsidium werden darauf achten, dass hier keine lebhaftere Debatte mehr ausbricht.

Und den von mir erwähnten Abgeordneten Jakob Maria Mierscheid gibt es nicht.

(Maja Wallstein [SPD]: Stimmt nicht!)

Um das mal zu erklären:

(Mechthilde Wittmann [CDU/CSU]: Klär doch die „Zukunftswerkstatt“ auf!)

Er ist ein Ehrenmitglied der SPD-Fraktion, und das sogenannte Mierscheid-Gesetz besagt, dass sich die Wahlergebnisse der SPD immer an der Bruttostahlproduktion eines jeweiligen Bundeslandes orientieren. Aber das bezog sich eben nur auf Westdeutschland. Seitdem wir eine vereinigte Bundesrepublik sind, ist Jakob Maria Mierscheid seltener im Bundestag aufgetreten.

Sie haben es vielleicht gemerkt: Alle Rednerinnen und Redner haben den Begriff „Zukunftswerkstatt Schwein“ als Running Gag aufgenommen. Ich habe mich hier oben königlich amüsiert, dass wirklich fast jede oder jeder die „Zukunftswerkstatt Schwein“ in irgendeiner Form an irgendeiner Stelle in ihrem oder seinem Redemanuskript verarbeitet hat. Das ändert nichts an der Ernsthaftigkeit der vorgetragenen Rede. Aber es macht fröhlich und zeigt, dass es eben doch Menschen sind, die zusammen die Verantwortung für unser Land tragen.

So weit von mir der Versuch, Ihnen das, was hier im Hohen Haus passiert, etwas näher zu bringen.

(Beifall – Maja Wallstein [SPD]: Alles im Protokoll!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf darauf hinweisen, dass die Abstimmung noch vier Minuten läuft, jetzt drei Minuten; wir zählen langsam rückwärts. Ich bitte jetzt wirklich alle Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben, das möglichst zügig zu machen. Um 14:47 Uhr werden wir die Urnen schließen.

Es ist 14:47 Uhr. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Urnen jetzt zu schließen.

(Zuruf: Halt! Da kommt noch einer)

– Das kann ich jetzt nicht mehr beeinflussen. Angekündigt und vorgewarnt hatte ich ausreichend. – Ich darf jetzt um die Auszählung bitten. Ich unterbreche die Sitzung, bis wir das Ergebnis vorgelegt bekommen und ich es von hier oben verkünden kann.

(Unterbrechung von 14:47 bis 14:54 Uhr)

Vizepräsident Bodo Ramelow:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich darf Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung** über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026), Drucksachen 21/600, 21/602, 21/2002, 21/2010, 21/2011, 21/2012, 21/2014, 21/2832, 21/2060, 21/2061, 21/2062 und 21/2063, bekannt geben:

Abgegebene Stimmkarten 574. Mit Ja haben gestimmt 322, mit Nein haben gestimmt 252, Enthaltungen gab es keine. Damit ist das Haushaltsgesetz angenommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 574;

davon

ja:

nein:

Ja**CDU/CSU**

Knut Abraham

Anna Aeikens

Stephan Albani

Norbert Maria Altenkamp

Philipp Amthor

Dr. Reza Asghari

Tijen Ataoğlu

Artur Auernhammer

Peter Aumer

Dr. Cornell-Anette

Babendererde

Dorothee Bär

Thomas Bareiß

Günter Baumgartner

Sascha van Beek

Melanie Bernstein

Peter Beyer

Marc Biadacz

(A)	Steffen Bilger Florian Bilic Simone Borchardt Caroline Bosbach Frederik Bouffier Michael Brand (Fulda) Dr. Reinhard Brandl Silvia Breher Ralph Brinkhaus Lutz Brinkmann Dr. Carsten Brodesser Dr. Marlon Bröhr Benedikt Büdenbender Dr. Yannick Bury Sandra Carstensen Gitta Connemann Wolfgang Dahler Ellen Demuth Alexander Dobrindt Michael Donth Dr. Florian Dorn Dr. Hülya Düber Hansjörg Durz Joachim Ebmeyer Ralph Edelhäußer Lars Ehm Alexander Engelhard Martina Englhardt-Kopf Thomas Erndl Bastian Ernst Hermann Färber Uwe Feiler	Anne Janssen Thomas Jarzombek Alexander Jordan Andreas Jung Nicklas Kappe Anja Karliczek Ronja Kemmer Roderich Kiesewetter Michael Kießling Dr. Georg Kippels Dr. Ottilie Klein Julia Klöckner Axel Knoerig Daniel Kölbl Hans Koller Anne König Markus Koob Dr. Stefan Korbach Carsten Körber Dr. Konrad Körner Gunther Krichbaum Lukas Krieger Dr. Günter Krings Tilman Kuban Ulrich Lange Armin Laschet Dr. Silke Launert Jens Lehmann Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Saskia Ludwig Klaus Mack Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Christian Moser Axel Müller Florian Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Dr. Stefan Nacke Wilfried Oellers Florian Oest Harald Orthey Florian Oßner Josef Oster Dr. Thomas Pauls Dr. Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß Dr. Martin Plum Jan-Wilhelm Pohlmann Dr. David Preisendanz Thomas Rachel Alexander Radwan Alois Rainer	Pascal Reddig Henning Rehbaum Dr. Markus Reichel Lars Rohwer Johannes Rothenberger Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Thomas Röwekamp Albert Rupprecht Catarina dos Santos-Wintz Carl-Philipp Sassenrath Henri Schmidt Sebastian Schmidt Patrick Schnieder Felix Schreiner Marvin Schulz Nora Seitz Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Jens Spahn Katrin Staffler Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Sebastian Steineke Johannes Steiniger Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Stephan Stracke Dr. Katja Strauss-Köster Dr. Hendrik Streeck Christina Stumpp Vivian Tauschwitz Roland Theis Dr. Hans Theiss Alexander Throm Astrid Timmermann-Fechter Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Johannes Volkmann Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Siegfried Walch Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Dr. Maria-Lena Weiss Kai Whittaker Johannes Wiegmann Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willsch Johannes Winkel Elisabeth Winkelmeier-Becker Tobias Winkler Mechthilde Wittmann Mareike Wulf Emmi Zeulner Paul Ziemiak Nicolas Zippelius Vanessa Zobel	(C)
(B)			SPD Sanae Abdi Adis Ahmetovic Reem Alabali Radovan Daniel Baldy Sören Bartol Bärbel Bas Jens Behrens Daniel Bettermann Jakob Blankenburg Hendrik Bollmann Isabel Cademartori Jürgen Coße Hakan Demir Jan Dieren Esther Dilcher Sabine Dittmar Felix Döring Falko Droßmann Sonja Eichwede Dr. Wiebke Esdar Saskia Esken Nancy Faeser Dr. Johannes Fechner Sebastian Fiedler Martin Gerster Angelika Glöckner Kerstin Griesse Bettina Hagedorn Metin Hakverdi Sebastian Hartmann Hubertus Heil (Peine) Frauke Heiligenstadt Gabriela Heinrich Nadine Heselhaus Heike Heubach Jasmina Hostert Verena Hubertz Frank Junge Oliver Kaczmarek Elisabeth Kaiser Macit Karaahmetoğlu Dr. Franziska Kersten Helmut Kleebank Lars Klingbeil Annika Klose Tim Klüssendorf Dr. Bärbel Kofler Anette Kramme Dunja Kreiser Martin Kröber Dr. Karl Lauterbach Esra Limbacher Helge Lindh Bettina Lugk Dr. Tanja Machalet Isabel Mackensen-Geis Holger Mann Parsa Marvi Katja Mast Kathrin Michel Dr. Matthias Miersch Matthias David Mieves Claudia Moll	(D)

- | | | | | | |
|-----|---|--|---|--|-----|
| (A) | Siemtje Möller
Dr. Rolf Mützenich
Rasha Nasr
Josephine Ortleb
Mahmut Özdemir
(Duisburg)
Aydan Özoğuz
Dr. Christos Pantazis
Natalie Pawlik
Jens Peick
Boris Pistorius
Sabine Poschmann
Martin Rabanus
Truels Reichardt
Daniel Rinkert
Dennis Rohde
Sebastian Roloff
Dr. Philipp Rottwilm
Dr. Thorsten Rudolph
Daniela Rump
Bernd Rützel
Johann Saathoff
Johannes Schätzl
Dr. Nina Scheer
Christoph Schmid
Dr. Nils Schmid
Uwe Schmidt
Dagmar Schmidt (Wetzlar)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz | Nein
AfD
Alexander Arpaschi
Adam Balten
Dr. Christina Baum
Carsten Becker
Marc Bernhard
Birgit Bessin
Andreas Bleck
Joachim Bloch
Dr. Michael Bloss
René Bochmann
Peter Boehringer
Peter Bohnhof
Gereon Bollmann
Torben Braga
Dirk Brandes
Stephan Brandner
Erhard Brucker
Marcus Bühl
Tino Chrupalla
Dr. Gottfried Curio
Christian Douglas
Christopher Dröbler
Tobias Ebenberger
Dr. Michael Ependiller
Micha Fehre
Peter Felser
Jan Feser
Thomas Fetsch
Hauke Finger
Markus Frohnmaier
Dr. Götz Frömming
Rainer Galla
Boris Gamanov
Dr. Alexander Gauland
Alexis L. Giersch
Ronald Gläser
Hannes Gnauck
Hans-Jürgen Goßner
Kay Gottschalk
Rainer Groß
Lars Haise
Mirco Hanker
Jochen Haug
Matthias Helferich
Udo Theodor Hemmelgarn
Stefan Henze
Martin Hess
Nicole Hess
Nicole Höchst
Leif-Erik Holm
Gerrit Huy
Steffen Janich
Robin Jünger
Dr. Michael Kaufmann
Martina Kempf
Rocco Kever
Kurt Kleinschmidt
Maximilian Kneller
Heinrich Koch
Achim Köhler
Enrico Komning | Jörn König
Thomas Korell
Steffen Kotré
Dr. Rainer Kraft
Manuel Krauthausen
Thomas Ladzinski
Pierre Lamely
Sascha Lensing
Rüdiger Lucassen
Sebastian Maack
Johann Martel
Markus Matzerath
Andreas Mayer
Danny Meiners
Knuth Meyer-Soltau
Sergej Minich
Reinhard Mixl
Stefan Möller
Edgar Naujok
Iris Nieland
Gerold Otten
Andreas Paul
Denis Pauli
Tobias Matthias Peterka
Stephan Protschka
Kerstin Przygodda
Marcel Queckemeyer
Dr. Anna Rathert
Arne Raue
Christian Reck
Lukas Rehm
Martin Reichardt
Martin Erwin Renner
Matthias Rentzsch
Dr. Rainer Rothfuß
Ruben Rupp
Bernd Schattner
Raimond Scheirich
Volker Scheurell
Ulrike Schielke-Ziesing
Lars Schieske
Carina Schießl
Manfred Schiller
Jan Wenzel Schmidt
Julian Schmidt
Dr. Paul Schmidt
Stefan Schröder
Georg Schroeter
Uwe Schulz
René Springer
Thomas Stephan
Beatrix von Storch
Otto Strauß
Tobias Teich
Robert Teske
Bastian Treuheit
Martina Uhr
Mathias Weiser
Claudia Weiss
Sven Wendorf
Wolfgang Wiehle
Dr. Christian Wirth
Dr. Alexander Wolf
Christian Zaum | Dr. Daniel Zerbin
Kay-Uwe Ziegler
Diana Zimmer
Jörg Zirwes
Ulrich von Zons | (C) |
| | | | BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Dr. Alaa Alhamwi
Tarek Al-Wazir
Ayse Asar
Andreas Audretsch
Lisa Badum
Karl Bär
Katharina Beck
Victoria Broßart
Agnieszka Brugger
Dr. Janosch Dahmen
Dr. Sandra Detzer
Jeanne Dillschneider
Deborah Düring
Timon Dzienus
Harald Ebner
Leon Eckert
Marcel Emmerich
Simone Fischer
Schahina Gambir
Matthias Gastel
Katrin Göring-Eckardt
Dr. Armin Grau
Dr. Lena Gumnior
Linda Heitmann
Dr. Moritz Heuberger
Dr. Anton Hofreiter
Julian Joswig
Dr. Kirsten Kappert-Gonthier
Michael Kellner
Misbah Khan
Chantal Kopf
Ricarda Lang
Sven Lehmann
Rebecca Lenhard
Helge Limburg
Dr. Andrea Lübecke
Max Lucks
Dr. Anna Lührmann
Dr. Zoe Mayer
Swantje Henrike Michaelsen
Dr. Irene Mihalic
Boris Mijatović
Sascha Müller
Sara Nanni
Dr. Ophelia Nick
Dr. Konstantin von Notz
Karoline Otte
Lisa Paus
Dr. Paula Piechotta
Dr. Anja Reinalter
Sylvia Rietenberg
Corinna Rüffer
Dr. Sebastian Schäfer
Ulle Schauws
Stefan Schmidt | | |
| (B) | Johannes Schrapf
Michael Schrodin
Svenja Schulze
Frank Schwabe
Stefan Schwartz
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Dr. Lina Seitzl
Dr. Ralf Stegner
Ruppert Stüwe
Michael Thews
Markus Töns
Carsten Träger
Anja Troff-Schaffarzyk
Derya Türk-Nachbaur
Ingo Vogel
Marja-Liisa Völlers
Dirk Vöpel
Dr. Carolin Wagner
Maja Wallstein
Daniel Walter
Carmen Wegge
Dirk Wiese
Serdar Yüksel
Stefan Zierke
Armand Zorn | | | | (D) |
| | Fraktionslos
Stefan Seidler | | | | |

(A)	Marlene Schönberger Nyke Slawik Dr. Till Steffen Sandra Stein Hanna Steinmüller Kassem Taher Saleh Awet Tesfaiesus Katrin Uhlig Mayra Vriesema Niklas Wagener Robin Wagener Johannes Wagner Tina Winklmann	Dr. Michael Arndt Dr. Dietmar Bartsch Marcel Bauer Violetta Bock Jorrit Bosch Janina Böttger Anne-Mieke Bremer Maik Brückner Clara Bünger Jörg Cezanne Agnes Conrad Mirze Edis Mandy Eißing Dr. Fabian Fahl Katrin Fey Kathrin Gebel Katalin Gennburg Vinzenc Glaser	Nicole Gohlke Christian Görke Ates Gürpınar Dr. Gregor Gysi Mareike Hermeier Luke Hoß Cem Ince Maren Kaminski Jan Köstering Ina Latendorf Caren Lay Sonja Lemke Tamara Mazzi Pascal Meiser Sahra Mirow Charlotte Antonia Neuhäuser Cansu Özdemir	Luigi Pantisano Sören Pellmann Bodo Ramelow Heidi Reichinnek Lea Reisner Zada Salihović David Schliesing Evelyn Schötz Ines Schwerdtner Julia-Christina Stange Ulrich Thoden Donata Vogtschmidt Sarah Vollath Sascha Wagner Janine Wissler Anne Zerr	(C)
	Die Linke Doris Achelwilm Gökay Akbulut Jan van Aken				

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben oder an einer Parlamentarischen Versammlung teilnehmen, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

Wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen allen und auch unseren Zuschauern einen frohen ersten Advent wünschen.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages ein auf Mittwoch, den 3. Dezember 2025, 14 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen. Bleiben Sie behütet!

(Schluss: 14:56 Uhr)

(B)

(D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Entschuldigte Abgeordnete**

Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
Amtsberg, Luise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Merendino, Stella	Die Linke
Bachmann, Carolin	AfD	Moosdorf, Matthias	AfD
Banaszak, Felix	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Müller, Claudia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Baumann, Dr. Bernd	AfD	Münzenmaier, Sebastian	AfD
Benner, Lukas	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Polat, Filiz	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Beutin, Lorenz Gösta	Die Linke	Pöpsel, Oliver	CDU/CSU
Birghan, Dr. Christoph	AfD	Radomski, Kerstin	CDU/CSU
Bodin, Leif Erik	CDU/CSU	Roth, Claudia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Brantner, Dr. Franziska	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Rudzka, Angela (gesetzlicher Mutterschutz)	AfD
Castellucci, Dr. Lars	SPD	Schäfer, Jamila (gesetzlicher Mutterschutz)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Dröge, Katharina	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schenderlein, Dr. Christiane	CDU/CSU
(B) Gesenhues, Dr. Jan-Niclas	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Schneider, Julia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Hahn, Dr. Ingo	AfD	Seif, Detlef (Teilnahme an einer Parl. Versammlung)	CDU/CSU
Hilmer, Olaf	AfD	Seifert, Dario	AfD
Jacobi, Fabian	AfD	Sichert, Martin	AfD
Kaddor, Lamyia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Stadler, Svenja	SPD
Kaufmann, Dr. Malte	AfD	Valent, Aaron	Die Linke
Keuter, Stefan	AfD	Vandre, Isabelle	Die Linke
Knodel, Sieghard	fraktionslos	Verlinden, Dr. Julia	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Koçak, Ferat	Die Linke	Weidel, Dr. Alice	AfD
Koegel, Jürgen	AfD	Willnat, Christin	Die Linke
Köktürk, Cansin	Die Linke		
Krah, Dr. Maximilian (Teilnahme an einer Parl. Versammlung)	AfD		
Lemke, Steffi	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		
Loop, Denise	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		

(D)

(A) Anlage 2**Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten Dr. Irene Mihalic (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu der Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zum Finanzplan des Bundes

(Tagesordnungspunkt I.23)

Ich erkläre im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass unser Votum Zustimmung lautet.

Anlage 3**Erklärungen nach § 31 GO**

zu der namentlichen Abstimmung über die dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026)

(Tagesordnungspunkt II)

Dr. Yannick Bury (CDU/CSU):

(B) Ich stimme dem Haushaltsgesetz 2026 sowie dem Bundeshaushaltsplan 2026 zu, weil darin für das kommende Jahr wesentliche staatliche Leistungen gewährleistet und die Handlungsfähigkeit des Staates gesichert werden. Gleichzeitig begrüße ich ausdrücklich im Bundeshaushalt 2026 neu gesetzte Schwerpunkte, etwa im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit. Zugleich sehe ich jedoch deutlichen Reformbedarf. Der vorliegende Haushalt adressiert die strukturellen Herausforderungen unseres Landes sowie drohende Haushaltsrisiken unzureichend.

Deutschland braucht eine grundlegende Modernisierung seiner staatlichen Strukturen. Dazu gehören effizientere Verwaltungsprozesse, eine systematische Entbürokratisierung und eine konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik der öffentlichen Hand. Die Finanzhilfen des Bundes müssen einer kritischen Bestandsprüfung unterzogen werden. Die sozialen Sicherungssysteme bedürfen Reformen, um die demografischen Herausforderungen meistern zu können. Zudem ist eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen nötig, um Verantwortlichkeiten klarer zu ordnen und die kommunale Selbstverwaltung zu sichern.

Diese Schritte sind die Voraussetzungen dafür, Haushaltsrisiken entgegenzuwirken, die sich im vorliegenden Haushaltsplan und der Finanzplanung der Bundesregierung bis 2029 widerspiegeln und zu einer zunehmenden Versteinerung der öffentlichen Finanzen zu führen drohen. Die damit verbundenen drohenden Einschränkungen künftiger fiskalpolitischer Handlungsfähigkeit müssen korrigiert werden. Zudem muss die grundsätzliche Finanzierung staatlicher Kernaufgaben und laufender Ausgaben aus laufenden Einnahmen anstelle von Krediten perspektivisch wiederhergestellt werden.

(C) Meine Zustimmung zum Haushaltsgesetz 2026 und zum Bundeshaushaltsplan 2026 ist daher kein Ausdruck vorbehaltloser inhaltlicher Zustimmung, sondern ein Votum für die Aufrechterhaltung staatlicher Handlungsfähigkeit. Verbunden damit ist meine klare Erwartung, dass überfällige Strukturreformen, die Konsolidierung öffentlicher Ausgaben und eine Neuordnung der Haushaltsstruktur, die eine dauerhafte Kreditfinanzierung öffentlicher Kernaufgaben und laufender Ausgaben vermeidet, zeitnah und entschlossen angegangen werden.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU):

Ich habe dem Haushaltsgesetz 2026 sowie dem Bundeshaushaltsplan 2026 zugestimmt, weil darin für das kommende Jahr wesentliche staatliche Leistungen gewährleistet, die Handlungsfähigkeit des Staates gesichert sowie neue Schwerpunkte im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit gesetzt werden. Zugleich sehe ich aber deutlichen Reformbedarf und teile die Kritik, dass der Haushalt die strukturellen Herausforderungen unseres Landes nur unzureichend adressiert.

Deutschland braucht eine grundlegende Modernisierung seiner staatlichen Strukturen. Dazu gehören effizientere Verwaltungsprozesse, eine systematische Entbürokratisierung und eine konsequente Aufgaben- und Ausgabenkritik der öffentlichen Hand. Die sozialen Sicherungssysteme bedürfen Reformen, um die demografischen Herausforderungen meistern zu können. Zudem ist eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen nötig, um Verantwortlichkeiten klarer zu ordnen und die kommunale Selbstverwaltung zu sichern. **(D)**

Diese Reformen sind notwendig, um auch in kommenden Jahren fiskalische Handlungsspielräume zu erhalten. Darüber hinaus muss die grundlegende Finanzierung staatlicher Kernaufgaben aus laufenden Einnahmen wiederhergestellt werden, um die langfristige Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte sicherzustellen.

Meine Zustimmung zum Haushaltsgesetz 2026 sowie zum Bundeshaushaltsplan 2026 ist daher kein Ausdruck vorbehaltloser inhaltlicher Zufriedenheit, sondern ein Votum für die Aufrechterhaltung staatlicher Handlungsfähigkeit. Verbunden damit ist meine klare Erwartung, dass diese überfälligen Strukturreformen sowie die Konsolidierung öffentlicher Ausgaben zeitnah und entschlossen angegangen werden.

Diese Beweggründe lege ich hiermit offen.

Anlage 4**Amtliche Mitteilungen ohne Verlesung**

Der Bundesrat hat in seiner 1059. Sitzung am 21. November 2025 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen:

– **Gesetz zur Neuregelung maschinenrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Paketboten-Schutz-Gesetzes**

(A) Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:

Der Artikel 1 (Maschinendurchführungsgesetz) ist nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuregelung maschinenrechtlicher Vorschriften und zur Änderung des Paketboten-Schutz-Gesetzes umgehend zu ändern und an die Rechtsvorschriften, die aufgrund der Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2748 und der Richtlinie (EU) 2024/2749 zu Notfallverfahren geändert werden müssen, anzupassen.

Im Rahmen einer Überarbeitung des Maschinendurchführungsgesetzes sollte § 8 (Notfallverfahren) wie folgt gefasst werden:

„§ 8

Notfallverfahren

(1) Sofern die zuständige Behörde das Inverkehrbringen oder die Inbetriebnahme von bestimmten Maschinen oder dazugehörigen Produkten nach Artikel 25c Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1230 genehmigt, hat sie die Europäische Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unverzüglich über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin zu unterrichten.

(3) Sofern die zuständige Behörde eine in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union nach Artikel 25c Absatz 1 der Verordnung (EU) 2023/1230 erteilte Genehmigung nach Artikel 25c Absatz 4 der Verordnung (EU) 2023/1230 anerkannt hat, hat sie die Europäische Kommission und die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unverzüglich über die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin zu unterrichten.“

Zusätzlich sollte ein neuer Absatz 5 eingefügt werden:

„(5) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wird im Falle der Aktivierung des sogenannten Binnenmarkt-Notfalls im Sinne der Verordnung (EU) 2024/2747 ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Verfahren zum Nachweis der grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsschutzanforderungen zur Genehmigung nach Artikel 25c Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/426 in der Fassung vom 9. Oktober 2024 zur Bestimmung der Verkehrsfähigkeit für krisenrelevante Produkte zu regeln.

Durch diese Rechtsverordnung kann insbesondere geregelt werden:

1. Art und Umfang des Nachweisverfahrens,
2. Abweichungen von den Konformitätsbewertungsverfahren,
3. notwendige Prüf-Spezifikationen,
4. Kennzeichnungs- und Informationspflichten sowie
5. das Antragsverfahren.

Die Rechtsverordnung kann erlassen werden, soweit durch die Europäische Kommission kein vorrangiger Durchführungsrechtsakt erlassen wurde.“ (C)

Begründung:

Die o. g. Änderungsvorschläge werden als zwingend angesehen, da für weitere nationale Rechtsvorschriften, die aufgrund der Durchführung der Verordnung (EU) 2024/2748 und der Richtlinie (EU) 2024/2749 zu Notfallverfahren geändert werden müssen, analoge Anträge der Länder zur Zuständigkeitsverteilung gestellt werden.

§ 8 Absatz 1 und 3 des Maschinendurchführungsgesetzes implizieren, dass Marktüberwachungsbehörden der Länder Genehmigungen für das Inverkehrbringen bestimmter Maschinen erteilen können sollen, bei denen aufgrund eines Binnenmarkt-Notfalls das vorgeschriebene Konformitätsbewertungsverfahren durch eine notifizierte Stelle nicht durchgeführt werden kann.

Nach Artikel 83 des Grundgesetzes obliegt die Ausführung von Bundesgesetzen jedoch den Ländern als eigene Angelegenheit. Die Zuständigkeit für das Notfallverfahren ist daher landesspezifisch festzulegen. Eine bundeseinheitliche Festlegung der zuständigen Behörde würde in die Organisationshoheit der Länder eingreifen. Die Formulierung „zuständige Behörde“ stellt sicher, dass die Länder die für das Notfallverfahren sachlich und organisatorisch geeignete Behörde selbst bestimmen können. (D)

Das Notfallverfahren gemäß Artikel 25c der Verordnung (EU) 2023/1230 erfordert spezifische Prüf- und Fachkompetenz, wie sie bei notifizierte Stellen vorhanden ist. Marktüberwachungsbehörden sind für die Überwachung bereits in Verkehr gebrachter Produkte zuständig. Hierbei werden sie von Prüflaboratorien unterstützt. Im Notfallverfahren soll mittels allumfassender Prüfung inklusive weitreichender Bewertung der Konformität von Produkten der Marktzugang durch die Marktüberwachungsbehörden schneller ermöglicht werden. Diese systemfremde Aufgabe sollte nicht pauschal auf Marktüberwachungsbehörden übertragen werden.

Eine Beschleunigung des Verfahrens für das Inverkehrbringen von Maschinen während eines Binnenmarkt-Notfalls kann durch die Verlagerung der Genehmigungserteilung in den nachgeordneten Bereich nicht immer zuverlässig erreicht werden, weil hierfür Prüfverfahren entwickelt und deren Ergebnisse antragsspezifisch bewertet werden müssen. Auch wenn Marktüberwachungsbehörden über fundierte Erfahrung in der Überwachung verfügen, gehört die Erarbeitung dieser Verfahren und die Genehmigung von produktspezifischen Anträgen nicht zu ihren Aufgaben. Eine Übertragung

- (A) dieser Zuständigkeit kann zu Abweichungen von etablierten Bewertungsstandards führen und das Inverkehrbringen sicherer Produkte beeinträchtigen. Da es sich um seltene Fälle handelt, können Unsicherheiten bei der Umsetzung zu ungewollten Verzögerungen im Genehmigungsverfahren führen.
- Gemäß der BR-Drucksache 547/25 sieht auch der Nationale Normenkontrollrat (NKR) Möglichkeiten einer Rechts- und Verwaltungsvereinfachung für die Prüfung im Binnenmarkt-Notfall und schlägt konkrete Maßnahmen vor, u. a. die Bündelung der Prüfaufgaben bei einer zentralen Stelle oder alternativ bei einigen wenigen Prüfstellen. Damit müssten nicht alle Marktüberwachungsstellen der Länder spezifisches Wissen oder bestimmte Verfahren vorhalten und der damit verbundene administrative Aufwand würde begrenzt. Die Formulierung „zuständige Behörde“ gibt hierfür die notwendige Flexibilität.
- Die Forderung nach einer Verordnungsermächtigung des Bundes folgt ebenfalls den Erläuterungen des Normenkontrollrates. Dort wurde u. a. dargelegt, dass eine Konkretisierung von Art und Umfang des Nachweisverfahrens, notwendige Prüf-Spezifikationen sowie Abweichungen vom Konformitätsbewertungsverfahren in einer Rechtsverordnung zu Rechtsklarheit und einer bundesweit einheitlichen Prüfpraxis beitragen dürften.
- (B) Dass der Erlass einer Verordnung im Krisenfall schnell gehen kann, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Die Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung (MedBVS) vom 25. Mai 2020 wurde in nur zwei Monaten nach Feststellung der pandemischen Lage nationaler Tragweite erarbeitet und am 26. Mai 2020 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Darin hat § 9 bundesweit einheitlich geregelt, unter welchen Voraussetzungen persönliche Schutzausrüstungen im Kontext der COVID-19-Bedrohung bereitgestellt werden konnten. Die vermeintliche Zeitverzögerung durch den Erarbeitungsaufwand einer Rechtsverordnung wird durch die einheitliche Anwendung in allen Ländern mehr als kompensiert.
- Gesetz zum Vertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c Absatz 1, Absatz 2 GG – NOOTS-Staatsvertrag
 - Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes
 - Zweites Gesetz zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes
 - Erstes Gesetz zur Änderung des Fernstraßen-Überleitungsgesetzes
 - Elftes Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes
 - Gesetz zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes
 - Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes sowie zur Änderung des Kohleverstromungsbeendigungsgesetzes
 - Gesetz zu dem Abkommen vom 30. Januar 2025 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung über den Sitz der Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung
 - Gesetz zu dem Vertrag vom 24. Oktober 2024 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indien über die Rechtshilfe in Strafsachen
 - Gesetz zu dem Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vom 28. Juli 2016 zwischen Ghana einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits
 - Gesetz zu dem Interims-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vom 26. November 2008 zwischen Côte d'Ivoire einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits
 - Gesetz zu dem Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vom 10. Juni 2016 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits
 - Gesetz zu dem Übergangsabkommen für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen vom 15. Januar 2009 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Vertragspartei Zentralafrika andererseits
 - Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung
 - Gesetz zur Einführung einer elektronischen Präsenzbeurkundung
 - Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte, zum Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen sowie zur Änderung weiterer prozessualer Regelungen
 - Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und über die allgemeine Beeidigung von Gerichtsdolmetschern sowie zur Änderung des Stiftungsregisterrechts
 - Gesetz zur Abmilderung des Trassenentgeltanstiegs bei den Eisenbahnen des Bundes
- Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:
1. Der Bundesrat nimmt die Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates vom 26. September 2025 zum Entwurf eines
- (C)
- (D)

- (A) Gesetzes zur Abmilderung des Trassenentgeltanstiegs bei den Eisenbahnen des Bundes (BT-Drucksache 21/1939) sowie den Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 13. November 2025 zur Kenntnis.
2. Der Bundesrat unterstützt die Zielsetzung des Gesetzes und hält dieses für einen ersten notwendigen Schritt, um kurzfristig die dringend erforderliche Abmilderung des Trassenentgeltanstiegs zu erreichen. Es löst jedoch nicht die strukturellen Finanzierungsprobleme des deutschen Schienennetzes.
3. Der Bundesrat nimmt die weiterhin starken Belastungen für den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr durch die hohen Trassenentgelte mit großer Sorge zur Kenntnis. Sie gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gegenüber der Straße und erschweren die Erreichung der Verkehrs- und Klimaziele von Bund und Ländern. Die Finanzierung der DB InfraGO AG über Eigenkapital führt systematisch zu höheren Entgelten und ist daher kein geeignetes Modell für eine nachhaltige Infrastrukturfinanzierung.
4. Der Bundesrat ist weiterhin der Überzeugung, dass schnellstmöglich eine umfassende Reform der Regelungen über die Trassenentgelte unter Einbeziehung der Länder und des Eisenbahnsektors erfolgen muss. Er verweist dazu erneut auf seine Stellungnahme vom 26. September 2025 (vgl. BR-Drucksache 375/25 (Beschluss)). Ziel muss ein transparentes, planbares und gemeinwohlorientiertes System sein, das schnellstmöglich die Finanzierung der Schieneninfrastruktur langfristig sicherstellt, die Qualität verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs stärkt.
- (B) 5. Der Bundesrat erwartet, dass die Bundesregierung hierzu noch in diesem Jahr die Länder und den Eisenbahnsektor zu Gesprächen einlädt und Eckpunkte zur Umsetzung der Reform vorstellt, die einen adäquaten und marktverträglichen Preispfad enthalten, der mittelfristige Planungssicherheit bietet und sich an den verkehrspolitischen Zielen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Schiene gegenüber weniger nachhaltigen Verkehrsträgern orientiert. Teile des Arbeitsprogramms müssen sein:
- a) eine umfassende Analyse der derzeitigen Kosten- und Preisentwicklungen sowie internationale Vergleiche,
 - b) die Entwicklung und Bewertung von Reformmodellen, insbesondere eines Grenzkostenansatzes mit Bundeszuschüssen,
 - c) die Integration von Qualitätsaspekten in die Preisgestaltung,
 - d) die Festlegung einer klaren Finanzierungsarchitektur zwischen Trassenpreisen, Bundeszuschüssen und Regionalisierungsmitteln sowie
- e) die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Eisenbahnregulierungsgesetzes oder zur Schaffung eines eigenständigen Trassenpreisgesetzes. (C)
6. Der Bundesrat hält es für erforderlich, dass ein Inkrafttreten der neuen Regelungen spätestens zu Beginn des Jahres 2027 erfolgt, damit die Regulierungsperiode 2028 erreicht wird.
7. Bezug nehmend auf die Ausführungen der Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung zur sogenannten Trassenpreisbremse weist der Bundesrat darauf hin, dass dies eine Abkehr von der Auffassung der vorherigen Bundesregierung ist, die angekündigt hatte, die Trassenpreise für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) auch über das Jahr 2025 hinaus auf 1,8 Prozent zu begrenzen. Die Begrenzung der Trassenpreise für den SPNV auf 1,8 Prozent ist erforderlich, um für die Aufgabenträger und Eisenbahnverkehrsunternehmen eine verlässliche finanzielle Absicherung zu bieten.
8. Der Bundesrat erneuert zudem die Erwartung, dass bei einem dauerhaften Anstieg der Trassenpreise im SPNV über 1,8 Prozent diese Mehrbelastungen durch eine entsprechende Erhöhung der Regionalisierungsmittel ausgeglichen werden. Er betont, dass die verfassungsrechtliche Finanzierungsverpflichtung des Bundes nach Artikel 87e des Grundgesetzes uneingeschränkt gilt. Die Länder dürfen nicht über steigende Trassenpreise für den SPNV strukturell belastet werden. (D)
9. Bis zur Umsetzung der Reform erwartet der Bundesrat, dass die bestehende Trassenpreisförderung im Schienengüter- und Schienenpersonenfernverkehr verstetigt und erforderlichenfalls ausgeweitet wird, um kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene zu sichern.
- **Viertes Gesetz zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften**
- **Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften**
- Der Bundesrat hat ferner die folgende Entschließung gefasst:
- 1. Der Bundesrat begrüßt grundsätzlich die Dynamik im Batteriespeichermarkt, die einen deutlichen Zubau an Speicherkapazitäten in den kommenden Jahren erwarten lässt und damit eine wichtige Stütze des zukünftigen Energiesystems darstellen kann.
 - 2. Der Bundesrat erkennt an, dass es hierfür einer Neuregelung der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit von Batteriespeichern im Außenbereich bedarf. Er verweist auf seine Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes vom 26. September 2025 (BR-Drucksache 383/25 (Beschluss)) und die

- (A) dort formulierte Bedingung, nach der eine Außenbereichsprivilegierung der Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität dienen müsse.
3. Der Bundesrat weist im Weiteren darauf hin, dass die im Gesetz vorgenommene voraussetzungslose bauplanungsrechtliche Privilegierung droht, den aktuellen Ausbautrend in Form rein strommarktl-lich orientierter Geschäftsmodelle ohne eine zu- mindest partielle netzseitige Abstimmung massiv zu verstärken.
4. Der Bundesrat nimmt vor diesem Hintergrund mit Sorge zur Kenntnis, dass ein so befeuerter, nicht auf die Bedürfnisse des Netzes vor Ort abgestimm- ter Ausbau einen übermäßigen Stromnetzausbau bzw. Redispatch verursachen könnte, ohne dass diesem ein energiewirtschaftlicher Mehrwert ge- genübersteht.
5. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, zeitnah durch Änderungen an der bauplanungs- rechtlichen Privilegierung im Baugesetzbuch selbst sowie durch flankierende Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz einer dahingehenden Entwicklung gesetzgeberisch entgegenzuwirken. Die Regelungen müssen so ausgestaltet sein, dass der Batteriespeicherzubaue sich weiterhin betriebs- wirtschaftlich und marktorientiert entwickelt, aber gleichzeitig eine netzdienliche bzw. zumindest netzneutrale Wirkung entfaltet. Der Bundesrat hält es daher auch für notwendig, hinsichtlich der Verortung, der Größe sowie der Flächeninanspruchnahme zusätzliche Regelungen zu treffen.
- (B) 6. Der Bundesrat weist in diesem Zusammenhang ferner darauf hin, dass die Frage einer vorausset- zungslosen bauplanungsrechtlichen Privilegierung von Batteriespeichern kommunalpolitisch auf Ak- zeptanzprobleme vor Ort stoßen könnte. Dies sollte im Interesse des weiteren erfolgreichen Aus- baus der notwendigen Energiewende-Infrastruktur vermieden werden.

– **Gesetz für einen Zuschuss zu den Übertragungs- netzkosten für das Jahr 2026**

**Berichtigung zum Gesetzesbeschluss
in der 40. Sitzung des Deutschen Bundestages
am 13. November 2025**

**betreffend den Gesetzentwurf der Bundesregierung
„Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Mindest-
steuergesetzes
und zur Umsetzung weiterer Maßnahmen“**

– **Drucksachen 21/1865, 21/2467, 21/2751 –**

Die Präsidentin hat gemäß § 122 Absatz 3 Satz 1 der (C)
Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages der fol-
genden Berichtigung zugestimmt:

Artikel 10 Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1
ersetzt:

„(1) Die Artikel 1 bis 4, 6, 7 und 9 dieses Gesetzes
treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.“

**Berichtigung zum Gesetzesbeschluss
in der 40. Sitzung des Deutschen Bundestages
am 13. November 2025**

**betreffend den Gesetzentwurf der Bundesregie-
rung**

**„Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des
Energiesteuer- und des
Stromsteuergesetzes“**

– **Drucksachen 21/1866, 21/2469, 21/2753 –**

Die Präsidentin hat gemäß § 122 Absatz 3 Satz 1 der
Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages der fol-
genden Berichtigung zugestimmt:

In Artikel 1 Nummer 5 Buchstabe b wird die Angabe
„Nach Absatz 5 wird der folgende Absatz 6 eingefügt:“
durch die Angabe „Absatz 6 wird durch den folgenden
Absatz 6 ersetzt.“ ersetzt.

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben
mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Uni-
onsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer
Beratung abgesehen hat.

Haushaltsausschuss

Drucksache 21/693 Nr. C.23
Ratsdokument 16214/24
Drucksache 21/860 Nr. A.14
Ratsdokument 9336/25
Drucksache 21/860 Nr. A.15
Ratsdokument 9777/25
Drucksache 21/860 Nr. A.16
Ratsdokument 9778/25
Drucksache 21/1653 Nr. A.20
Ratsdokument 10701/25
Drucksache 21/1653 Nr. A.21
Ratsdokument 10718/25
Drucksache 21/1653 Nr. A.22
Ratsdokument 10722/25
Drucksache 21/2298 Nr. A.13
Ratsdokument 12905/25

(D)

**Ausschuss für Forschung, Technologie, Raumfahrt und
Technikfolgenabschätzung**

Drucksache 21/693 Nr. C.34
Ratsdokument 5802/24
Drucksache 21/1653 Nr. A.62
Ratsdokument 10942/25
Drucksache 21/1653 Nr. A.63
Ratsdokument 11257/25
Drucksache 21/1653 Nr. A.64
Ratsdokument 11276/25
Drucksache 21/1653 Nr. A.65
Ratsdokument 11675/25
Drucksache 21/1653 Nr. A.68
Ratsdokument 11977/25
Drucksache 21/2166 Nr. A.19
Ratsdokument 12496/25

